blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



RUSSELL-TRIBUNAL:

Repression in Lateinamerika

– Dokument: NICARAGUA

– Dokument: KOLUMBIEN

Nr. 51
Februar 76

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03

AUS DEM INHALT:

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i.Br., Tel. 0761/7 40 03.

Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, W. Fink, M. Glatthaar, E.-H. Flammer, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, G. Spieß, B. Stein, H. Wenzler, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin
Druck: Buchdruckerei Horst Ahlbrecht, Levinstraße 9a, 3400 Göttingen

Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 – 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40–35899.

Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–). Österreich: S 200,– bzw. 140,–. Schweiz: Fr. 28,80 bzw. 20,40.

Einzelpreis: DM/Fr. 2,50 / S 17,–.

Auch Manuskripte, die unverlangt an uns geschickt werden, prüfen wir sorgfältig. Wir bitten die Autoren jedoch, eine Kopie zur Sicherheit bei sich aufzubewahren.

TIEFBEWEGT

nimmt die Redaktion mit dieser Nummer Abschied von einigen Hundert Abonnenten.

Finanzknappheit und die Notwendigkeit, wichtigere Aufgaben zu erledigen, zwangen uns dieses Jahr, von individuellen Mahnaktionen Abstand zu nehmen. Da zum Redaktionsschluß dieses Heftes immer noch einige Abonnenten ihre Beiträge für 1976 nicht überwiesen haben, müssen wir uns auf diese Weise von Ihnen verabschieden, nicht ohne die Hoffnung, bis zum Erscheinen der nächsten Nummer doch noch ein Lebenszeichen von ihnen zu erhalten – am besten in Form einer Überweisung.

In tiefer Trauer

Die Redaktion

Übrigens: Wenn Sie in (spätestens!) zwei Monaten die nächste Nummer der „Blätter" noch nicht in den Händen halten, kann das auch daran liegen, daß Sie vergessen haben, Ihren Absender auf den Überweisungsbeleg zu schreiben.

Nachrichten und Kurzberichte

Südliches Afrika

ANGOLA

Die MPLA und ihre Alliierten vor einem vollständigen militärischen Sieg
(Redaktionsschluß Mitte Februar 1976)

Der militärisch geführte Kampf um Angola geht offenbar seinem Ende entgegen. Mitte Februar kontrollieren die MPLA und die mit ihr verbündeten Truppen aus Kuba alle wichtigen Städte Angolas und sind im Begriff die letzten Verbände der südafrikanischen Invasionsarmee aus dem Lande zu vertreiben (Zur Entwicklung dieses Krieges vergl. die „Nachrichten u. Kurzberichte" der vorangegangenen Ausgaben der „blätter", insbesondere Heft Nr. 50). Die Front der FNLA und ihrer Verbündeten (reguläre zairische Truppen und Söldnerhaufen aus Westeuropa und Nordamerika) im Norden Angolas begann sich Anfang Januar mit dem Verlust der Stadt Carmona und dem wichtigen Nachschub-Flughafen Negage aufzulösen und brach gegen Ende Januar nach der Eroberung von Ambrize und Ambrizete durch die MPLA vollständig zusammen (FR vom 17.1.76). Die von der UNITA und der südafrikanischen Invasionsarmee in Mittel-Angola errichtete Front (Benguela-Front) begann Ende Januar nach der Einnahme von Cela und Santa Comba durch Truppen der MPLA und kubanischer Verbände löchrig zu werden und brach dann Mitte Februar nach Rückzug der südafrikanischen Truppen auf Stellungen entlang der Grenze nach Namibia ebenfalls vollständig zusammen (NZZ vom 14. 2.76).

Nach nahezu einstimmiger Auffassung der bürgerlichen Presse waren an der Niederlage der sog. pro-westlichen Kräfte in Angola (FNLA und UNITA) drei Faktoren ausschlaggebend:

- der massive, von Moskau gesteuerte, Einsatz von kubanischen Soldaten, sowjetischen Militärberatern und „technisch modernsten" sowjetischen Waffen;
- die Knebelung der eskalations-bereiten amerikanischen Regierung durch die beiden Kammern des amerikanischen Parlaments (Senat und Repräsentantenhaus);
- der Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Mittelangola.

Zum „kriegsentscheidenden" kubanischen und russischen Engagement in Angola

Entgegen Auffassungen, wie sie von Teilen der bürgerlichen Presse im Verein mit bestimmten linken Gruppen in der BRD vertreten werden, ist hier zunächst noch einmal mit der rechtsstehenden NEUEN ZÜRICHER ZEITUNG vom 8./9.2.76 richtig zu stellen, daß die kubanische und russische Intervention erst zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die MPLA bereits „mit dem Rücken zur Wand" stand, d.h. von den Invasionsarmeen aus Südafrika und Zaire überrollt zu werden drohte. Die NZZ schreibt dazu wörtlich:
„Mitte Oktober setzte sich eine motorisierte Brigade, von einem Lager in Südwestafrika kommend, in Bewegung und eroberte nacheinander Pereira d'Eca, Sa da Bandeira, Mocamedes, Lobito und Benguela. Sie stoppte erst kurz vor Novo Redondo. Dies war in den ersten Novembertagen, weniger als eine Woche vor der Unabhängigkeit (11. Nov.)... Für die MPLA in Luanda sah die Situation am Unabhängigkeitstag des 11. Nov. äußerst kritisch aus. Im Norden war die Front (FNLA und drei zairische Bataillone) bis auf vierzig Kilometer und damit beinahe an die Außenbezirke von Luanda herangerückt. Im Süden drohte die südafrikanische Militärkolonne, über deren Existenz die MPLA genaustens informiert war, obwohl sie weltweit noch als mysteriöse „Söldnerkolonne" durch die Zeitungsspalten geisterte."
„Die MPLA", so die NZZ weiter, *„hatte bereits vor dieser entscheidenden Novemberwoche sowjetische Militärhilfe erhalten* (Militärhilfe, die der Guerilla-Kriegsführung angepaßt war, also keine schweren Waffen, wie Panzer, Helikopter, schwere Artillerie usw. umfaßte; Anm. siba). *Anfang November war auch das kubanische Engagement noch beschränkt auf wenige hundert Soldaten. Der letzte portugiesische Hochkommissar, Silva Cardoso, der entgegen den früheren Sympathien hoher Junta-Mitglieder für die MPLA in den letzten Wochen zuvor eine neutrale Haltung wahrte, verhinderte zudem mit einem Ladeverbot die direkte Lieferung von Waffen für die MPLA nach Luanda.* (Das galt vor ihrer Besetzung durch die südafrikanische Invasionsarmee auch für die übrigen größeren Hafenstädte Angolas, wie Mocamedes, Lobito oder Benguela; der Waffennachschub für die MPLA konnte also mit Ausnahme von Cabinda, das jedoch von den Kampfgebieten in Angola selbst abgeschnitten war, nur aus der Luft erfolgen; da die MPLA in den von ihr unter Ausschluß der Portugiesen kontrollierten Gebieten über keine größeren Flugbasen verfügte, war damit ihrem Waffennachschub aus dem Ausland vor den ersten Novemberwochen enge Grenzen gesetzt; Anm. siba) *Erst am 8. November – drei Tage vor der Unabhängigkeit und angesichts einer für die MPLA kritischen militärischen Situation – übernahm die MPLA den Flughafen und den Hafen Luandas von den Portugiesen. Die Portugiesen ließen es nicht mehr auf eine Konfrontation ankommen und überließen der MPLA am 11. November die Hauptstadt.* *Seither* (Unterstreichung siba) *hat die Sowjetunion Waffen im Wert von über 200 Mill. Dollar nach Angola verfrachtet und hat Kuba 10 000 Soldaten entsandt."*

So wenig man einerseits wohl die von der NZZ gegebenen Darstellungen der Reihenfolge der Ereignisse um den 11. November herum ideologisch in Frage ziehen kann (die *konservative* NZZ kann kein Interesse daran haben, eine fiktive „Ehrenrettung" für die MPLA und die Sowjetunion zu ersinnen!), so sehr sind andererseits die von der NZZ angegebenen Zahlen über den Wert der sowjetischen Waffenlieferungen und über den Umfang der in Angola kämpfenden kubanischen Verbände anzweifelbar (an einer Aufbauschung dieser Zahlen hat die rechtsstehende NZZ durchaus ein Interesse!). Die in der bürgerlichen Presse auftauchenden Zahlen über das sowjetische und kubanische Engagement in Angola stammen allesamt direkt oder indirekt aus den gleichen Quellen: dem amerikanischen Geheimdienst oder aus „amerikanischen Regierungskreisen." Einige bürgerliche Zeitungen wie die NZZ oder die „Financial Times" sind allerdings ehrlich genug, diese Quellen immer wieder beim Namen zu nennen. Der Informationswert von Angaben aus solcherlei Quellen muß an dieser Stelle wohl nicht diskutiert werden.
Aus Kreisen der MPLA sowie von sowjetischen und kubanischen Regierungsstellen liegen über den Umfang der Waffenlieferungen an die MPLA und über die personelle Stärke der in Angola kämpfenden kubanischen Verbände keine Informationen vor. Allerdings wird von dieser Seite mittlerweile nicht mehr bestritten, daß von der Sowjetunion Waffenlieferungen in größeren Umfängen getätigt worden sind und daß kubanische Soldaten in größerer Zahl die MPLA militärisch unterstützen. Tatsächlich sind die überraschend schnellen Erfolge der MPLA in den letzten Wochen ohne die sowjetische und kubanische Hilfe nicht erklärbar, denn dies sind Erfolge, die wesentlich in einer der MPLA bislang kaum vertrauten militärischen Kampfweise, der sog. konventionellen Kriegsführung, erzielt worden sind.

Als Richtzahlen zur Einschätzung des Umfangs des sowjetischen und kubanischen Engagements in Angola können uns mit einer gewissen Zuverlässigkeit die aus der Presse vorliegenden Angaben über das amerikanische und südafrikanische Engagement in Angola dienen: Die sowjetische und kubanische Regierung sind ohne Zweifel daran interessiert, die Konfrontation auf angolanischen Boden mit der USA und deren Verbündeten *unterhalb* der Schwelle einer internationalen Konfrontation zu halten, – einer Konfrontation die beispielsweise die SALT II Ver-

handlungen oder die Weizenliefer-Abkommen der USA mit der Sowjetunion gefährden könnte. Von daher kann vermutet werden, daß die Sowjetunion und Kuba den Umfang ihrer Hilfe genau an dem bemessen haben, was die USA und Südafrika an Waffen und Armee-Verbänden nach Angola eingeschleust haben. Das würde im übrigen auch die relative Zurückhaltung in den Protesten erklären, die von amerikanischer Regierungsseite gegen das sowjetische und kubanische Engagement in Angola formuliert wurden.

Über die personelle Stärke der südafrikanischen Invasionsarmee besteht eine relativ zuverlässig erscheinende Kenntnis aus einem von der konservativen britischen Zeitung „Observer" Anfang Januar auszugsweise veröffentlichten Geheimbericht, der für eine, wie es in der Zeitung heißt, „angesehene internationale Organisation, die nicht genannt werden möchte", erstellt worden ist. Diesem Bericht nach soll Südafrika Mitte Dezember 4 000 bis 6 000 Soldaten in Angola stehen gehabt haben. Südafrika sei anfänglich mit einem Verband von 2 000 Söldnern nach Angola hinein vorgestoßen. Anschließend seien dem 1 000 bis 1 500 reguläre südafrikanische Soldaten gefolgt. Mitte Dezember wäre dann von Südafrika ein ganzes Panzeraufklärungsregiment mit 2 000 bis 3 000 Mann nach Angola geschickt worden (vgl. FR vom 11.1.76).

Über den Umfang der amerikanischen Waffenhilfe für die FNLA und UNITA vermag man sich bislang nur ein lückenhaftes Bild zu verschaffen: Der als Informationsquelle gewöhnlich sehr zuverlässige „Far Eastern Economic Review" (vom 5.2.) beziffert den Wert der US-Waffenhilfe für die FNLA-UNITA-Koalition auf insgesamt 60 bis 100 Mill. Dollar. Die in diesem Zusammenhang in der Presse immer wieder auftauchende Zahl von Waffenlieferungen in Höhe von nur 25 Mill. Dollar, die über den amerikanischen Geheimdienst CIA nach Angola zugeflossen sein sollen, gilt mittlerweile als nachweislich falsch. So erbrachte u.a. ein Bericht des CIA-Untersuchungs-Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, daß der CIA in seiner Buchhaltung die Lieferung von Waffen, die vom Verteidigungsministerium als „überschüssig" eingestuft werden, mit einem Drittel ihres eigentlichen Wertes veranschlagen kann (NZZ vom 22.1.). Daß die USA viel tiefer als ursprünglich angenommen in dem Angola-Krieg verwickelt waren und oder noch sind, macht auch der oben zitierte Geheimbericht deutlich: So habe die USA im Dezember eine US-Flotteneinheit in angolanische Gewässer entsandt, bestehend aus dem Flugzeugträger „Independence", einem Lenkraketenkreuzer und 3 Zerstörern. Die „Independence" habe dabei vor ihrer Ausfahrt mehrere hundert Tonnen an Waffen und Munition an Bord genommen. Nach Aussagen von Senator J. Tunney flogen Anfang Januar von zairischem Gebiet aus täglich vier bis fünf US-Transportmaschinen vom Typ C-130 ungezählte Tonnen von Waffen in die angolanischen Kampfgebiete ein (FR vom 7.1.).

Zur „Knebelung" der amerikanischen Regierung durch den Kongress

Eine Lehre aus dem ebenso blutigen wie kostspieligen Vietnamkrieg ziehend sprach sich Mitte Dezember der amerikanische Senat mit einer überwältigenden Mehrheit (55 gegen 22 Stimmen) gegen jedes weitere militärische Engagement der US-Regierung im Angola-Krieg aus und forderte das amerikanische Repräsentantenhaus auf, der Regierung keine weiteren Geldmittel zur Unterstützung der kämpfenden Parteien in Angola zu gewähren (NZZ vom 22.12.). Das Repräsentantenhaus kam dann Ende Januar dieser Aufforderung nach: Mit 323 gegen nur 99 Stimmen versagte das Repräsentantenhaus der Regierung die Bewilligung von weiteren Geldmitteln zur Fortsetzung der amerikanischen Waffenhilfe für die FNLA und UNITA. Die Kanäle für weitere amerikanische Waffenlieferungen nach Angola waren damit zwar keineswegs ganz blokkiert (die Regierung verfügte noch über Geldmittel-Reserven und hätte vermutlich auch die Möglichkeit gehabt, über haushaltstechnische Manipulationen weitere Gelder locker zu machen), einer von der USA ausgehenden Eskalation des Angola-Krieges war jedoch mit dem Beschluß des Repräsentantenhauses der Riegel vorgeschoben und dies zu einem Zeitpunkt, als die Truppen der MPLa und die kubanischen Verbände die FNLA im Norden bereits vollständig aufgerieben hatten und im Begriff waren, die sog. Benguela-Front im Süden (UNITA und RSA-Truppen) zu überrennen. In dieser Situation hätte nur noch eine massive Ausweitung der amerikanischen Waffenlieferungen (und eine nochmalige massive Aufstockung des Bestands an südafrikanischen Truppen) das Blatt zugunsten der FNLA/UNITA wenden können. Der Beschluß des amerikanischen Kongresses hat seine Bedeutung also nicht darin, daß die Ford-Administration sofort aufhören mußte, Waffen nach Angola zu liefern, sondern darin, daß Ford und Kissinger nicht mehr zu den erforderlichen höheren Einsätzen im Angola-Krieg „mit-pokern" konnten.

Zum Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Mittelangola

Nachdem der amerikanische Kongress die Ford-Administration an die Kette gelegt hatte, hatte auch Südafrika im Angola-Krieg ausgespielt. Mit den Worten, „Südafrika ist nicht bereit, allein für die Freie Welt zu kämpfen", blies Ende Januar der südafrikanische Verteidigungsminister (der eigentliche Macher der Angola-Invasion) folgerichtig zum Rückzug aus Mittelangola und überließ die in einem völlig desolaten Zustand befindlichen UNITA-Truppen der sicheren Niederlage. Die südafrikanische Regierung wußte, daß ohne den großen Bruder USA im Rücken ihren Eskalations-Möglichkeiten im Angola-Krieg enge Grenzen gesetzt sind. Weitere Eskalationen „auf eigene Kosten" hätten auf Dauer die militärische und finanzielle Kraft des Landes übersteigen müssen.

Für den Beschluß der RSA-Regierung, ihre Truppen aus Mittelangola (auf Stellung entlang der angolanisch-namibischen Grenze) zurückzuziehen, könnte freilich noch etwas anderes *mit*-ausschlaggebend gewesen sein: nämlich die Erkenntnis, daß die südafrikanischen Invasionstruppen auch für die weitere Zukunft den Krieg im Süden Angolas nicht *mit* der UNITA und der FNLA sondern *stellvertretend* für diese zu führen hätte. So ist aus Presse-Meldungen der letzten Monate immer wieder zu entnehmen, daß sich die politische Führung und die sog. Armee der beiden „Koalitionspartner" in einem Zustand permanenter Desorganisation befinden. Wiederholt tauchen Meldungen auf, in denen von blutigen Auseinandersetzungen zwischen FNLA- und UNITA-Truppen in Huambo, Sitz des sog. „Nationalen Revolutionsrates" der UNITA/FNLA-Koalition, die Rede ist (NZZ vom 8. u. 20.1.76). Die NZZ (vom 11.2.) berichtet, daß spätestens seit den Weihnachtstagen von einer Koalition FNLA-UNITA nicht mehr die Rede sein könnte. Über Daniel Chipenda, ehemaliger MPLA-Hauptmann und nach dem Überwechseln in die FNLA Führer eines 3 000-Mann starken FNLA-Kontingents an der Benguela-Front, meldet ddp (1.2.76): Chipenda soll mit einer millionen-schweren Beute aus Angola geflohen sein. Zuvor habe er in den südlichen Provinzen Angolas regelrechte Raubzüge unternommen, d.h. Ortschaften geplündert, Banken in Kleinstädten überfallen usw. Ein Korrespondent der NZZ, der auf Einladung der UNITA als Augenzeuge Ende Januar in „Savimbis provisorischer Hauptstadt", Huambo (vormals Nova Lisboa), weilt, kommt trotz seiner eindeutigen Sympathien für die FNLA/UNITA nicht umhin, von einem „wenig vertrauens-erweckenden" Eindruck zu berichten, den er in Begegnungen mit Soldaten der UNITA gewann. In einem anderen Zusammenhang konstatiert der gleiche Korrespondent: *„Einen nennenswerten Erfolg haben die UNITA-FNLA-Truppen zu keiner Zeit erreicht. Die einzige eindrucksvolle Operation lieferten die Südafrikaner"* (NZZ vom 8./9. 2.76). *„Den UNITA- und FNLA-Truppen"*, so der NZZ-Korrespondent weiter, *„fehlt die Motivation zum Kampf"*.
Darin zeige sich die von Roberto und Savimbi (Führer von FNLA und UNITA) vernachlässigte Arbeit *„an der Basis"*; es fehle die *„politische Schulung"*. Dem gegenüber zeigten die *„vormarschierenden, von Kubanern geleiteten und von Russen beratenen MPLA-Truppen* (und zwar aufgrund der hier geleisteten jahrelangen „politischen Schulung") *ein beachtliches Maß an Disziplin"*. (NZZ vom 13.2. 76).

Die außenpolitischen Erfolge der MPLA

Mit der Wende im Kriegsgeschehen von Ende Dezember und Anfang Januar verbesserte sich auch schlagartig die außenpolitische Position der von der MPLA am 11. November in Luanda ausgerufenen Volksrepublik Angola (vgl. die „blätter", Heft 50, S. 3 f.). Obwohl die für den 11. Januar einberufene OAU-Konferenz zur Angola-Frage der VR Angola noch nicht die Anerkennung durch und die Aufnahme in die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) brachte, konnte die MPLA den Verlauf der Konferenz als Erfolg verbuchen. Unter dem Eindruck der militärischen Siege der MPLA von Anfang Januar im Norden Angolas hatte sich zum Auftakt der Konferenz die Zahl der afrikanischen Länder, die sich durch die diplomatische Anerkennung der VR Angola politisch hinter die MPLA gestellt hatten, auf 22 erhöht. Dem standen 22 andere afrikanische Länderregierungen gegenüber, die weiterhin für Angola eine Koalitionsregierung

aus MPLA und FNLA/UNITA forderten. Die restlichen zwei der 46 Mitgliedsstaaten der OAU, Uganda und Äthiopien (als gastgebendes Land), enthielten sich in der Anerkennungsfrage eines Votums. Aufgrund dieser Pattsituation blieb die Konferenz beschlußunfähig, womit auch der insbesondere von der USA unterstützte Versuch scheiterte, die MPLA über ein Votum der OAU (Verurteilung des sowjetischen und kubanischen Eingreifens in Angola) außenpolitisch unter Druck setzen. Eigens zu diesem Zweck hatte das amerikanische Außenministerium in den Wochen vor der OAU-Konferenz eine Reihe von Diplomaten nach Afrika entsandt, um wankelmütige Regierungen auf einen Kurs gegen die MPLA zu verpflichten (NZZ vom 30.12.75/FR vom 11.1.).

Die volle diplomatische Anerkennung durch die OAU kam für die MPLA dann am 11. Februar. 26 afrikanische Länderregierungen hatten mittlerweile die VR Angola diplomatisch anerkannt, womit sich für einen Aufnahmeantrag der VR Angola in die OAU eine ausreichende Mehrheit gefunden hatte. Letzten Meldungen nach haben unterdessen auch einige westeuropäische Länder, wie Frankreich, Holland, Dänemark und Schweden der VR Angola ihre diplomatische Anerkennung ausgesprochen.

siba

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN
(vgl. Heft 50)

Weitere Schläge gegen die Gewerkschaften
21.11. (NZZ) / 9.12.(Le Monde)

Etwa vierzig äthiopische Lehrer wurden an mehreren Orten wegen ihrer Beteiligung an einem von der Lehrergewerkschaft ausgerufenen Streik festgenommen.

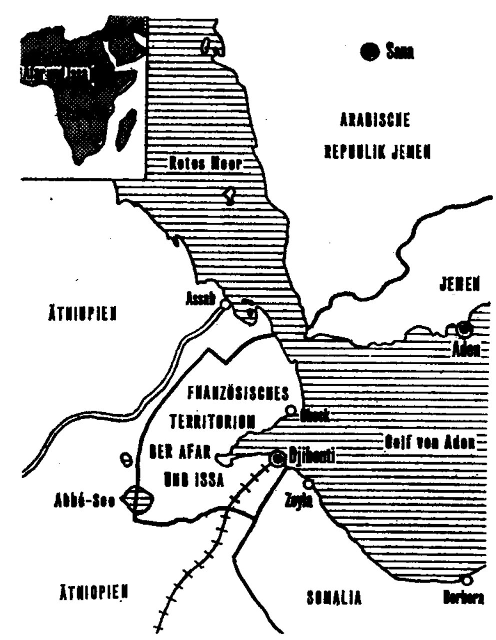
Anfang Dezember gab die Militärregierung ein neues Arbeitsgesetz bekannt, das in wichtigen Wirtschaftsbereichen Streik und Aussperrung verbietet. Das Gesetz bestätigt auch die Auflösung des ähtiopischen Gewerkschaftsbundes und seine Ersetzung durch eine neue regierungstreue Gewerkschaft.

AFAR UND ISSAS (DJIBUTI)
(vgl. Heft 46/47)

Endstadium der Entkolonialisierung

Unter dem Druck der französischen Linken und der Vereinten Nationen entschloß sich die französische Regierung, ihr „Territorium der Afar und Issas" formell in die Unabhängigkeit zu entlassen.

Nach den französischen Wünschen soll der lokale Machthaber Ali Aref auf französische Truppen gestützt weiter seinen Polizeistaat aufrecht erhalten und damit die französische Anwesenheit am strategisch wichtigen Südende des Roten Meeres sichern. Ali Aref erklärte denn auch: „Wir wollen keine Unabhängigkeit ohne ein Morgen, wir wollen eine Unabhängigkeit, die durch die französische Präzenz garantiert wird." Ohne Morgen wäre eine Unabhängigkeit sicher für Aref, denn die legale wie die illegale Opposition, die die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, fordern zusammen mit der somalischen Regierung freie Wahlen und damit den Anschluß des Territoriums an Somalia (9.1. Le Monde).



Ein Attentat auf Ali Aref scheiterte im Dezember (Le Monde, 6. - 8.12.). Die von Somalia unterstützte Befreiungsbewegung der Somaliküste entführte Anfang Februar einen Schulbus in das Niemandsland zwischen den französischen und somalischen Grenzposten, um die Forderung nach einer Befreiung der politischen Gefangenen, der Zerschlagung des Terrorsystems der Kolonialherren und echter Unabhängigkeit des Territoriums durchzusetzen. Die Schulkinder wurden mit Gewalt von französischen Einheiten befreit; dabei starben mehrere Kinder, ferner Mitglieder der Befreiungsfront und somalische Grenzposten. Während Frankreich seine Garnison in Djibuti verstärkt, will Somalia auf UNO-Ebene gegen die französische Politik vorgehen.

KOMOREN

Mayotte bleibt bei Frankreich
13.12. (Le Monde) / 2.-9.1. (jeune afrique)

Die Inselgruppe, die sich im Sommer letzten Jahres von Frankreich lossagte, sieht sich nach dem Abzug der Franzosen erheblichen Schwierigkeiten ausgesetzt, da die Infrastruktur des Landes, vor allem das Gesundheitswesen, in weiten Bereichen aus Mangel an Fachkräften zusammengebrochen ist.

Die Einwohner der Insel Mayotte waren aufgrund regionaler Spannungen nie mit der Unabhängigkeit einverstanden und die Franzosen unterstützen bereitwillig ihre Wünsche. In einer Volksabstimmung Anfang Februar entschieden sie sich, bei Frankreich zu bleiben und werden wahrscheinlich Ende März über ihren zukünftigen Status (Departement oder Überseeterritorium) entscheiden. Versuche der Komoren-Regierung, die Einheit der Inselgruppe wiederherzustellen, scheiterten.

Das französische Verständnis für die separatistische Bewegung erklärt sich nicht nur aus patriotischen Gefühlen („Wenn Mayotte französisch bleiben will, soll es französisch bleiben."), sondern auch aus der ausgezeichneten Tiefwasser-Reede der Insel. Von hier aus läßt sich bequem die ganze Straße von Mosambik kontrollieren.

GUINEA

Stützpunktverhandlungen Sowjetunion – Guinea? 14.1.(NZZ)

Nach einem Bericht der britischen Tageszeitung Daily Mail verhandelt die UdSSR gegenwärtig mit dem guineischen Präsidenten Sékou Touré über die Terrichtung eines Marinestützpunktes auf der Insel Tamara vor Conakry. Damit, so vermutet die Zeitung, möchten sich die Sowjets die Überwachung des westlichen Schiffsverkehrs und der eigenen Kriegsschiffe im Atlantik sichern. Laut „Daily Mail" verlangt Guinea als Gegenleistung den Bau eines eigenen Marinestützpunkts und die Lieferung von Mig-Bombern.

MADAGASKAR

Konsolidierung der Regierung
5., 12.1. (Le Soleil, Dakar)/ 15.1. (Le Monde)

Die gegen den Putschversuch bürgerlicher Kräfte Anfang 1975 entstandene Militärregierung setzt ihre Politik der Konsolidierung ihrer Stellung erfolgreich fort.

Während die Putschabsichten aus dem Bürgertum mit weitgehenden Amnestien entgegenarbeitet, verstärkt sie unter der Landbevölkerung die Agitation für ein Programm größerer wirtschaftlicher Selbständigkeit durch Genossenschaftsbildung und Abkehr von der exportorientierten Produktion.

Durch eine Volksabstimmung wurde Fregattenkapitän Didier Ratsiraka mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Demokratischen Republik Madagaskar gewählt. Im Obersten Revolutionsrat und in der neuen Regierung unter dem populären Joel Rakotomalala finden sich Vertreter der meisten wichtigen Parteien und aller Volksgruppen.

NIGERIA

Ölboom
6. – 8.12. (Le Monde) / 22.1. (NZZ)

Während die Volkswirtschaften der meisten afrikanischen Staaten stagnieren, bewirkt der Ölboom in Nigeria einen jährlichen realen Anstieg des Bruttoinlandproduktes um 10 %.

Gehaltserhöhungen von 30 % im öffentlichen Dienst und darauf von den Gewerkschaften erkämpfte Gehalts- und Lohnsteigerungen im privaten Sektor lösten eine

beispiellose Erhöhung des privaten Verbrauchs aus; die Regierung sah sich darauf gezwungen, die Importzölle drastisch zu senken, um die angeheizte Inflation zu bremsen.

Hohe Devisenreserven ermöglichen die Finanzierung eines Entwicklungsplanes, der bis zum Jahr 1980 eine Verdoppelung der industriellen Produktion vorsieht. Wegen des großen Inlandsmarktes (jeder vierte Schwarzafrikaner ist Nigerianer) und des Ölreichtums drängen ausländische Firmen in das Land. Die völlig unzureichende Infrastruktur nötigt die Regierung vor allem zu massiven Investitionen im Eisenbahn-, Straßen- und Hafenwesen sowie im Fernmeldebereich. Umfangreiche Zementeinkäufe für die Bauindustrie und das Verteidigungsministerium führten zur völligen Verstopfung der Häfen. Hunderte von schrottreifen Zementschiffen, oft nur mit einer symbolischen Besatzung von zwei Mann, dümpeln mit minderwertiger Ladung vor der Küste und bringen ihren Eignern horrende Liegegelder ein. Die Regierung erwägt bereits ernsthaft, einige hundert Schiffe als Wellenbrecher oder zur Landgewinnung zu versenken.

Nach dem Volkswagenwerk und Peugeot haben sich jetzt auch Fiat, Mercedes-Benz, und British Leyland zur Montage von Kraftfahrzeugen in Nigeria entschlossen.

Eines der gravierendsten Hindernisse einer „geordneten" kapitalistischen Entwicklung, wie sie die Regierung anstrebt, die allumfassende Korruption und Unfähigkeit des Öffentlichen Dienstes wurde durch die Entlassung von 10 000 Beamten angegangen.

Nach dem Ende dieser „Big Purge" scheint ein großer Teil der verbleibenden rund 300 000 Beamten zu den alten Praktiken zurückzukehren.

OBERVOLTA

Erfolgreiche Streikbewegung

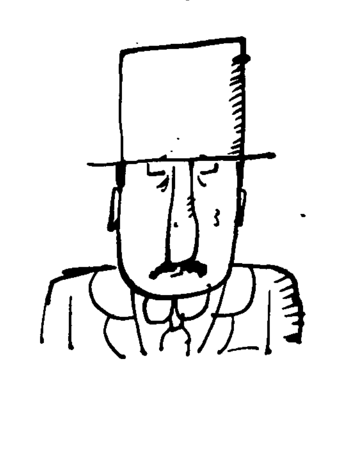
2./10. 12. (Le Monde) / 23.1. (jeune afrique)

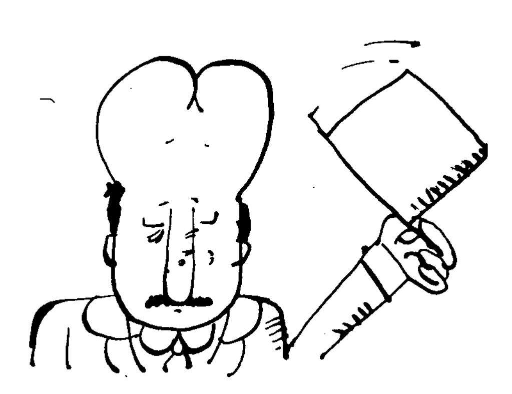
Bei den vier Gewerkschaftsbünden des Landes entlud sich die lange angestaute Empörung über die wirtschaftliche Lage in einem Generalstreik gegen die Regierungspolitik.

Die Militärregierung, die gegen eine jährliche Inflationsrate von 50 % machtlos ist, aber Lohnerhöhungen von 30 % ablehnt, Entwicklungsprojekte, die nur ausländischen Interessen dienen fördert und sich schließlich durch eine Einheitspartei und -gewerkschaft auf ewige Zeiten etablieren will, brachte im Dezember das Faß zum Überlaufen, als sie für ihre Zwecke drei Cadillacs und 19 Mercedes-Luxusfahrzeuge bestellte.

Am 17. Dezember begann ein 48stündiger Generalstreik, der – zumindest in der Hauptstadt Wagadugu – großen Erfolg hatte. Nach Korrespondenten-Berichten streikte bis auf die Prostituierten ganz Obervolta: Kaufleute, Straßenhändler, Schuhputzer,Beamte stellten ihre Tätigkeit ein.

Das Militär hatte verstanden und hielt sich zurück, um die Lage nicht zu verschärfen. Sie gab bekannt, daß sie nun doch nicht die Absicht habe, ständig an der Macht zu bleiben. Die Armee werde sich in die Kasernen zurückziehen, wenn sie politische Strukturen hinter sich lassen könne, die Ordnung, Frieden und Eintracht garantieren. Die Auseinandersetzungen scheinen also weiter zu gehen.





SAHARA

(vgl. die Berichterstattung in den vorangegangenen Heften)

Widerstand gegen die Invasoren

Unmittelbar nachdem sich die Spanische Regierung gegenüber Marokko und Mauretanien zum Rückzug aus der Sahara-Kolonie verpflichtet hatte, besetzten marokkanische Truppen die Städte El Aiun und Smara im Landesteil Saguia el Hamra. (30.11. – 1.12., Le Monde). Die Mehrheit der saharischen Nationalversammlung schloß sich der Befreiungsbewegung Polisario an und bildete einen provisorischen Nationalrat (18.12., Financial Times). Die Polisario begann, sich mit Waffengewalt gegen die marokkanische Armee und die im Süden einmarschierenden Mauretanier zur Wehr zu setzen. Unterstützt werden die Marokkaner diplomatisch und durch Waffenlieferungen von den USA und Frankreich, die Saharauis von Algerien, Libyen und der UdSSR. (9.2., afrique-asie, 13.2., jeune afrique).

Während die Marokkaner große Teile des Nordens bereits annektiert haben, wird die schwache mauretanische Armee nur mühsam mit dem Widerstand der Polisario fertig. Allein zur Erprobung der wenige Kilometer vom mauretanischen Hafen Nouadhibou entfernt gelegenen Stadt La Guera brauchte die Armee eine Woche.

Anfang Januar wollte die Polisario-Front in Dakhla (früher: Villa Cisneros), der zweitgrößten Stadt der Sahara, die Unabhängigkeit ausrufen. Die Mauretanier wurden von lybischer Seite aus unter Druck gesetzt, sich von Dakhla entfernt zu halten, um die Proklamation zu ermöglichen. Die Spanier zogen darauf sofort ihre letzten Soldaten ab, doch wurde Dakhla kurz darauf von Marokko und Mauretanien besetzt (13.2., jeune afrique). Ende Januar kam es zu schweren Gefechten zwischen algerischen und marokkanischen Truppen bei Amgala, weit von der algerischen Grenze entfernt. Die algerische Zeitung El Moudjahid meldete am 24. Januar, daß Ain Ben Tili befreit sei und daß bei Bir Moghrein und Farsya heftige Kämpfe stattfänden. Die beiden ersten Orte liegen in Mauretanien, was darauf hindeutet, daß die Polisario-Front in der Sahara stark geschwächt ist und sich Faustpfänder in Mauretanien sichern will.

Die Situation der nicht an den Kämpfen beteiligten Bevölkerungsteile, vor allem Frauen und Kinder, ist sehr schlecht, da sie größtenteils unter elenden sanitären Verhältnissen in kaum versorgten Flüchtlingslagern leben.

Die Zahl der Lagerinsassen wird vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes mit 40 000 angegeben, die Hälfte davon soll in der algerischen Stadt Tindouf leben. Weitere fünftausend sollen in der Wüste herumirren. 60 % der Flüchtlinge sollen Kinder sein. Es fehlt an allem, besonders Lebensmittel und Kleidung sind knapp (nachts kann die Temperatur bis auf - 4°C sinken) (9.1., Le Monde).

Nach Konsultationen mit den beteiligten Ländern Spanien, Algerien, Marokko und Mauretanien hat UNO-Generalsekretär Waldheim den schwedischen UNO-Botschafter Riydbeck als Sonderbeauftragten auf die Reise geschickt, um den Saharauis die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zu ermöglichen.

Die Saharauis aber, das sind im weitesten Sinne alle Angehörigen der Reguibat-Nomaden; die Ost-Reguibats, 20 – 25 000 Nomaden, die zwischen Westalgerien und dem Atlantik wandern, und die West-Reguibats, etwas zahlreicher, die zwischen Zentralmauretanien und Rio de Oro wandern. Werden sie von den überlegenen marokkanischen Truppen weiter abgedrängt, ist leicht auszurechnen, wie die „Selbstbestimmung" in der Sahara ausgehen wird.

SAMBIA

Kaunda verhängt den Ausnahmezustand

13. 2. (jeune afrique)

Mit den Worten „Wir müssen uns auf das Schlimmste vorbereiten. Wir sind im Kriegszustand" verhängte Präsident Kaunda den Notstand über das ganze Land. Offizielle Begründung dafür war die angebliche Bedrohung des Landes durch fremde Mächte, nämlich der Sowjetunion und ihre Verbü..dete, der angolanischen MPLA und der namibischen SWAPO. Es gab zwar einige Konflikte an der angolanischen Grenze, doch scheint die SWAPO eine größere Gefahr für Kaundas Herrschaft zu sein, da er sich immer mehr der Notwendigkeit einer

engeren Zusammenarbeit mit Südafrika ausgesetzt sieht. Auch Studentendemonstrationen für die MPLA scheinen die Angst der Herrschenden zu stärken, daß sich die politischen Auseinandersetzungen in Sambia zuspitzen. Wegen des Zusammenbruchs der Beguela Eisenbahn im angolanischen Bürgerkrieg und des Falls der Kupferpreise haben sich Sambias Einnahmen dramatisch verringert. Kurz vor dem Staatsbankrott mußte die Regierung ihre Ausgaben verringern und Steuern und Zölle erhöhen. Diese Maßnahme trifft vor allem die Ärmsten des Landes und wird der Hauptgrund für die Ausrufung des Notstandes gewesen sein. Da die Tansam-Eisenbahn wegen der chronischen Verstopfung des Hafens von Daressalaam – hier lagert zur Zeit ein Zehntel der Jahreskupferproduktion – die Ausfuhrerlöse kaum steigern kann, wird sich eine Normalisierung des Handelsverkehrs mit Südafrika und Zimbabwe kaum vermeiden lassen.

SENEGAL

Sozialdemokraten erkennen die senegalesische „Demokratie" an
28.1. (Le Monde) / 23., 30.1. (jeune afrique)

Die zweite Internationale, Organisation der sozialdemokratischen Parteien westeuropäischer Prägung, nahm die Senegalesische Fortschrittsunion als Mitglied auf. Die Fortschrittsunion war lange Zeit die einzig zugelassene Partei Senegals und stellt auch heute allein die Regierung.

Diouf, der Ministerpräsident, durfte auch zum letzten SPD-Parteitag erscheinen und Segenswünsche seines Präsidenten Senghor überbringen. Damit hat Senghor die Anerkennung seiner Partei als sozialistisch und die Anerkennung seiner Regierung als demokratisch erreicht. Dieses Ziel hat sich Senghor einiges kosten lassen. Unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen, nämlich der massiven Behinderung und Unterwanderung durch seine eigenen Leute, ließ er die Gründung von zwei Oppositionsparteien zu. Mitten in der in Europa so freudig begrüßten Demokratisierung gingen wieder Verhaftungswellen durch das Land. Sie treffen vor allem Journalisten, technische und kaufmännische Angestellte. Sondergerichte mit Beisitzern aus der Fortschrittsunion verurteilen jeden, der der Opposition verdächtig ist. Es genügt, (völlig zutreffend) den Erziehungsminister einen neokolonialistischen Reaktionär genannt zu haben, um ins Gefängnis zu kommen. „Entwicklungshelfer" aus Frankreich, Brasilien und Japan haben Folterspezialisten ausgebildet, die mit Gewalt versuchen, die Namen von Leuten herauszubekommen, die etwas mit verbotenen Zeitungen oder Verbänden zu tun haben könnten. Foltermethoden sind: frei aufhängen und durch Schläge zum Rotieren bringen, wiederholt unter Wasser tauchen, Zigaretten auf dem Körper ausdrücken. Typisch ist der Fall der Journalistin Eugénie Aw. Sie war im zweiten Monat schwanger. Da Senegal sich als Rechtsstaat versteht und Schwangere nicht foltern möchte, wurde ihr erst – gegen ihren Willen – das Kind abgetrieben.
Grund genug haben die Herren des Senegal, um jede ernstzunehmende Opposition zu terrorisieren. Während eine winzige Minderheit von Franzosen, Libanesen und Senegalesen alle einträglichen Wirtschaftszweige beherrscht und auf enorm hohen Lebensstandard lebt, verarmt die Bevölkerung aufgrund der sich ständig verschlechternden Welthandelsbedingungen immer mehr. Hieran etwas zu ändern, fällt den Herrschenden nicht ein und so sind drei Viertel der Bevölkerung Analphabeten und lebt bei sinkenden Reallöhnen ohne ernstzunehmende medizinische Versorgung.

ZAIRE

Wirtschaftskrise
8.12. (Newsweek)/19.12. (NZZ)

Der Zusammenbruch der Benguela-Eisenbahn hat Zaire in eine schwierige Lage gebracht. Während die Versorgung der Shaba-Provinz (Katanga) mit Lebensmitteln aus Angola ausbleibt und Hunger droht, fallen gleichzeitig die Kupferexporte über Angola aus. Die Eisenbahnwege über Tansania und Mosambik sind überlastet. Ein großer Teil des benötigten rollenden Materials ist in Angola blockiert. Der Exportweg über den zairischen Hafen Matadi erfordert mehrfaches Umladen und ist überlastet, da Bahn und Schiffe in schlechtem Zustand sind und extrem langsam arbeiten. Die Republik Südafrika sprang in die Bresche, versorgt Zaire jetzt mit Eisenbahnmaterial, Benzin und Lebensmittel und öffnet seine Häfen für den Kupferexport.

Aufsehen erregt unterdessen die Nachricht, daß ein früherer Minister Lumumbas, Gizenga, sich den im Osten Zaires operierenden Befreiungsbewegungen anschließen will (17.1., Le Monde). In den Ostgebieten war der Widerstandskampf gegen Mobutus Regime trotz mangelnder Unterstützung von außen nie erloschen.

–as–

Asien

INDIEN

Indo-Iranische Wirtschaftsbeziehungen

Bei einem Treffen der indo-iranischen Wirtschaftskommission in Teheran werden neue Wege der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vereinbart. Dabei ist besonders ein 630 Mio. US-Dollar-Kredit des Iran an Indien zur Entwicklung der Eisenerzgruben von Kudremukh zu erwähnen (3.12.75, NfA).

In den letzten vier Jahren hat der indo-iranische Handel stark zugenommen. Der Wert der indischen Exporte stieg von 22 Mio US-Dollar im Jahre 1972 auf 240 Mio US-Dollar im Jahre 1974. Jedoch beträgt das indische Handelsdefizit 286 Mio US-Dollar, vor allem wegen der stark gestiegenen Preise für Rohöl und Ölprodukte (Fin. Times, 2.12.75). Die wichtigsten indischen Exportgüter waren Zucker, Tee, Baumwolle und andere Textilerzeugnisse, Jutewaren, Zement und Stabstahl. (vgl. dazu auch die Meldungen in den vorangegangenen Heften).

Deutsche Privatinvestitionen
16.12.75 (NfA)

Die deutschen Privatinvestitionen in Indien sind im ersten Halbjahr 1975 um 2,8 Mio DM gestiegen. Damit erreichten die seit 1952 in Indien getätigten deutschen Privatinvestitionen insgesamt 177,1 Mio. DM. Seit 1973 sind die Investitionen kontinuierlich angestiegen, nachdem sie zeitweise rückläufig waren.

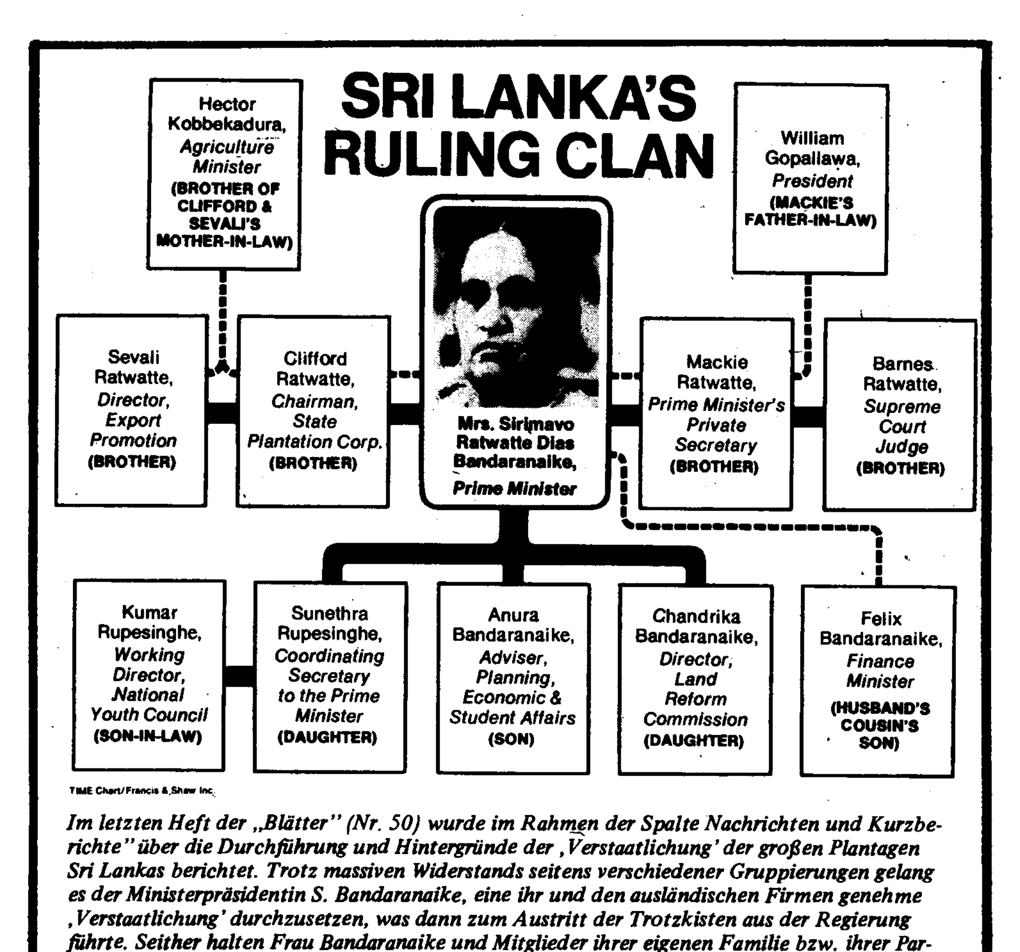
Festschreibung des Ausnahmezustandes – weiterer Machtzuwachs für Indira Gandhi

Aufgrund mehrerer Präsidialverordnungen in den letzten drei Monaten ist es in Indien jetzt nicht mehr möglich, gegen willkürliche Verhaftungen gerichtlich vorzugehen. In der Vergangenheit war es in einigen, sehr bekannten Fällen gelungen, politische Häftlinge per Gerichtsbeschluß aus der Haft zu entlassen (19.10./17.11.75 , FR). Ebenso wird das Einspruchsrecht gegen Verletzungen des Artikels 19 der indischen Verfassung per Dekret vom 8.1.76 abgeschafft. Dieser Artikel umfaßte bislang die verfassungsmäßigen Grundrechte, wie z.B. Rede- und Versammlungsfreiheit, das Recht auf Gründung einer Partei oder Gewerkschaft etc. (NZZ, 10.1.76).

Neben dieser Verschärfung des Ausnahmezustandes wird auf dem Parteitag der Congress-Party in Chandigarh eine Verschiebung der Parlamentswahlen um ein Jahr und eine Neufassung der alten indischen Verfassung beschlossen. Die Neuschreibung der Verfassung soll den Ausnahmezustand rechtlich absichern und für die Zukunft festschreiben. Die Verschiebung der Parlamentswahlen kann unter den geltenden Notstandsgesetzen vom Parlament beschlossen werden, das am 5. Januar seine neue Sitzungsperiode eröffnet hat. Frau Gandhi verfügt in beiden Häusern des indischen Parlaments über eine bequeme Zwei-Drittel-Mehrheit (Far East. Ec. Rev., 16.1.76).

Weiterhin bildet Indira Gandhi ihr Kabinett um. Hervorzuheben ist hier, daß der seit 1952 dem Kabinett angehörende Verteidigungsminister Swaran Singh seinen Psten verloren und kein neues Ressort übertragen bekommen hat. Swaran Singh galt bislang stets als treuer Gefolgsmann Indira Gandhis. Das Amt des Verteidigungsministers wird von der Ministerpräsidentin persönlich übernommen – wohl deshalb, um *ihre* Politik direkter durchsetzen zu können. Neben dem Verteidigungsressort leitet Frau Gandhi auch noch das Ministerium für Atomenergie, das sie schon seit 1967 innehat (SZ/NZZ, 2.12.75).

Gleichzeitig tritt ihr jüngster Sohn Sanchay Gandhi in das Führungsgremium der Congress-Party ein (NZZ, 11.12.75). Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Juni letzten Jahres profilierte er sich zunehmend als Berater seiner Mutter und als Politiker mit starkem Rechtsdrall. Sanchay Gandhi ist Verfechter der Marktwirtschaft und propagiert die Ausschaltung der Kommunisten (NZZ, 22.1.76). Die Vergangenheit des Politikers ist von Korruptionsaffären gekennzeichnet: Als Direktor einer eigens für ihn gegründeten staatlichen Automobilfirma sollte er den indischen „Volkswagen" produzieren. Doch bis heute ist noch kein einziger Wagen vom Band gelaufen (vgl. Chronik, Heft 40).



Im letzten Heft der „Blätter" (Nr. 50) wurde im Rahmen der Spalte Nachrichten und Kurzberichte" über die Durchführung und Hintergründe der ‚Verstaatlichung' der großen Plantagen Sri Lankas berichtet. Trotz massiven Widerstands seitens verschiedener Gruppierungen gelang es der Ministerpräsidentin S. Bandaranaike, eine ihr und den ausländischen Firmen genehme ‚Verstaatlichung' durchzusetzen, was dann zum Austritt der Trotzkisten aus der Regierung führte. Seither halten Frau Bandaranaike und Mitglieder ihrer eigenen Familie bzw. ihrer Partei SLFP alle Macht in ihren Händen; nur das unbedeutende Wohnungsministerium wird von einem Mitglied der pro-sowjetischen Communist-Party geleitet. Das obenstehende Schaubild zeigt sehr deutlich, daß jetzt alle wichtigen Positionen des Landes von Verwandten der Ministerpräsidentin gehalten werden. Daher auch: Sri Lanka's Ruling Clan – Der herrschende Clan Sri Lankas.

Lateinamerika

MEXICO

Verschärfte Konfrontation zwischen landlosen Bauern und der Regierung

Im Oktober und November 1975 zeichnete sich in Mexico eine Verstärkung der Unruhe unter den landlosen Bauern ab. Es kam zu mehreren Landbesetzungen, die dann sofort durch Polizei und Armee-Einsätze zerschlagen wurden. Hierbei sind in verschiedenen Orten Bauern erschossen worden:
Bei der mexicanischen Stadt Ciudad Obregon besetzten 300 unbewaffnete Bauern, die schon seit Jahren auf die Einlösung von Landversprechungen der Regierung warteten, ein Landstück. Bei der gewaltsamen Räumung des besetzten Bodens wurden 7 Bauern erschossen und 20 schwerverletzt. Unter den Landbesetzern von Ciudad Obregon befand sich beispielsweise ein Bauer, der seit über 25 Jahren auf die Zuteilung eines ihm von der Regierung versprochenen Landstückes wartete; unter ihnen befand sich weiter eine Indianer-Gruppe, die schon seit 1942 auf eine diesbezügliche Unterschrift der Regierung wartet. (Latin America, 28.11.75). Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich im nordmexicanischen Staat Sinaloa: Bei der Räumung eines von 400 besitzlosen Bauern besetzten Gutes haben Polizisten und Soldaten mindestens 61 unbewaffnete Bauern erschossen und 14 weitere verletzt (NZZ, 27.10.75). Im mexicanischen Staat Vera Cruz haben Viehzüchter fünf Bauern erschossen und acht verwundet, als diese auf Weideland ein Genossenschaftsdorf errichten wollten. Die Opfer gehören zu einer Gruppe von 200 bäuerlichen Familien, die vor 30 Tagen auf Grund eines Erlasses der Regierung mit der Besiedlung von bisherigem Viehzüchterland begonnen hatten (NZZ, 1.11.75).

Räumungen durch Polizei und Armee waren bisher immer die Antwort der Regierung auf Besetzungsaktionen der landlosen Bauern gewesen. Die Massaker im Norden von Mexico haben diesmal allerdings ein so großes Ausmaß erreicht, daß der mexicanische Präsident Echeverria sich genötigt sah, den Gouverneur des nordmexicanischen Staates Carlos Armando Biebrich, aus seinem Amt zu entlassen und einen Haftbefehl gegen den Chef der Staatspolizei zu erlassen (dem dieser sich jedoch durch Flucht entzog). Staatschef Echeverria schien zunächst mit den Bauern zu sympathisieren. Er befahl sogar seinem für die Agrarreformen zuständigen Minister alle Landkonflikte im Norden von Mexico innerhalb eines Jahres im Sinne aller Betroffenen zu lösen (Latin America, 28.11.75). Die neuen Agrarpläne Echeverrias sind dann jedoch unter dem Druck von Großgrundbesitzern und gewissen starken Fraktionen innerhalb seiner Partei (PRI) vom Staatspräsidenten des facto widerrufen worden. Im November hatte die Regierung noch Landbesetzungen indirekt als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung von sozialem Fortschritt anerkannt. Neuerdings werden jedoch Landbesetzungen von der Regierung als illegal und konter-revolutionär verworfen. Echeverria sagt nun, daß eine Landreform nur innerhalb der Grenzen der Gesetzgebung stattfinden kann. Ferner betont er, daß der Vollzug der Landreform mehr eine Frage technischer Regelungen als eine Frage von Verschiebungen der Besitzverhältnisse sein wird (Latin America, 16.1.76).

Damit scheint sich die trostlose Lage der Landbevölkerung Mexicos weiterhin zu zementieren. Die durch die Bauern in der Mexicanischen Revolution von 1910 erzwungenen Gesetze zur Landverteilung erweisen sich abermals als illusionär. Heute besteht die Hälfte der Landbevölkerung Mexicos aus landlosen Bauern, die die Hauptträger der genannten Revolution stellten –eine Revolution, die eine Million Tote forderte.
40 % des bebaubaren Landes Mexicos ist in Händen von Großgrundbesitzern. Das Landgesetz beschränkt zwar individuellen Landbesitz auf 100 Hektar. Jedoch wird diese Klausel permanent umgangen, indem Großgrundbesitzer formell jedes Familienmitglied sowie alle Bedienstete und „prestanombres" (Personen, die bereit sind gegen eine gewisse Bezahlung als Scheinbesitzer zu fungieren) mit 100 Hektar Land betrauen. In solchen Fällen entstehen Güter von 10.000 Hektar oder mehr. Es ist damit zu rechnen, daß die Unzufriedenheit der landlosen Bauern in Zukunft zunimmt und sie wird vermutlich vom Norden Mexicos auch auf andere Landesteile übergreifen.

jols

PANAMA

Verhärtung der Position der USA zur Panama-Kanal-Frage

Am 8. September 1975 wurden die Verhandlungen zwischen Panama und den USA zur Frage der Zukunft der Kanalzone wieder aufgenommen. Diesen Verhandlungen gingen die blutigen Auseinandersetzungen von 1964 voraus, als die Bevölkerung in massiver Form gegen die US-Herrschaft über die Kanalzone protestierte. Die USA bestanden jedoch damals auf der Beibehaltung ihres Herrschafts-Anspruchs über die Kanalzone. Zu den Ereignissen, die auf die Verhandlungen hinführten, gehört weiter ein Militärputsch im Oktober 1968, der Omar Torrijos in Panama an die Macht brachte. Panama nahm unter Torrijos eine radikal nationalistische Position ein. Eine ablehnende Haltung gegen die bisherige vollständige Abhängigkeit Panamas von den USA bestimmte seither die Außenpolitik von Torrijos. Die USA, die, wie sie sagten, hierdurch in Panama die „Demokratie in Gefahr" sahen (d.h. ihre Interessen bedroht sahen), organisierten über ihre Geheimdienste einen G[illegible]enputsch, der jedoch fehlschlug.

Die Verhandlungs-Position Panamas läßt sich so zusammenfassen: die USA leiten ihren Rechtsanspruch auf die Kanalzone aus einem Vertrag von 1903 ab, der jedoch niemals von Panama unterzeichnet wurde und daher von

Panama als rechtsungültig angesehen wird. (siehe beistehenden Kasten) Panama fühlt sich als legitimer Besitzer der Kanalzone, aus der die USA seit über 70 Jahren enorme Gewinne (durch Kanalbenutzungsgebühren) ziehen. Es gibt für Panama nur eine Lösung des Konflikts: völliger (schrittweiser) Abzug der USA aus der Kanalzone.

Seit 18 Monaten versucht der panamesische Staatschef Torrijos den Panama-Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Kissinger unternahm 1974 eine Blitzreise nach Panama. Acht Punkte wurden vereinbart – zwischen Kissinger und dem panamesischen Verhandlungspartner Tack, – die als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen sollten. (Anschließend übernahm der ehemalige US-Botschafter von Saigon, Ellsworth Bunker, die Verhandlungen). Die acht vereinbarten Punkte und die Aufnahme von Verhandlungen ließen Torrijos glauben,daß die USA bereit sei, Zugeständnisse zu machen. Tatsächlich schien die Deklaration von Tack und Kissinger auch vielversprechend zu sein. Sie hielt u.a. fest, daß ein Abzugstermin für die USA aus der Kanalzone ausgehandelt werden soll. Im Laufe der Monate zeigte sich jedoch, daß Kissinger unter dem Druck der Konservativen in den USA die in den Vertrag eingegangenen Verpflichtungen diplomatisch zu unterlaufen suchte. So sagte Kissinger Mitte September in einem Gespräch mit rechts-extremen George Wallace: „Die USA müssen einseitig das Recht behalten, den Kanal noch für lange Jahre zu verteidigen. Wir dürfen den Schutz des Kanals nicht aufgeben..." (Herald Tribune, 17.9.75).
Kissingers Äußerung erregte Panamas starke Verärgerung. In einem Telegramm suchte die US-Regierung die Panamesen zu „beruhigen": Es hätte sich, so hieß es, um einen sprachlichen Irrtum Kissingers gehandelt. Er wolle in Wirklichkeit sagen, daß man eine neue Formel finden müsse, die es erlaubt, für mehrere Jahrzehnte „unseren Schutz und unsere Kontrolle über den Kanal *zu erhalten.*" Bei den im gleichen Monat in Panama wieder aufgenommenen Verhandlungen zeigt sich erneut, daß das Weiße Haus kein anderes Ziel hat als Zeit zu gewinnen, den Gegner zu verwirren und unter Druck zu setzen.

Wallace und seine Freunde sind nicht die einzigen Gegner eines fairen Vertrages mit Panama: Am 26. Juli 1975 entschied sich das Repräsentantenhaus der USA gegen alle Unkosten, die aus weiteren Kanal-Verhandlungen entstehen. Die New York Times (vom 11.9. 75) sieht in dieser Haltung des Kongresses „ein betrübliches Anzeichen von Chauvinismus und Unverantwortlichkeit". Senatoren Thurmond und McClellan sammeln weiterhin Unterschriften gegen jede Veränderung des Status quo in der Kanalzone. Nach Thurmond und Kollegen (Economist, 19.7.75) ist die Kanalzone legaler Besitz der USA, weil sie die Zone vor 72 Jahren gekauft haben. Der Leiter von Gerald Fords Wahlkampagne, M. Howard Callagay, bringt die Thesen gegen Panamas Forderung nach Zurückgabe der Kanalzone auf folgenden Nenner: „In diesem Lande [USA] herrscht die Meinung, daß Teddy Roosevelt den Panamesen half, ihre Unabhängigkeit zu erlangen, daß er den Vertrag unterzeichnete, daß er dafür bezahlte, daß er das Gelbfieber besiegte und dem panamesischen Volk seine einzige reiche Einnahmequelle brachte. Deswegen vertreten wir die Meinung, daß der Kanal einen enormen Wert darstellt, daß wir für ihn bezahlen und er uns folglich auch gehört." (Time, 28.7.75)
Im Herald Tribune vom 19.9.75 empfiehlt William Buckley Jr. (Sprecher bestimmter konservativer Kräfte in den USA), notfalls auch Gewalt anzuwenden, um die Panamesen „klein zu kriegen".
Ende September fanden ausgedehnte Demonstrationen in Panama statt, wobei die Fenster des US-amerikanischen Konsulates eingeschlagen wurden und die Autos der Diplomaten umgekippt wurden. Staatschef Torrijos befindet sich infolge der stagnierten Kanal-Verhandlungen in einer zunehmend schwierigeren Lage: einerseits wird Torrijos durch die Schaukelpolitik des State Departements hingehalten. Andererseits setzt ihn die Bevölkerung seines Landes, deren Geduld bald am Ende zu sein scheint, unter Druck. Es fragt sich, wie lange die USA ihr Verhandlungsspiel noch fortsetzen kann ohne eine blutige Konfrontation zu riskieren. Der Gefahr einer offenen Konfrontation ist sich auch Kissinger bewußt: „In jedem Fall", so Kissinger wörtlich, „muß eine neue Formulierung gefunden werden, in der Panama ein neuer Status eingeräumt wird, weil sonst Panama ein Kampfgebiet der Guerrillas werden kann." (Herald Tribune, 17.9.75)
Für die Panamesen handelt es sich bei der Forderung nach Rückgabe der Kanalzone um eine lebenswichtige Frage, eine Frage der nationalen Befreiung. Und das ist es, was die Regierung von Panama mit ihrer Erklärung vom 20. September letzten Jahres sagen will:

„Wenn der Verhandlungsweg sich verschließt, müssen wir andere Wege zur Befreiung suchen ...".

jols

Der Abschluß des Panama-Vertrages: Ein gelungenes Überrumpelungsmanöver

Was sind nun die juristischen Grundlagen aus denen die USA ihren Rechtsanspruch auf die Kanalzone in Panama ableiten?

Am 3.11.1903 proklamiert Panama seine Unabhängigkeit von Kolumbien. US-Diplomaten überreden die Panamesen, einen gewissen Philippe Bunau-Varilla, der Angestellter des französischen Kanalbau-Unternehmens war, als diplomatischen Vertreter nach Washington zu schicken. Wenige Tage danach jedoch erkennt Panama den Fehler, sich von Bunau-Varilla vertreten zu lassen und beschließt, eine Delegation von Panamesen nach Washington zu schicken, die mit vollen Verhandlungsvollmachten ausgestattet ist. US-Minister Hay ignoriert diesen Vorgang und legt am 15.11. 1903 Bunau-Varilla einen Vertragsvorschlag vor, in dem von den USA eine 60%ige Vergrößerung der anvisierten Kanalzone vorgesehen ist – dies durch einen einfachen Trick: das Wort „Kilometer" wird durch das Wort „Meile" ersetzt. Bunau-Varilla reagiert in 3 Tagen mit einem Gegenvorschlag, in dem es u.a. heißt: „Die Republik Panama sichert den Vereinigten Staaten die gleichen Rechte, die gleiche Macht und Autorität in der Zone zu, als hätten sie die souveräne Herrschaft darüber, wobei die Republik Panama sich verpflichtet, auf die Ausübung ihrer souveränen Rechte, ihrer Macht und Autorität zu verzichten" (Die Weltwoche, 25.9.74).

Die Erklärung für die großzügige Offerte Bunau-Varillas an die USA findet sich wohl in der Tatsache, daß die französische Kanalbau-Gesellschaft (für die Bunau-Varilla arbeitete) 100 Millionen Dollar von den USA gefordert hatte für die Überlassung ihrer im 19. Jahrhundert erworbenen Baurechte an die USA, während die USA nur 40 Millionen Dollar boten. Bunau-Varilla wollte sich durch sein Vertrags-Angebot den höheren Preis sichern. Noch am selben Tag läßt der US-Minister Hay Bunau-Varilla wissen, daß die panamesische Verhandlungs-Delegation, die Bunau-Varilla ablösen sollte, am Abend in Washington eintreffen soll. Bunau-Varilla wird für 18 Uhr in die Privatresidenz von Minister Hay gebeten. Um 18.40 Uhr, im Augenblick der Unterzeichnung, stellt Bunau-Varilla fest, daß er kein Siegel dabei hat, wie es zur Unterzeichnung nötig ist. Hier konnte jedoch John Hay aushelfen: Er besaß einen Siegelring von Lord Byron (!!), den er Bunau-Varilla zur Verfügung stellt. Mit diesem Schmuckstück wird dann (im Namen Theodore Roosevelts) die Annexion der Kanal-Zone durch die USA besiegelt. Als um 21.30 Uhr die panamesische Delegation eintrifft, sind die Würfel schon gefallen. Zum ersten Mal kann ein Panameser lesen: „Die Republik Panama stimmt auf Dauer der Benutzung, dem Besitz und der Kontrolle der Kanalzone durch die USA zu ..."

Der damalige US-Präsident Theodore Roosevelt und sein Minister John Hay waren sich vollkommen im Klaren über das Unrecht des Panama-Vertrags. In einem Brief vom 20.1.1904 an Senator Spooner, schrieb John Hay wörtlich: „der Vertrag ist ungeheuer vorteilhaft für die USA, und wir müssen mit einer gewissen Scham zugeben, daß er nicht ser vorteilhaft für Panama ist."

Adressenänderung bitte rechtzeitig mitteilen! Danke!

Russell Tribunal

Bericht von der dritten Sitzungsperiode (Rom,1976)

1. Entstehung des Russell-Tribunals

Im September 1967 konstituierte sich auf Initiative des englischen Philosophen Bertrand Russell und Jean Paul Sartres das Vietnam-Tribunal. Ziel dieses Tribunals war es, die Weltöffentlichkeit auf die ungeheuerlichen Verbrechen aufmerksam zu machen, die die USA an dem vietnamesischen Volk begangen hatten. So entstand eine Initiative, die zunächst privaten Charakter hatte, die aber schnell die Zustimmung der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt erhielt, die sich mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes solidarisch erklärt hatten.

Auf Initiative einer Gruppe Exil-Brasilianer entstand 1971 ein zweites Tribunal, das in nunmehr drei Sitzungsperioden die Repression in Lateinamerika untersuchte und anklagte. Zunächst war daran gedacht, nur die fortdauernde Verletzung der Menschenrechte in Brasilien anzuklagen, doch aufgrund des Putsches in Chile und der zunehmenden Zahl der Dokumente über die Unterdrückung in anderen lateinamerikanischen Ländern, wurde das Thema erweitert.

Während der ersten Sitzungsperiode (Rom, März/April 74) wurden zahlreiche Beweise für gravierende Verletzungen der fundamentalsten Menschenrechte in Brasilien, Chile, Bolivien und Uruguay vorgelegt.
Thema der zweiten Sitzungsperiode (Brüssel, Jan 75) waren die ökonomischen Ursachen der Repression. Es ergab sich, daß die Rohstoffe und Arbeitskräfte Lateinamerikas systematisch von den hochindustrialisierten Ländern, vor allem den USA, ausgebeutet werden. Dies hat einerseits eine fortschreitende Zerstörung der Umwelt zur Folge, andererseits führt es zu einer extremen Einschränkung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter, und somit zur „Ruhe an der Arbeitsfront". Aus diesem Grund investieren multinationale Unternehmen in den Ländern mehr, in denen (rechte) Militärregimes herrschen.

Daneben wurden Beweise für die Verletzung der Menschenrechte durch die Regierungen der Dominikanischen Republik, von Haiti, Guatemala und Paraguay vorgelegt.

In der dritten Sitzungsperiode (Rom, Jan 76) wurde die Rolle der US-Regierung und der multinationalen Konzerne untersucht, jedoch unter bestimmten Aspekten: die Durchdringung der Streitkräfte und der gewerkschaftlichen Bewegungen durch den Imperialismus und dessen Beteiligung an der Zerstörung der autochtonen Kulturen; die Rolle der Kirche; die ökonomischen Mechanismen der Ausbeutung und der Unterdrückung in Lateinamerika. Die Untersuchung der Repression wurde auf drei weitere Länder ausgedehnt: Nicaragua, Kolumbien und Argentinien.

Den Vorsitz des Tribunals führte Lelio Basso. Zur Jury gehörten Juan Bosch, Ex-Präsident der Dominikanischen Republik, die Theologen Georges Casalis und Giulio Girardi, die Nobelpreisträger Georges Wald (Biologie) und Alfred Kastler (Physik), die Schriftsteller Julio Cortazar und Gabriel Garcia Marquez, der Professor James Petras von der Universität New York, der belgische Internationalist Francois Rigaux, sowie andere Persönlichkeiten.

In den Medien der BRD wurde dies letzte Russel-Tribunal praktisch totgeschwiegen. Wir halten die dort vorgetragenen Tatsachen jedoch für so wichtig, daß wir im folgenden einen kurzen Bericht über die letzte Sitzungsperiode dieses Tribunals geben, sowie anschließend einige Dokumente über die Repression in Lateinamerika anfügen, die auf diesem Tribunal vorgelegt wurden.

2. Auszüge aus den Berichten der dritten Sitzungsperiode

2.1. Kulturimperialismus

Die von James Petras vorgetragene Anklageschrift befaßte sich speziell mit der Rolle der US-Intervention in Lateinamerika. Er stellte fest, daß die USA von der direkten militärischen Intervention zu einer mehr verschleierten (aber darum nicht weniger effektiven) Intervention übergegangen sind, und zwar über multinationale Konzerne und die Unterstützung von Militärregimes. Die ökonomische Ausbeutung Lateinamerikas basiert auf der Präsenz des Imperialismus nicht nur in der ökonomischen Struktur, sondern auch im politischen Machtapparat, in gewerkschaftlichen Organisationen, in der Erziehung und im gesamten kulturellen Bereich. Petras referierte über die technische Entwicklungshilfe und die Trainingsprogramme der Geheimdienste, der Polizei, der Streitkräfte sowie der herrschenden Eliten, die Kontrolle der Universitäten und der Massenmedien. Besonders wichtig war die Anklage der Zerstörung der indianischen und eingeborenen Kulturen. „Die indianische und eingeborene Kultur ist das größte Opfer des Kulturimperialismus. Die Verbreitung der bürgerlichen Werte von Egoismus und individueller Gewalt, Konkurrenz, Privatakkumulation und Zusammenarbeit mit den Repressionsorganen des Staates, zerstört die kollektive Solidarität und die Einheit der Arbeiterklasse...

Die Idealisierung eines Kriteriums rassistischer „Schönheit", die individuelle Unsicherheit und das Modell des bürgerlichen Lebens, sind Mittel, die angewandt werden, um durch die Schaffung individueller Unterschiede Arbeiter und Bauern von ihresgleichen zu trennen. Die fiktiven Personen der Fernsehsendungen und der Fotoromane werden als Personen dargestellt, die in f olge ihrer Arbeit den Erfolg erreicht haben: die Ausnahmen werden so zum Modell. Weder die imperialistische Ausbeutung noch die wirklichen Gründe, die das Volk Lateinamerikas daran hindern, den Erfolg zu erreichen, werden hierbei thematisiert. Diese Modelle des bürgerlichen Erfolgs, die den Massen vorgestellt werden, um ihre Übernahme anzuregen, sind eben ein Idealbild der Klassen, die das Volk davon abhalten, seine Lage zu verbessern. Die vom Imperialismus verbreiteten Publikationen haben also im wesentlichen zwei Funktionen: die privilegierten Klassen zu legitimieren und die wahren Gründe der Ausbeutung der Massen zu verschleiern."
Auch der französische Soziologe Armand Mattelart analy-

siert den Kulturimperialismus. Darüber sagte er: „Die neuere Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, daß die multinationalen Konzerne, deren Interessen zunächst ausschließlich auf dem Gebiet der Weltraumtechnologie und der Elektronik lagen, begonnen haben, als Produzenten in der Massenkultur aufzutreten und bereits dabei sind, diese Produktion zu monopolisieren. „ITT und Xerox– um nur zwei der größten Unternehmen zu nennen – haben eigene Abteilungen für kulturelle Produktion. Die Filmindustrie Hollywoods ist in den letzten Jahren zunehmend von Unternehmen abhängig geworden, die vorrangig Erdölinteressen haben und Zuckerplantagen kontrollieren."

Im Verlauf der Diskussion über den Kulturimperialismus wurden weitere Aspekte erörtert, insbesondere die Rolle der nordamerikanischen Stiftungen, z.B. der Ford und Carnegie Foundation. Darüber sprach die US-Soziologin Bonnie Mass, die sagte, daß nordamerikanische Stiftungen und Institutionen zur Verhinderung von Aufständen agieren. Die Rand Corporation (Ford Foundation) und das Brooking Institute (Ford-Rockefeller Foundation) haben Institute und Studienzentren gegründet, die sich mit den Beziehungen zwischen den USA und Cuba nach der Revolution befassen. Das Hoover Institute of War and Peace versorgt den CIA mit Informationen über revolutionäre Bewegungen; die Pan American Development hat 1969 drei Millionen Dollar in diverse landwirtschaftliche Gebiete Lateinamerikas investiert und dadurch neue Märkte geschaffen und bemerkenswerte Steuererleichterungen für die Gesellschaften erreicht, die das Programm finanzieren, und zwar, weil diese Gesellschaften auf dem Umweg über die Stiftungen als kulturelle Institutionen anerkannt werden.

2.2. Einmischung in die Gewerkschaftsbewegung

Ein Thema von besonderer Wichtigkeit wurde von dem Tribunal analysiert und zwar die Einmischung der nordamerikanischen antikommunistischen Gewerkschaften (AFL-CIO) in die Arbeiterbewegung Lateinamerikas. „Die US-Regierung zählt auf die Mitarbeit der organisierten Arbeiterbewegung, um ihre imperialistische Auslandspolitik abzusichern. Das wirksamste Instrument für die Schaffung von Arbeiterorganisationen im Dienst der multinationalen Konzerne ist das „American Institute for Free Development" (AIFLD). Dieses Institut wird von einem Komitee geleitet, das sich aus hohen Funktionären des AFL-CIO und aus Direktoren wichtiger Firmen, die Tochtergesellschaften in Lateinamerika haben, zusammensetzt. Die Gewerkschaftsführer des AIFLD haben folgende Funktionen: die Einheit der Gewerkschaften zu zerstören; in Zusammenarbeit mit dem CIA Streiks zu organisieren, die als Ziel haben, fortschrittliche Regierungen zu stürzen; Gewerkschaften aufzubauen, die den multinationalen Konzernen und den Militärdiktaturen dienen; die antikommunistische und kontrarevolutionäre Ideologie in der Arbeiterbewegung anzuheizen." (Anklageschrift von James Petras) Diese Feststellungen wurden durch die Ausführungen des nordamerikanischen Gewerkschaftlers Ronald Radosch bestätigt, der die Teilnahme des AFL-CIO an den Interventionen in Guatemala 1954, in Guayana 1963 und in der Dominikanischen Republik bewies; dies wurde auch vom nordamerikanischen Gewerkschaftler Fred Hirsch, Ex-Mitglied des AFL-CIO, untermauert.

2.3. Militarisierung in Lateinamerika

Die zunehmende Militarisierung in Lateinamerika war Thema einer ganztägigen Sitzung. Der chilenische General Sergio Pobleta, den die Militärjunta in Abwesenheit zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt hat, sprach über die imperialistische Durchdringung der chilenischen Streitkräfte und über ihre Rolle beim Militärputsch 1973. Die Ausbildung von lateinamerikanischen Militärangehörigen durch die USA in der Antiguerilla-Schule in Panama wurde durch einen Film dokumentiert und durch Zeugenaussagen von Absolventen dieser Schule, die über die antikommunistische Indoktrination und Antiguerilla-Ausbildung berichteten, belegt. Über die Militarisierung sagt das Urteil des Tribunals: „Durch ein ausgeklügeltes System von Verträgen und Abkommen konditioniert, sind die lateinamerikanischen Streitkräfte vollständig abhängig, einerseits vom Pentagon, von dem sie ihre Ausbildung erhalten, und andererseits von nordamerikanischen und europäischen Unternehmen, von denen sie ihre Waffen beziehen. Diese Streitkräfte garantieren (durch eine umfassende Kontrolle des sozialen Lebens) eine barbarische Repression, die es den imperialistischen Ländern erlaubt, ihre eigene Strategie zu verfolgen, ohne je auf das geringste Hindernis zu stoßen."

3. Die Anklage

Das Tribunal gelangte zu folgenden Urteilen. Es verurteilt die Regierungen von Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Guatemala, Haiti, Nicaragua, Uruguay und der Dominikanischen Republik wegen schwerer, systematischer und wiederholter Verletzung der Menschenrechte und der Rechte des Volkes. Die Beschuldigungen gegenüber der Regierung der USA reichen von der Verurteilung von militärischen Aggressionen, Regierungsstürzen, Rechtsverletzungen bis zur Verurteilung der Ausübung von Polizeigewalt durch die Streitkräfte und der Teilnahme an der Organisation der Repression in den genannten Ländern. Das Tribunal verurteilt den Außenminister Kissinger wegen seiner Mitverantwortung am Putsch in Chile, sowie die multinationalen Konzerne, die nordamerikanischen und europäischen Stiftungen wegen ihres funktionellen Beitrags bei der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Lateinamerikas.

Die Frage nach der Effektivität und konkreten Auswirkung dieser Verurteilungen stellte sich auch dem Tribunal selbst. In einem Aufruf an die Völker der Welt (als Anlage zu den Urteilen) kann man lesen: „Das Russell-Tribunal ist sich seiner geringen Wirkungsmöglichkeit gegenüber den ökonomischen, politischen und militärischen Mächten, deren Aktivitäten es gerade verurteilt hat, bewußt. Deshalb beendet es seine Arbeit mit einem Aufruf an die einzige Kraft, die fähig ist, den Vormarsch des Imperialismus aufzuhalten: die Volksmassen, d.h. in erster Linie die Arbeiter, ihre Organisationen und ihre internationale Solidarität, aber auch die Bauern sowie die Intellektuellen und der Teil der Mittelklassen, der sich mit den Volkskämpfen identifiziert und dabei Karriere und Profit opfert. Der wichtigste Beitrag, den die Männer und Frauen in den unterentwickelten Ländern für die Befreiung der lateinamerikanischen Völker leisten können, ist der Kampf gegen den Imperialismus und die multinationalen Konzerne in ihren jeweiligen Ländern. Jedesmal wenn die Menschen aufstehen und gegen das Unerträgliche kämpfen und den Kompromiß und den Verzicht ablehnen – selbst auf die Gefahr hin, ihr Leben zu verlieren – : was dann entsteht, ist die neue Menschheit."

4. Weitere Arbeit

Die Arbeit des Russell-Tribunals, von der in der ausländischen Presse ausführlich berichtet wurde, während sie in der BRD fast tot geschwiegen wurde, soll sich in Zukunft nicht mehr nur auf das Abhalten von einzelnen Tribunalen beschränken. In der endgültigen Presseerklärung wurde die Gründung

einer ‚Internationalen Gesellschaft für die Rechte und die Befreiung der Völker' angekündigt, die die Mechanismen der imperialistischen Abhängigkeit auf allen Gebieten untersuchen und auf diese Weise „eine theoretische Unterstützung für die Aktion der Massen" bieten soll. Eine „Vereinigung für die Rechte und die Verteidigung der Völker " soll sich mehr für praktische und direkte Unterstützung der Befreiungskämpfe einsetzen.

Dokument: Nicaragua

Vorbemerkung

Seit 40 Jahren befindet sich der Familienclan der Somozas an der Spitze des diktatorischen Terrorregimes im mittelamerikanischen Staat Nikaragua und stellt damit die älteste Diktatur Lateinamerikas. Anastasio Somoza kam 1934 an die Macht, nachdem er – als Führer einer von der USA aufgestellten Nationalgarde – den Guerillaführer Augusto Sandino hatte ermorden lassen. Sandino hatte in einem 7-jährigen Befreiungskampf mit einer kleinen Bauernguerilla 15 000 Invasoren der US-Marineinfanterie aus dem Land vertrieben. Nach ihm nennt sich die seit 1959 kämpfende Nationale Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas (vgl. blätter des iz3w, Nr. 45, S. 38 ff.). Samoza ist der Prototyp eines Marionettenherrschers in Lateinamerika. Er vertritt dabei die ökonomischen und militärischen Interessen der USA in Nicaragua. Das Instrument seiner Unterdrückung ist die von den USA unterstützte Nationalgarde, die seit 45 Jahren offensiven Terror auf das Volk Nicaraguas (insbesondere auf die Campesinos) ausübt.

Im folgenden drucken wir eine Aussage der Zeugin Thelma Nava (Mitglied der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas) ab. Diese Aussage wurde vor dem Russell-Tribunal Januar 1976 in Rom verlesen.

Red.

ZUR SITUATION IN NICARAGUA

Im folgenden soll ein Teilaspekt der lateinamerikanischen Wirklichkeit geschildert werden, die durch eine Geschichte von Interventionen gekennzeichnet ist. Dazu ist es notwendig, die verschiedenen Aspekte einer komplexen sozioökonomischen Struktur aufzuzeigen, deren Eigentümlichkeiten durch die Existenz einer blutigen Diktatur bestimmt wird, die die Reichtümer eines Volkes dem imperialistischen Profitstreben preisgibt. Die gegenwärtigen Lebensverhältnisse des nicaraguanischen Volkes spiegeln den Grad der Ungleichheit und des Elends wider, der durch eine ökonomische Entwicklung verursacht ist, die sich nur nach den Interessen ausländischer Investitionen und des Kapitals des Somoza-Clans bestimmt. Für die Verteidigung dieser Interessen wird ein systematischer Repressionsapparat, die „Guardia Nacional" (Nationalgarde), unterhalten.

Vor 42 Jahren, als die Nordamerikaner durch den Mord an dem Befreiungskämpfer Augusto C. Sandino die Abhängigkeit Nikaraguas sicherten, riß eine Personengruppe die Macht an sich, die von Anastasio Somoza Debayle (Sohn des Mörders Sandinos: Anastasio Somoza Carcia) angeführt wird und das Land immer noch regiert.

Nach dem Erdbeben im Dezember 1972 gediehen die Geschäfte der Familie Somoza auf Kosten der vom Erdbeben Betroffenen, insbesondere im Bereich des Baugewerbes, der Liegenschaften, der Verteilung der internationalen Hilfe und der durch das Comité Nacional de Emèrgencia (Nationales Katastrophenkomitee) verliehenen Wiederaufbau-Kredite. Vorsitzender des letztgenannten Komitees ist selbstverständlich Somoza selber. Dies trug zur Vergrößerung der Familienreichtümer und zur Konsolidierung der herrschenden Schichten bei. Im Jahre 1973 wurden beim Gewerbeamt mehr als 50 neue Baugesellschaften eingetragen, die vor allem im Besitz der Familie Somoza und deren Verbündeten waren, während zur gleichen Zeit in ihren Zement- und Kalkfabriken („Compania Cementera Nacional" und „Nicalit") und anderen Fabriken zur Herstellung von Baumaterial die Produktion enorm gesteigert wurde. Nach der Erdbebenkatastrophe vom Dezember wurden die von CARE (amerikanische Hilfsorganisation, Anm. Red.), Cuba, Venezuela, Chile etc. gespendeten Lebensmittel von Offizieren der Armee und Funktionären der Regierung gehortet. In den von ihnen provisorisch eingerichteten Läden konnte man Kleider, Konserven, Generatoren und sogar Instrumente für Bluttransfusionen kaufen. Es gab ebenfalls Läden, in denen man geplünderte Waren kaufen konnte. Der damalige nordamerikanische Botschafter, Mr. Turner R. Shelton, war auch an den Geschäften mit dem Unglück der Bevölkerung Nicaraguas beteiligt.

Managua gleicht heute einer verwüsteten Stadt, deren 450.000 Einwohner in ihrer Mehrheit in den umliegenden Elendsvierteln wohnen. In Managua lebten 26 % der Gesamtbevölkerung des Landes und ca. 47 % der gesamten Stadtbevölkerung. 87 % dieser Bevölkerung verfügt nicht einmal über die elementarsten Dienstleistungen, wie beispielsweise trinkbares Wasser, Strom, Entwässerung, Kanalisation, asphaltierte Straßen und sanitäre Einrichtungen. Vor dem Erdbeben hatten nur 20 % der Bevölkerung fließendes Wasser, 47 % der Haushalte hatten keinen Strom und nur 18 % verfügten über eigene Toiletten, während der Rest auf die gemeinsame Benutzung primitiver Latrinen angewiesen war. In kleineren Städten sind diese Verhältnisse noch schlimmer und auf dem Lande fehlen diese Dienstleistungen völlig. Ferner sind 70 % der Wohnungen der Stadtbevölkerung Strohhütten oder aus ähnlichem Material errichtet. Als Beispiel sei ein Elendsviertel genannt, in dem 30.000 Personen leben und das 12 km entfernt von der Hauptstadt liegt: 30 Liter Wasser kosten dort 0,55 US-Dollar. Über 50 % der Erwachsenen sind arbeitslos, und die große Mehrheit lebt von kümmerlichem Tauschhandel. Die Kindersterblichkeitsrate infolge von Unterernährung und Darmerkrankungen beträgt 33 % – eine der höchsten der Welt. Die häufigsten Todesursachen sind vermeidbare Krankheiten: vor allem parasitäre Infektionen. 80 % der Bevölkerung leidet unter Parasitenerkrankungen und in manchen Gegenden, wie z.B. in León und Chinandega sind sogar 92 % der Kinder daran erkrankt. 14,2 % leiden unter Grippe und Lungenentzündungen und 7,5 % unter Bronchitis. Darüber hinaus sind 20.000 Nicaraguaner von fortgeschrittener Tuberkulose befallen, und in der ersten Hälfte 1974 wurden 4.056 Fälle von Malaria allein in der Stadtbevölkerung festgestellt.

Die Regierung führt keine effektive Sanitätskontrolle durch. Die Lebensmittelfabriken und die Gaststätten genügen den minimalsten Sanitätsanforderungen nicht. Deshalb ist die Bevölkerung vor Infektionskrankheiten schutzlos. Dies erreicht ein solches Ausmaß, daß ein klinisches Labor in Nicaragua behauptete, das Gesundheitswesen sei auf dem Stand von vor 100 Jahren. Nach Angaben der ILO (International Labor Organisation) von 1969 erreichte der durchschnittliche tägliche Kalorienkonsum 1843 in den

Städten und 1626 auf dem Lande. Die Grundnahrung besteht aus einer Portion Reis, Bohnen und in manchen Fällen nur aus Mais und Salz. Die Ernährung ist durchweg eiweißarm. Daher kommen zu den Infektionskrankheiten solche hinzu, die durch eine mangelhafte Ernährung bedingt sind. Beispielsweise leidet ein großer Teil der Bevölkerung an Kropf, Nachtblindheit und an durch Vitaminmangel hervorgerufenen Nervenkrankheiten. Todesfälle von Kindern unter 14 Jahren machen 50 % der gesamten Todesfälle aus, und 60 % der Verstorbenen im Jahre 1969 haben keine ärztliche Behandlung bekommen. Obendrein wird die miserable Lage des Gesundheitswesens dadurch verschlimmert, daß der ärztliche Beruf völlig kommerzialisiert ist.

Die Ausgaben für Rüstung und innere Sicherheit übertreffen um das Vierfache die des Gesundheitswesens. 1969 zählte man 973 Ärzte, 413 Krankenschwestern und 4356 Betten für die Versorgung von zwei Millionen Einwohnern im ganzen Land. 1974 nahmen diese Zahlen ab: in Managua fiel die Anzahl der Betten von 1000 auf 550 ab. Nach dem Erdbeben war nur noch ein einziges sehr schlecht eingerichtetes Krankenhaus verfügbar. Diese mangelhafte Versorgung stand im krassen Gegensatz zu dem beschleunigten Wiederaufbau der Geschäftsunternehmen Somozas und des staatlichen Unterdrückungsapparats.

Das Erziehungswesen des Landes ist in einem erschreckenden Zustand. 70 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Auf dem Lande steigt dieser Prozentsatz auf 80 %. Der Analphabetismus unter Frauen beträgt 98 % und in den Gegenden von Matagalpa, Jinotega und Madriz sogar 100 %. Im Jahre 1974 gingen von 330 000 schulreifen Kindern nur 83 316 in die Schule. Die Universitätsausbildung ist nur 0,3 % der Bevölkerung zugänglich. Ihre Qualität ist äußerst gering, da die mangelhafte staatliche Unterstützung nicht einmal in besseren Zeiten mehr als zwei Millionen US-Dollar pro Jahr betrug. Das heißt, sie ist zehnmal kleiner als die Ausgaben für den Unterhalt des Unterdrückungsapparats, der nur mit der zusätzlichen Hilfe der USA erhalten werden kann.

Seit der Gründung des mittelamerikanischen Verteidigungsrates (Consejo de Defensa Centroamericano – CONDECA) im Jahre 1964, dessen Hauptaufgabe darin besteht, gemeinsame militärische Aktionen zu koordinieren und die innere Sicherheit im Falle einer „möglichen kommunistischen Aggression" im mittelamerikanischen Raum zu gewährleisten, läßt sich eine zunehmende Spezialisierung auf eine Antiguerrilla-Taktik innerhalb der Nationalgarde beobachten. Aber zugleich haben sich neue Formen des politisch-militärischen Kampfes entwickelt und die revolutionäre Aktivierung der Bevölkerung durch die Nationale Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas nimmt zu.

Zwischen 1950 und 1970 sind 8 994 Soldaten der Nationalgarde von den USA im Rahmen einer militärischen Zusammenarbeit ausgebildet worden. Diese Zahl ist beträchtlich höher als die 9 808 von den USA in der gleichen Periode für Argentinien ausgebildeten Soldaten. Dabei ist in Betracht

Bilanz des Terror

Die folgenden Angaben geben aus der jüngsten Zeit einen Eindruck über das Ausmaß der Repression und Verletzung der Menschenrechte in Nicaragua wieder:

– Bache Montoya, sein Sohn Sebastian und sein 10 Monate alter Enkel Andrés wurden von einer Patrouille der Nationalgarde erschossen. Man zwang die 82jährige Frau Montoya drei Tage lang in gefesseltem Zustand vor den Leichen ihrer Angehörigen zu sitzen. Ihr Ehemann war einer der Überlebenden der Guerrila Sandinos.
– Juán José Blandón, Elizabeth und Juán José Ubeda wurden festgenommen, wobei Elizabeth Ubeda von dem jetzigen Kommandanten der Nationalgarde (Guardia Nacional) in Ocotal vergewaltigt wurde.
– Die Nationalgarde hat in Cuscawas eine ganze Familie festgenommen: Antonio Maireha und seine Söhne Willi, José, Natalio, Concepción, Zanor und Ramón. Man vermutet ihre Ermordung.
– Am 20. August 1975 wurden Expectación Guillen und ihre 22jährige Nichte Simona Guillen von Scharfrichtern umgebracht.
– Ein alter Landarbeiter, Victor Flores wurde nach grausamen Folterungen ermordet.
– Die Leiche des im Dschungel tot aufgefundenen Landarbeiters Justo Munez wies Spuren von Elektroschocks auf.
– In Cuscawas, Matagalpa wurde Mateo Granados erschossen, seine Frau und seine Kinder in Konzentrationslager in Waslala gebracht und gefolgert.
– In Waslala sind folgende Personen gefangen: Ernesto Amador, Modesto Juarez, Fruto Meneses, die Brüder Morales, die Familie Flores, Jesús García und Apolonio Martinez mit seiner Frau und seinem Kind.
– Nelson Suarez wurde von der Nationalgarde bestialisch gefoltert.
– In dem Stadtviertel Laborillo im Departement Leon wurde die Familie Cordero von der Nationalgarde vergewaltigt, Herr Anibal Cordero wurde geschlagen und sein zwölfjähriger Sohn Armando verletzt.
– Juan de Dios Torres, 73 Jahre alt, wurde im Oktober 1975 gefangengenommen und auf brutale Weise gefoltert, sein Sohn Antonio Dios Torres ist verschwunden.
– Pedro Blandon, Samuel Garcia, Fabio Garcia, Lucrecia Blandon, Francisco Garcia, Martin Blandon wurden gefangengenommen und auf brutale Weise gefoltert.
– Der Aufenthalt von Juan Flores, Sara Flores, Silvia Fernandez, die in Metagalpa gefangengenommen wurden, ist unbekannt.
– Eleuterio und Lucas Perez, Vater und Sohn, wurden gefangengenommen, ihr augenblicklicher Aufenthalt ist unbekannt. Juana Perez ist Gefangene in Waslala, sie ist schwanger.
– Ruperto Mendoza und Braulia Mendez, zwei Greise, wurden gefangengenommen und ihr augenblicklicher Aufenthalt ist unbekannt. Ihr Sohn, Pilario, wurde bei einer Razia der Nationalgarde getötet.
– Im Februar 1975 wurde in Naronjo Escolastico Morales getötet. Er war angeklagt worden, mit der Guerrilla zusammenzuarbeiten.
– In der Comarca Ocotal wurden Gabina, Pedro und Garcia ermordet, Abraham Rivera, seine Frau Vicenta, Evarista Castro, Fidel und Pancho Castro Martinez gefangengenommen und gefoltert.

Folgende Personen sind in letzter Zeit gefangengenommen worden:
Francisco Maldonado, Rodolfo Vasquez, Teofilo, Secundino und Isidro Alfaro, Emilio Alfaro, Justo Centeno Quiras, Juan Alberto Blandon, Juan Jose Maldonado, Juan Francisco Orozco Oanales, Luis Guzman, Tobias Gadea, Paulo Velasquez, Jose Antonio Marin, Jesus Olivas, Donato und Jaime Aburcia, Alejandro Lopez, Gilberto Rivera, Jose Eulojio Alvarado, Ruberto Mendoza, Braulia Sanchez, Vicente Gody, Lolo Aguilar, Macario de Jesus Garoia, Samuel Fernandez, Diana Benavidez Grutter, Amilcar Lorente, Juan Jose Ubeda, Paul Savala Celaye, Jacobo Espinoza, Juan Alberto Garcia, Bayardo Garcia, Miguel Angel Carcia, Serafino Ramirez, Hilda Ramirez, Mario Estrada, Felix Diaz, Lucio Martinez, Julio Martinez, Rosalio Perez, Mauro Jose Velazquez, Luis Espinosa Caceres, Jose Benavidez, Angel Zamora, Carlos und Arnoldo Amador, Carlos Olivas Iglesias, Alejandro Gaitan, Carlos Heberto Espinoza, Jose de la Cruz Maderiaga, Lidia Caceres Contreras, Jose Rogelio Hernandez, Walter Cerna, Pastor Cerna, Rodrigo Valladares, Anaclato Alfaro Diaz, Tomas Hernandez Vargas, Manuel Espinoza, Esteban Jimenez Davila, Santos Alvarado Sanchez, Sebastian Alvarado Sanchez, Jacobo Marcos, Orlando Castillo, Humberto Incar, Ernesto Montial, Leopoldo Rivas, Gustavo Ortiz, Salvador Baldonado, Modesto Vilches.

zu ziehen, daß dieses Land 25 Millionen Einwohner hat, d.h. zwölf mal so viel wie Nicaragua. Die nordamerikanische militärische Hilfe für Nicaragua belief sich in den Jahren 1974/75 auf 14,2 Mill. US-Dollar, während im gleichen Zeitraum für Guatemala diese Hilfe nur 5,3 Mill. US-Dollar ausmachte. Die Nationalgarde Nicaraguas, praktisch eine Privatarmee der Somozas, besteht aus 220 Offizieren, 4 000 – 6 000 Soldaten und einer Reserve von über 4 000 Mann, wobei diese Zahlen zu gering angesetzt sein dürften.

Das Regime verfügt über ein Kontingent nordamerikanischer Ranger zur Unterdrückung von Aufständen. Im Augenblick operieren in Nicaragua ungefähr 300 Ranger. Diese werden unterstützt von Brasilianern und Südvietnamesen. Die Anwälte Carlos Hernandez del Real und Daniel Jacoby, Kommissare der Internationalen Vereinigung für Menschenrechte und der Internationalen Bewegung katholischer Juristen, bezeugten die Anwesenheit der US-Ranger. Sie sahen diese in dem Hotel, in dem sie selbst wohnten, absteigen und bewaffnet in eigenen Bussen mit unbekanntem Ziel verschwinden. Ebenso arbeiten Agenten des CIA und der US-amerikanischen Entwicklungshilfe-Tarnorganisation Agency for International Development (AID) für die Interessen des Somoza-Regimes und der Vereinigten Staaten.

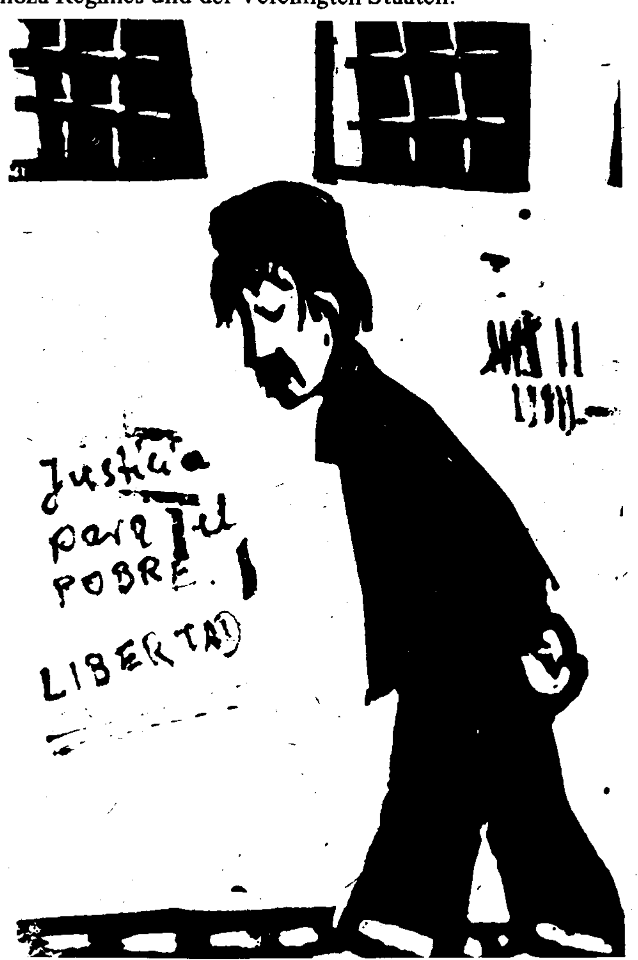


Illustration aus einer Flugschrift peruanischer Bauern

Die erfolgreiche Aktion der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas im Dezember 1974 (siehe die „blätter" Nr. 45) hat Somoza mit gesteigerten Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen beantwortet: Ausrufung des Ausnahmezustandes, verschärfte Pressezensur, völlige Aufhebung der individuellen Freiheiten. In den letzten Monaten kam es zu einer noch schärferen Repressionswelle, deren Ausmaß und Brutalität endlich internationalen Protest notwendig macht und vor der Weltöffentlichkeit eine Anklage gegen diese ungeheuren Verletzungen der Menschenrechte in Nicaragua verlangt.

Die revolutionäre Antwort in Nicaragua wächst in einer Situation, in der Hunger, Elend und Korruption Auswirkungen ein- und derselben Ursache sind: der imperialistischen Herrschaft und der Diktatur, die in ihren Diensten steht. Die befreiende Antwort des nicaraguanischen Volkes wird mit ihren Erfolgen nicht auf sich warten lassen. Sie hat den Weg dafür bereits gefunden.

FREIES VATERLAND ODER STERBEN

Nationale-Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas (F.S.L.N.)
Januar 1976

Der Dichter Ernesto Cardenal als Zeuge beim Russell-Tribunal

Badische Zeitung 21.1.76

„Der weltbekannte nicaraguanische Priester und Dichter Ernesto Cardenal trug eines seiner Gedichte vor, in dem er die Qualen der Bauern und Bäuerinnen in Nicaragua schildert, die es wagen, sich gegen die gnadenlose Unterdrückung und Ausbeutung durch das diktatorische Regime der Familie Samoza aufzulehnen: Bauern, deren Namen in dem Gedicht genannt werden, die lebendig enthäutet und anschließend aus Hubschraubern in den Tod gestoßen wurden, schwangere Bäuerinnen, die von Somoza-Soldaten durch Schläge, Folter und Vergewaltigung zum Verrat an ihren im Untergrund kämpfenden Männern gezwungen werden sollten".

Ein Großteil des dichterischen Werkes Cardenals ist bereits – in deutscher Übersetzung – beim Peter Hammer Verlag, Wuppertal, erschienen. Im folgenden ein Auszug aus einem Gedicht, was dem nicaraguanischen Volkshelden Sandino gewidmet ist. (Entnommen dem Band „Gebet für Marilyn Monroe" von Ernesto Cardenal, Peter Hammer Verlag, 1972):

„... er war weder Militär noch Politiker.
Und seine Männer:
viele waren Jungen,
mit Palmstrohhüten und mit Sandalen,
oder barfuß, mit Buschmessern, Alte
mit weißen Bärten, zwölfjährige KInder mit ihren Gewehren,
Weiße, undurchdringliche Indios, und Blonde, und Schwarze
mit herrissenen Hosen und ohne Proviant,
die Hosen in Fetzen,
in Indianerreihe marschierend, die Fahne voran,
– ein Lumpen an einen Stock gebunden –
schweigend durch den Regen, und müde,
die Sandalen waten durch die Pfützen des Dorfes
Viva Sandino!
Und sie kamen vom Gebirge, und sie gingen ins Gebirge zurück,
marschierend, watend, mit der Fahne voran.
Eine Armee auf nackten Füßen oder in Sandalen, fast ohne Waffen
in der weder Disziplin noch Unordnung herrschte,
und in der weder Führer noch Truppe Sold erhielten,
doch niemand war gezwungen zu kämpfen:
und es gab militärische Ränge, aber alle waren gleich
ohne Unterschied bei der Verteilung des Essens
und der Kleidung, dieselbe Ration für alle.
Und die Führer hatten keine Adjutanten:
eher eine Gemeinschaft als eine Armee
und einig eher durch Liebe als durch Militärdisziplin,
und doch gab es nie eine größere Einigkeit in einem Heer.
Ein fröhliches Heer, mit Gitarren, mit Umarmungen.

• • •

„Die Umarmung ist unser aller Gruß",
sagte Sandino – und niemand hat so umarmt wie er.
Und immer, wenn sie von sich sprachen, sagten alle:

„Wir alle . . ." „Wir sind gleich."
„Hier sind wir alle Brüder", sagte Umanzor
Und alle blieben zusammen, bis man sie umgebracht hatte.
Gegen Flugzeuge kämpften sie mit Bauerntruppen,
einziger Sold das Essen, die Kleidung und die Waffen,
und jede Kugel, als sei sie aus purem Gold,
geschossen wurde mit Mörsern, aus Eisenrohren,
und mit Bomben aus Steinen und Glasstücken,
gefüllt mit Dynamit aus den Minen und in Felle gepackt,
mit Granaten aus Sardinenbüchsen.
„He is a bandido", sagte Somoza, „a bandolero".
Und Sandino hatte nie Eigentum.
Was übersetzt heißt:
Somoza nannte Sandino einen Straßenräuber.
Und Sandino hatte nie Eigentum.
Und Mocada nannte ihn Bandit bei den Banketten,
und Sandino hatte in den Bergen nicht mal Salz,
und seine Männger zitterten im Gebirge vor Kälte,
und auf das Haus seines Schwiegervaters hatte er Geld
aufgenommen,
um Nicaragua zu befreien, während im Präsidentenhaus
Moncada auf Nicaragua Geld aufnahm.
„Natürlich ist er kein Räuber", meinte der amerikanische Minister
lachend, „aber wir nennen ihn bandolero im technischen Sinne."
Was ist das für ein Licht in der Ferne? Ist es ein Stern?
Es ist das Licht Sandinos in den schwarzen Bergen.
Da ist er mit seinen Männern neben dem roten Strohfeuer,
die Gewehre geschultert und in Decken gehüllt,
rauchend oder traurige Lieder aus dem Norden singend,
reglos die Männer, ihre Schatten bewegt.

Sein Gesicht war ausdruckslos wie das eines Geistes,
entrückt beim Meditieren und in Gedanken
und ernst in Aktionen und bei Unwettern.
Und Sandino hatte kein Soldatengesicht,
sondern das eines Dichters, der Soldat wird aus Notwendigkeit,
und das eines unruhigen Menschen, der beherrscht ist von
Heiterkeit.
Zwei Gesichter waren in seinem Gesicht:
ein Ausdruck, der dunkel war und gleichzeitig leuchtend;
traurig wie ein Nachmittag in den Bergen
und fröhlich wie der Morgen in den Bergen.
Im Licht verjüngte sich sein Gesicht,
und im Schatten wuchs darin die Erschöpfung.
Und Sandino war weder klug noch gebildet,
doch er kam klug zurück aus den Bergen.

„In den Bergen lernt sich alles," sagte Sandino
(und er träumte von der Provinz Segovia – voller Schulen),
und er bekam Nachrichten von allen Bergen,
und es schien, als spioniere jede Hütte für ihn
(dort, wo der Fremde wie der Bruder aufgenommen wird,
jeder Fremde, auch der „americano")
„auch die Yankees . . . "
Und: „Gott wird für die Segovianer sprechen . . . " sagte er.
„Nie habe ich geglaubt, daß ich lebend diesen Krieg überstehe,
aber immer habe ich geglaubt, daß er notwendig war . . . "
Und: „Glaubt ihr, daß ich Großgrundbesitzer werde?"

Es ist Mitternacht in den Bergen Segovias.
Und das Licht ist Sandino! Ein Licht und ein Lied . . .

Und in den Salons des Präsidentenpalasts
und in den Höfen der Gefängnisse und in den Kasernen
und in der amerikanischen Botschaft und auf der Polizeistation
sehen sich die, die wach waren während der Nacht, im blassen
Morgenrot an, die Gesichter und Hände befleckt wie von Blut.

SPENDET FÜR GUATEMALA !

Die BRD Sektion von Amnesty International hat am 11.2.76 in Telegrammen an die Regierung von Guatemala und den Botschaften Guatemalas in Bonn gefordert, daß in Guatemala nach dem Erdbeben für die Rechtssicherheit der Menschen im Land garantiert werden müsse. Den Wortlaut dieses Telegrammes drucken wir hier ab:

Nach guatemaltekischen Presseberichten vom 10. Februar 76 wurden nach dem Erdbeben bereits über 200 Personen wegen angeblicher „Plünderungen" von privaten Selbstschutzkommandos und von Militärs standrechtlich erschossen.

AI erinnert daran, daß vor drei Jahren nach dem schweren Erdbeben im mittelamerikanischen Nachbarland Nicaragua im Gefängnis Modelo in Managua sämtliche Gefangenen erschossen wurden.

Die Gefahr ähnlicher Vorkommnisse sieht AI jetzt auch in Guatemala gegeben, nachdem schon in den letzten Jahren Tausende von politischen Gegnern der Rechtsdiktatur entführt und nach schweren Folterungen ermordet worden sind, wie AI in einer ausführlichen Dokumentation im Juni 1975 nachgewiesen hat. Der Terror der faschistischen Organisation „Weiße Hand" als Hauptverantwortliche für diese Morde wird von der Regierung geduldet und bekanntlich besteht eine direkte Verbindung zwischen dieser Organisation und dem Vizepräsidenten des Landes.

Erst am 17. Januar dieses Jahres veröffentlichte die guatemaltekische Zeitung „El Gráfico" einen scharfen Protest von 43 guatemaltekischen kirchlichen Würdeträgern, Priestern und Nonnen gegen die brutale Ermordung von Bauern auf dem Landgut Moxán. Wenige Tage darauf wurde ein neues Verbrechen bekannt: Die Schuldirektorin Rosalina Girón Arévalo wurde in Guatemala City entführt und am nächsten Tag mit Foltermerkmalen ermordet aufgefunden.

Die Weltöffentlichkeit darf es trotz der erschütternden Folgen des Erdbebens nicht zulassen, daß jetzt die Entscheidung über Menschenleben einem Soldaten oder privaten Selbstschutzkommando überlassen wird. Insbesondere in den Wirren nach einer solchen Katastrophe muß die strikte Einhaltung der Menschenrechte von der guatemaltekischen Regierung gefordert werden.

Die Aktion Dritte Welt ruft dringend zu Geldspenden für die Betroffenen des Erdbebens auf. Das Geld wird nach Guatemala weitergeleitet an Sozialarbeiter, die in Elendsvierteln arbeiten. Wir kennen die Sozialarbeiter persönlich und können daher eine sachgerechte Verwendung der Gelder garantieren.

Postscheckkonto der Aktion Dritte Welt,
Karlsruhe 11500-754 Sonderkonto Technische Hilfe
Kennwort: Guatemala

MITTELAMERIKA

In Freiburg i. Br. hat sich eine *‚Arbeitsgruppe Mittelamerika'* gegründet. Die Arbeitsgruppe hat sich vorgenommen, die Solidaritätsarbeit für die mittelamerikanischen Länder in der BRD zu aktivieren und zu koordinieren. Zu diesem Zweck ist geplant, im Sommer ein Seminar über Mittelamerika durchzuführen. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen, die schon über Mittelamerika arbeiten oder Interesse an einer solchen Arbeit haben, wenden sich möglichst bald an

Aktion Dritte Welt
z. Hd. Yolanda Broyles
Postfach 5328
7800 Freiburg/Brsg.

Dokument: Kolumbien

INFORMATION ZUR REPRESSION

Das derzeitige Regime des Doktor Lopez Michelsen hat relativ wenig Zeit gebraucht, um fast vollständig die breite Unterstützung zu verlieren, die es 1974 an die Macht gebracht hat. Lopez versprach nicht nur eine Reihe von unbedingt notwendigen Reformen, sondern setzte sich auch zum Ziel, das Land zur politischen Normalität zurückzubringen; d.h. zur verfassungsmäßigen Normalität, die nur schwer mit dem sogen. „Estado de Sitio" (Belagerungszustand) in Einklang zu bringen war, unter dem das Land seit 1948 fast ohne Unterbrechung gelebt hatte und unter dem der Volksführer Gaitan ermordet wurde. Gewaltmaßnahmen des Staates wurden eingeführt, die schon 1957 laut offiziellen Angaben fast 300 000 ermordete Bauern zur Folge hatten, sei es durch die Polizei, sei es durch das Heer oder andere paramilitärische Kräfte, die von den Großgrundbesitzern unterhalten werden.

Die ersten Monate des derzeitigen Regimes zeichneten sich demnach durch eine zaghafte Liberalisierungspolitik aus; zur gleichen Zeit erläßt Lopez unter dem Vorwand der Schwierigkeiten, die die vorherige Verwaltung zurückgelassen hatte, den wirtschaftlichen Ausnahmezustand (Art. 122 der Verfassung) und beginnt eine Politik, die in keiner Weise Veränderungen umfaßt, die das Land braucht, und die eher die großen Einkommensunterschiede zementiert.

Er verschlechtert die Lohnbedingungen, unterstützt die Großgrundbesitzer und schlimmer noch, übergibt strategische Mittel der Nation an ausländische Firmen zu sehr viel schlechteren Bedingungen als den schon bestehenden.

Man braucht nicht daran zu erinnern, daß Kolumbien sowieso kein Land ist, in dem die multinationalen Konzerne auf Schwierigkeiten stoßen bei der Anwendung ihrer bekannten Politik. Die vom derzeitigen Regime angegangenen Reformen korrigieren mehr oder weniger nur die Mängel der vorherigen Verwaltung, die unangenehme Reibungen zwischen den einzelnen Sektoren der sogenannten Oligarchie geschaffen hatte. Das ganze Gewicht der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird auf die Schultern der Bevölkerung geladen und die halbkoloniale Abhängigkeit des Landes wird noch nicht einmal abgeschwächt. Das ist die grundlegende Ursache dafür, daß sich Lopez Michelsen schon nach wenigen Monaten „gezwungen sieht, den Estado de Sitio wieder auf dem ganzen Staatsgebiet einzurichten." In der kurzen Periode des „Liberalen Frühlings" sah man die Opposition wieder frei auf der Straße vorbeimarschieren und die Studenten protestierten ohne die ewigen Polizeiknüppel. Ein bekannter demokratischer Professor kam an die Spitze der nationalen Universität, Arbeiter erhielten die legale Anerkennung ihrer Organisation in Gremien, nach zehnjähriger systematischer Verweigerung. Diese Periode wurde schnell von der alltäglichen Repression abgelöst, die schon vorher herrschte, nur daß sie jetzt noch viel brutaler ist, viel systematischer und breiter, mit dem direkten Ziel, den Widerstand des Volkes in Streiks, Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen etc. zu brechen; außerdem mit dem weitergehenden Ziel, ein faschistisches System zu errichten, in dem die Kolumbianer sich daran gewöhnen sollen, ohne ihre elementarsten politischen und ökonomischen Rechte zu leben.

Den Industriellen, Financiers, Großgrundbesitzern und ausländischen Investoren ist die vollständige Absicherung ihrer Besitzungen garantiert worden, ebenso die „Normalität" des Landes, d.h. die polizeiliche Kontrolle über die Einwohner. Den Streitkräften wurde ein hoher Prozentsatz des Nationalbudgets zugesagt, um den Repressionsapparat zu erweitern und zu modernisieren. Ein Beispiel: das Budget des laufenden Jahres beträgt 52 830 Millionen Pesos, von denen 1 177 Millionen als Investitionskosten klassifiziert werden für die verschiedenen Organe des Repressionsapparates (Polizei, DAS [Departamento administrativo de Seguridad], Verteidigungsministerium etc.). Es ist auch leicht zu folgern, in welche Richtung die Zunahme der Bürokratie geht, z.B. aus der Tatsache, daß von den 4 000 neuen Angestellten, die die Regierung im letzten November angekündigt hat, 2 000 Agenten der DAS sind.

Diese und andere wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung, die wir hier nicht näher erläutern können, stimmen mit der Politik Lopez Michelsens überein: die Macht des Finanzkapitals sowie der Industriellen und der Großgrundbesitzer zu stärken durch die Kombination von Demagogie und Repression im Rahmen des bekannten Teufelskreises der Abhängigkeit mit Inflation und Auslandsverschuldung.
Diese ökonomische Offensive setzt eine überscharfe Ausbeutung der Arbeiter voraus, d.h. eine drastische Kontrolle über die Löhne, deren Festsetzung auf dem Estado de Sitio beruht, d.h. eine militärische Strafrechtssprechung, d.h. die Eliminierung politischer und gewerkschaftlicher Freiheiten, d.h. insgesamt den Versuch, organisierten Widerstand der Massen gegen die wirtschaftliche Repression zu ersticken.

Das breite Informationsmaterial, das hier zusammengefaßt wurde und das dem Tribunal vorgelegt worden ist, gibt ein detailliertes Bild von der Repression in meinem Land. Wir haben außerdem Dokumente über die Gefangeneninsel Gorgona vorgelegt, über die Gewerkschaftsbewegung und über die Existenz von paramilitärischen Rechtsgruppen. Hier wollen wir nur einige der hervorstechendsten Tatsachen bekanntgeben, die die derzeitige Situation charakterisieren und die nach Protestaktionen verlangen, vor allem natürlich von uns Kolumbianern selbst, die wir direkt betroffen sind, aber auch von der Weltöffentlichkeit und von diesem Tribunal, da solche Aktionen viel helfen können.

Die Militarisierung der Städte und die tägliche Überwachung durch das Heer haben die allgemeine Kriminalität zum Vorwand (wobei diese noch dazu ein Produkt des Systems selbst ist), aber in Wirklichkeit werden sie dazu benützt, die Unzufriedenheit der Studenten, Arbeiter und der sogenannten marginalen Bevölkerung zu bekämpfen. Kein Gedanke an Meinungsfreiheit oder das Versammlungsrecht, wenn die Straßen von Truppen besetzt sind und man unter offiziellem Terror und allgemeiner Willkür lebt. Nicht mehr



Polizeieinsatz gegen demonstrierende Studenten.

nur in Bogota, Medellin und den anderen großen Städten, sondern auch in mittleren und kleinen Orten erscheinen die eifrigen Stoßtrupps von Polizei und Soldaten, wo nur der kleinste Anschein von Protest auftaucht. Man hat mehr das Bild eines Landes im Kriegszustand als das einer funktionierenden Demokratie vor sich. Es existiert keine Demokratie, wo Ruhe und Frieden mit Hilfe von Bajonetten garantiert werden, durch ein Heer, das gegen das eigene Volk kämpft.

Im Agrarsektor hat das Regime seine Versuche einer Reform aufgegeben, um eine neue Strategie zu lancieren, deren Spitzen der berühmte DIR (desarollo rural integrado) und das Gesetz zur Teilpacht sind, dazu gedacht, Eigentum und Großgrundbesitz zu verteidigen. Diese Strategie soll den Aufschwung der Bauernbewegung schwächen; auf ähnliche Weise richtet sich ein militärisch-politischer Plan gegen aufständische Bewegungen vor allem in von Guerillas beeinflußten Gebieten. Hier auf dem Land, weit weg von unbequemen Anwälten und Reportern, zeigt der Repressionsapparat seine ganze Brutalität. Große Gebiete (sogenannte Kriegsgebiete) sind von Truppen besetzt, die Bauern werden gezählt, ebenso ihr Eigentum, ihr Konsum jeder Art wird kontrolliert, es werden zahlreiche Verhaftungen „wegen Verdachts" vorgenommen, es wird gefoltert und richtige Konzentrationslager werden gebildet „solange die operación cerco (Belagerung) dauert." Die Behandlung für gefangene Guerillas reicht von Erschießen zu Foltern jeder Art, und den Bauern ergeht es nicht besser, obwohl sie größtenteils keine Beziehung zu bewaffneten Gruppen hatten. So sind die Führer von Gewerkschaften und legalen Organisationen der Bauern in vielen Gebieten beseitigt worden, wie einer der Berichte zeigt, den wir diesem Tribunal übergeben haben. Ich möchte hier besonders darauf hinweisen, daß die Großgrundbesitzer z.Zt. eine Kampagne gegen die Eingeborenenorganisation gestartet haben und daß die lokalen Autoritäten, treue Vertreter der Interessen der großen Eigentümer, Eingeborene einsperren und töten, in dem vergeblichen Versuch, ihre gerechten Forderungen zu ersticken.

Ein besonderes Kapitel ist die Behandlung der politischen Gefangenen. Die Regierung hat de facto die Existenz von politischen Vergehen beseitigt, indem sie sie als gewöhnliche Verbrechen deklariert (bes. durch den Erlaß 2407), aber in der öffentlichen Meinung, national sowie international, haben diese plumpen Manöver keine Zukunft. Unser Volk weiß, daß die Hunderte von Arbeitern, Studenten, Angestellten, Intellektuellen und Bauern, die heute Opfer der Repression werden, nichts mit Kriminalität zu tun haben; es sieht sie als seine besten Söhne, seine besten Diener, und es fragt sich, wo man die tatsächlichen Kriminellen findet, die Urheber von Raubüberfällen, Unterschlagungen, Schmuggeleien, die täglich in der offiziellen Presse angezeigt werden.

Die Rechtsprechung ist fast so weit, sich dem Militärapparat in die Arme zu werfen. Die Militärs bekämpfen „die Subversion" (lies den Volkskampf), nehmen die „Aufrührer" (lies. die Volkskämpfer) gefangen, verurteilen sie regelmäßig, um besser zuschlagen zu können, wenn sie im Gefängnis sind. Mit anderen Worten„ die Militärs sind in diesen Prozessen „Richter und Partei" des Streitfalles, besonders wenn es sich um Guerilleros handelt, denen sie im Kampf gegenübergestanden haben. Es überrascht daher nicht zu hören, daß der Repressionsapparat die Gefangenen systematisch foltert, mißhandelt und manchmal „gefährliche Elemente los wird" mit Hilfe des bekannten „Fluchtgesetzes", das eine Todesstrafe ohne Urteil ist. Es überrascht auch nicht, daß die Kriegsrichter weit davon entfernt sind, die juristischen Normen richtig zu erfüllen. Der Delegierte für dieses Tribunal konnte keinen Zugang zu einem der letzten Prozesse erhalten. Der Grund dafür ist einfach: dieser Prozeß zeigt besser als jeder andere, was die kolumbianische Militärrechtssprechung mit den Angeklagten macht. Die Regierung meines Landes möchte nicht, daß Sie mitbekommen, auf welche besondere Weise sie die Gesetze auslegt, die Menschenrechte und alle die Prinzipien, die in mehr als einer internationalen Erklärung und in unserer eigenen Verfassung zusammengefaßt sind.

Was der offizielle Repressionsapparat nicht offen und „legal" machen kann, machen die Zivilen. Heute wie gestern tauchen auf dem Land bewaffnete Banden der Großgrundbesitzer auf, wenn nicht sogar Soldaten unter der Befehlsgewalt und Verantwortung der Großgrundbesitzer, die angeblich Ordnung halten sollen und tatsächlich Terror verbreiten. Die Fälle von Ermordungen und bewaffneten Überfällen auf friedliche Bauern sind zahlreich. In den Städten sind auch schon die terroristischen Rechtsgruppen aufgetaucht und auf oppositionelle Intellektuelle und Informationsmedien sind Sprengstoffanschläge verübt worden.

Schließlich will ich noch von der Gefangeneninsel Gorgona sprechen: Diese „Hölle des Pazifik", wie die offizielle Presse es nennt, ist eine kleine Insel, die man zu einem Konzentrationslager gemacht hat. Es ist die höchste Strafe für einen Kriminellen und natürlich der obligatorische Ort für alle politischen Gefangenen. Die Lebensbedingungen sind mehr als unmenschlich; so sehr, daß sogar Sprecher der Regierung zugestehen, daß man dies beseitigen müsse. Der Grad der Unterernährung ist erschreckend, ebenso die Zahl der Fälle von Tuberkulose und anderen Krankheiten, die mit schlechter Ernährung zusammenhängen. Es gibt praktisch keine ärztliche Versorgung; die Behandlung der Gefangenen ebenso wie die Disziplinarmaßnahmen stehen zu der geringsten Anerkennung der menschlichen Würde in Widerspruch. Die Bewachung ist nicht, wie es sein sollte, ein Spezialtrupp des Verteidigungsministeriums, sondern ausgerechnet Polizisten, die aus den sogenannten „Kriegsgebieten" kommen. Dieses ist ebenfalls eine Verletzung der internationalen Übereinkunft zur Behandlung von Gefangenen. Wir wollen zu diesem Punkt einen besonderen Aufruf machen, da unser unmittelbares Ziel die Schließung der Insel Gorgona ist, die die unliebsame Erinnerung an Paulo Condor in Vietnam wachruft.

Wir haben gezeigt, daß die Regierung von Kolumbien unter Dr. Alfonso Lopez Michelsen mit diesen Tatsachen verquickt ist, d.h. daß Gewalt und Repression, die die Antwort der herrschenden Klassen auf die Volkskämpfe in Kolumbien sind, einer offiziellen Politik entsprechen, die vom höchsten Regierungssitz aus geregelt, legalisiert und bestärkt wird. Lopez Michelsen versprach, das Land zu demokratisieren; stattdessen hat er uns Repression und Verfolgung gegeben, die sich institutionalisiert haben. Die schwarze Hand der paramilitärischen Repression arbeitet offensichtlich mit dem offiziellen Repressionsapparat zusammen, die Menschenrechte werden täglich verletzt, die Gefängnisse füllen sich mit den besten Söhnen der Heimat Bolivars!

Aus diesen Gründen verlangen wir, daß die Regierung Kolumbiens verurteilt wird und daß die Wiederherstellung der Menschenrechte gefordert wird, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die sofortige Schließung der Gefangeneninsel Gorgona.

Vorgelegt vom „Solidaritätskomitee für politische Gefangene
in Kolumbien" beim Russell-Tribunal in Rom 1976

Ecuador

Auswirkungen des Erdöl - Booms

Vorbemerkung

Als 1973 die Rohölpreise stark erhöht wurden, kam überall das Gerede von reichen „Ölscheichen" und „Ländern, die im Geld schwimmen" auf. Dagegen wurde selten geprüft, welchen Einfluß das Anheben der Erdölpreise auf die Lage der armen Massen in den erdölexportierenden Ländern hatte[4]. Am Beispiel des (nicht unbedingt typischen) Öllandes Ecuador wird diese Frage im folgenden näher untersucht.

Ecuador vor 1972

Bis zur Erschließung der großen Erdölfelder im Jahre 1972 besaß Ecuador fast alle Merkmale eines „typischen Entwicklungslandes":

- Das Pro-Kopf-Einkommen lag bei 320 Dollar (lateinamerikanischer Durchschnitt: 512 Dollar). Es war damit nach dem von Bolivien und Haiti das drittniedrigste in Lateinamerika.
- Die Wirtschaft war einseitig auf den Export von Bananen, Kaffee und Kakao ausgerichtet. Diese drei Produkte hatten am Export einen Anteil von über 60 %.
- Auf dem Lande hielten Großgrundbesitzer einen Großteil der Bevölkerung in einer der Sklaverei ähnlichen Abhängigkeit.
- Über 30 % der Bevölkerung waren Analphabeten[2 7].

Um die Zusammenhänge zwischen diesen Daten zu erkennen, ist es notwendig, hierzu einiges zu ergänzen:

Über die Hälfte der Bevölkerung lebte auf dem Lande. Ihre Abhängigkeit von dem Hacienda- (auch: Latifundien bzw. Großgrundbesitz) –System läßt sich an folgenden Zahlen (von 1968) verdeutlichen: Es gab 9 815 Haciendas (1,5 % aller landwirtschaftlichen Betriebe), die insgesamt 3 282 691 ha Land besaßen (47,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche). Demgegenüber verfügten 470 347 Familien (74,3 %) nur über 708 574 ha Land (10,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche) und besaßen damit im Durchschnitt nur 1,5 ha. Diese Verhältnisse waren jedoch noch krasser, denn vielen Großgrundbesitzerfamilien gehören mehrere Haciendas. Außerdem verfügten sie meist über die besseren Böden. So kontrollierten 1968 die Großgrundbesitzer 62,5 % der künstlich bewässerten Flächen Ecuadors. (1, S. 19)
Darüber hinaus verfügten die Großgrundbesitzer auch über die Arbeitskraft der Landarbeiter. Im Huasipungosystem mußten die Landarbeiter 4-5 Tage in der Woche auf dem Gut des Großgrundbesitzers arbeiten. Als Gegenleistung erhielten sie nur eine kleine Parzelle meist schlechten Landes (das „Huasipungo") für ihre Selbstversorgung[5]. Dies Huasipungosystem ist inzwischen offiziell aufgelöst: die Landparzellen wurden den Landarbeiter übereignet. Trotzdem bestehen noch zahlreiche andere Formen praktischer Leibeigenschaft fort. (1, S. 19; 6, S. 28).

Die etwa 1,5 ha Land von mittlerer oder schlechter Qualität, über die ein Kleinbauer oder ein ehemaliger Landarbeiter verfügt, reichen im allgemeinen nicht aus, um eine Familie (durchschnittlich 6 Personen) zu ernähren. Die einzige zusätzliche Verdienstmöglichkeit ist häufig, als Tagelöhner auf der Hacienda zu arbeiten. Der dafür festgelegte Mindestlohn (etwa 1,50 DM pro Tag) wird häufig nicht gezahlt. Aufgrund dieses Überangebots an billigen Arbeitskräften ist es für den Hacienda-Besitzer attraktiver, „nur den besten Teil seines Landes durch schlecht oder fast gar nicht bezahlte Lohnabhängige bebauen zu lassen, als moderne Techniken und Kunstdünger einzusetzen." (1, S. 19)
Schon diese kurze Darstellung läßt Schlüsse auf die politische Situation in Ecuador vor 1972 zu: Die Macht lag bei den Großgrundbesitzern und den mit ihnen verbundenen Bankiers und Agrarexporteuren. Demgegenüber war die Gruppe der Industrieunternehmer relativ schwach, denn die Industrie trug nur rund 18 % zum Bruttosozialprodukt bei. Diese beiden Gruppen bildeten unter dem Diktator Ibarra eine Allianz, die den breiten Massen des Volkes einen Einfluß auf politische Entscheidungen verwehrte. Daher ist es verständlich, daß Studenten gegen diese Zustände protestierten, Arbeiter der Landwirtschaft und der kleinen Industrie in den Streik traten, Landarbeiter unbebaute Ländereien der Großgrundbesitzer besetzten und daß sich auf dem Lande Guerilla-Einheiten bildeten. Alle diese Aktionen wurden durch Militär- und Polizeieinsatz konsequent unterdrückt.[7, 8]

Der Putsch vom 16.2.1972

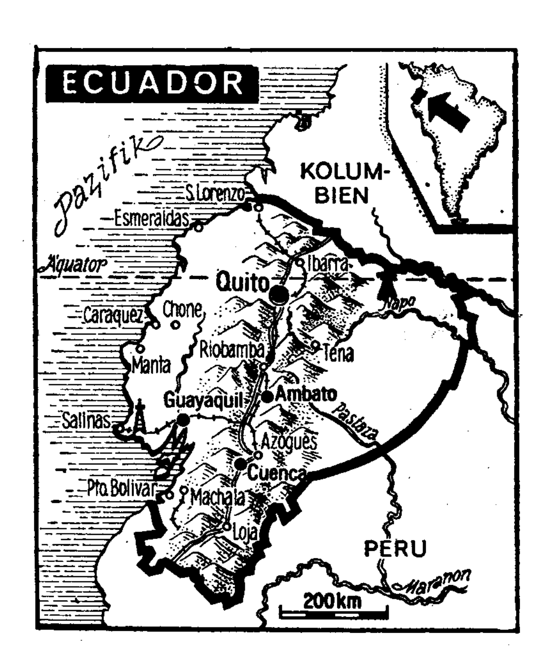
1972 kündigte der 79jährige Präsident Ibarra für den 4. Juni Wahlen an. Er selbst wolle sich danach aus der Politik zurückziehen. Doch soweit kam es nicht: Am 16.2.1972 wurde er durch einen Militärputsch gestürzt und des Landes verwiesen. Der neue Machthaber, General Lara, warf dem ehemaligen Präsidenten vor, er habe das Land in Chaos gestürzt und er sei unfähig gewesen, die wirtschaftliche Entwicklung mit den tatsächlichen Bedürfnissen in Einklang zu bringen.[9]

Die wirklichen Gründe für den Putsch dürften jedoch woanders liegen: Ende der sechziger Jahre entdeckten Bohrtrupps der Firmen Texaco und Gulf in den östlichen Dschungelregionen Ecuadors umfangreiche ergiebige Erdölfelder. Für den Abtransport des dort gefundenen Erdöls mußte zunächst eine Pipeline über die Kordilleren (über eine Höhe von 5 000 m) gebaut werden. Mit den ersten größeren Erdölexporten konnte daher erst für Mitte 72 gerechnet werden.

Da die Erdölreserven Ecuadors auf etwa 1,5 Mrd. Faß (etwa wie in Venezuela) geschätzt werden, bedeutet die Verfügungsmacht über dieses Erdöl eine starke wirtschaftliche und politische Macht. Über den zweckmäßigen Einsatz dieser zu erwartenden wirtschaftlichen Macht bestanden bei den herrschenden Gruppen Ecuadors deutliche Meinungsdifferenzen: Die Industrieunternehmer suchten einerseits günstige Kredite für ihre Investitionen, andererseits Märkte für ihre Produkte und hatten daher Interesse daran, die Kaufkraft der breiten Massen zu verbessern und so den inländischen Absatzmarkt zu vergrößern. Derartige Forderungen stießen aber auf den Widerstand der Großgrundbesitzer, Bankiers und Agrarexporteure. Deren Macht basierte ja gerade auf der

billigen (fast kostenlosen) Arbeitskraft der Landbevölkerung. Daher wollten sie die Gewinne aus dem zukünftigen Ölexport für traditionelle Handels- und Landwirtschaftskredite verwenden. (1, S. 21)
Dieser Interessenkonflikt ist bei der Erklärung des Putsches vom 16.2.72 zu berücksichtigen; denn es war klar: Die Gruppe, die in den Wahlen vom 4.6. ihren Kandidaten durchbringt, wird den größten Teil der Erdölgelder einstreichen können.
Aussichtsreichster Kandidat für diese Wahlen war Asad Buscaram, Bürgermeister von Guayaquil. (Guayaquil ist die größte Hafenstadt Ecuadors und gilt als Sitz der Großgrundbesitzer und Exporteure). Es war zudem bekannt, daß Buscaram wenig Sympathie für die Armee hatte. Er hielt es für unsinnig, einen großen Teil der Staatsfinanzen für den Unterhalt des Heeres auszugeben.[10] Der Putsch vom 16.2.72 ist also vorwiegend als Präventivmaßnahme gegen einen möglichen Präsidenten Buscaram zu werten. Einerseits wollte das Militär so seine Macht erhalten, andererseits ist zu vermuten, daß dieser Putsch von den Industrieunternehmern Ecuadors unterstützt wurde. (2, S. 2)

In ersten Regierungserklärungen definierte die neue Militärjunta ihren Kurs als „revolutionär und nationalistisch". Diese Worte tauchen heute aber fast in jeder Regierungserklärung Lateinamerikas auf und sind daher wenig aussagekräftig. Um hier zu einer genaueren Einschätzung zu gelangen, sollen im folgenden die wesentlichen Maßnahmen der Regierung Lara untersucht werden. Leitende Frage ist dabei: Wurde das Erdöl benutzt, um die Lage der armen Massen zu verändern?



Die Politik der Militärs gegenüber den Ölkonzernen

Noch im Jahr 1972 erließen die Militärs das Dekret 430, das die Grundlage ihrer Erdölpolitik bildet. Darin werden die fossilen Brennstoffe zum „unveräußerlichen Staatsvermögen" erklärt. Außerdem überprüfte die Junta die Schürfkonzessionen, die bisher recht großzügig an ausländische Firmen vergeben wurden. Ergebnis: Die Konzessionen für eine Fläche von insgesamt über 4 Mill. ha wurden gestrichen, Die restlichen Flächen (ca. 2 Mill. ha) verblieben im Besitz der Erdölgesellschaften; jedoch mußten letztere neue Verträge abschließen.[3]
Nach neueren Bestimmungen sind die Explorationsrechte je Gesellschaft auf 0,16 Mill. ha Land beschränkt.[11] Eine vollständige Streichung der Konzessionen kam für die Militärs nicht in Frage, weil Ecuador bei der Erdölausbeutung und -vermarktung auf die Technologie der großen internationalen Erdölgesellschaften angewiesen ist. (Pipeline über die Anden) Um die Praktiken der Ölkonzerne möglichst gut kontrollieren zu können, wurde die staatliche Erdölgesellschaft CEPE gegründet, die Verträge mit ausländischen Konzernen abschließt, sowie Beteiligungen an Raffination und Verkauf des Erdöls besitzt. Darüber hinaus erwarb die CEPE eine Beteiligung von 25 % des US-amerikanischen Texaco-Gulf-Konsortiums (Texpet).[12] Um bei der Vermarktung des Erdöls nicht völlig von den Erdölkonzernen abhängig zu sein, stellt Ecuador eine eigene Tankerflotte (FIOPEC) auf, an der die japanische Reederei Kawasaki Kishen Kaisha mit 45 % beteiligt ist.[11] Ebenfalls mit japanischer Beteiligung entsteht in Esmeraldas eine Staatsraffinerie mit einer Kapazität von etwa 7 000 Tonnen pro Tag. Wenn dieses Werk 1976 seinen Betrieb aufnimmt, wird Ecuador seinen Eigenbedarf an raffineriertem Erdöl selbst decken können.[3]
Bisher muß Ecuador seinen Bedarf an Erdölderivaten noch importieren. (1, S. 21)

Weitere Maßnahmen dieser Politik sind: Die Regierung begrenzt die tägliche Fördermenge des Texaco-Gulf-Konsortiums auf 210 000 Faß (etwa 25 000 Tonnen), damit die Vorräte nicht schon innerhalb der nächsten 20 Jahre erschöpft sind.[3,12] Ende 1973 tritt Ecuador als zwölftes Mitglied der OPEC bei.
Insgesamt kann dieser Politik nicht abgesprochen werden, daß sie die Macht der Ölkonzerne (insbesondere Texaco/Gulf) einschränkte. Das zeigen auch die Reaktionen: Als der Erdölminister Jarrin plante, die 25 % Beteiligung der CEPE an dem Konsortium Texaco/Gulf auf 51 % zu erhöhen, wurde er auf Druck der US-Regierung abgesetzt.[3] Darüber hinaus versuchte Texaco/Gulf 1975, eine Zurücknahme des Ölpreises um 1,5 Dollar pro Faß Rohöl zu erreichen. Dieser Forderung verlieh Texaco/Gulf Nachdruck, indem die Fördermenge gedrosselt wurde und man sich weigerte, die vereinbarte Menge des staatlichen Anteils zu verschiffen. (2, S. 4; 14) Ecuador gab nach: Eine Senkung der Rohölpreise wurde angekündigt; eine Senkung der Abgaben der Ölkonzerne erwogen.[15, 16]

Verwendung der Ölgelder

Der Anteil des Erdöls am Export Ecuadors betrug (2, S. 1):

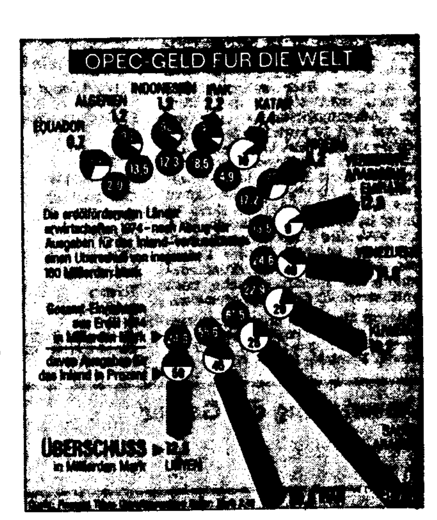
	1971	1 %
	1972	20 %
	1973	47 %
	1974	72 %
(1. Halbj.)	1975	52 %

„Die Beteiligung Ecuadors an den Erdölerlösen beträgt ungefähr 70 %. *Direkt in die Staatskasse fließen die Erträge der 15prozentigen Einkommensteuer. Außerdem sind die Gesellschaften verpflichtet, dem Staat 16 % der Produktion direkt abzuliefern;* Bei einem Tagesausstoß von weniger als 60 000 Barrel verringert sich dieser Prozentsatz. Der Staat ist frei, diese Quote zu Weltmarktbedingungen abzusetzen. Die Erträge, die gegenwärtig aus der Förderung von 40 000 Barrel täglich fließen, gehen zur Hälfte direkt an die Streitkräfte".[26]

Das heißt bei einem Marktpreis von 10 Dollar pro Barrel: Die Streitkräfte erhalten pro Tag Erdöl im Werte von 200 000 Dollar; das ergibt im Jahr über 70 Mill. Dollar. Mit Hilfe des Erdölgeldes will die Junta die Industrialisierung auf breiter Front vorantreiben. Private Investitionen sind dabei durchaus erwünscht: Präsident Lara gab 1973 eine Garantie für den Schutz ausländischen Kapitals bei Investitionen in Ecuador.[11] Für 1972 bis 1977 wurde ein Fünfjahresplan aufgestellt. Dadurch sollen folgende Bereiche gefördert werden:[17]

Fischfang	540 Mill. Dollar
Landwirtschaft	520 Mill. Dollar
Dienstleistungsbetriebe	448 Mill. Dollar
Wohnungsbau, Sozialfürsorge	364 Mill. Dollar
Ölindustrie	277 Mill. Dollar
Elektrowirtschaft	163 Mill. Dollar

Über die Auswirkungen dieser Förderungsprogramme kann derzeit noch nichts Genaues ausgesagt werden.



Die Überschüsse an Petrodollars (Grafik), die die OPEC-Länder durch ihre Ölexporte erwirtschaften, blieben bisher überwiegend als Bankguthaben gebunden (und dienten in dieser Form auch zur Kreditierung weiterer Ölbezüge des Westens). Nur ein kleiner Teil fließt in Form von Firmenbeteiligungen in die Industriestaaten zurück, deren mitunter befürchtetem „Ausverkauf" überdies die Perspektive steigender Investitionen in den ölfördernden Ländern entgegensteht.
(Aus: Der Spiegel v. 16. 12. 1974)

Veränderungen im Industriesektor

Im Bereich der Industrie wurden (mit Hilfe des Erdölgeldes) bis 1974 über 30 Mill. DM investiert und damit (nur) 5 000 Arbeitsplätze geschaffen. Jedoch weist dieses Wachstum einige bedenkliche Merkmale auf:

„Die neuen Unternehmen verwenden moderne Technologien und sind daher außerordentlich kapitalintensiv, während Ecuador vor allem über große Arbeitskräftereserven verfügt.

Wegen des Volumens der erforderlichen Investitionen dringen multinationale Unternehmen in die Wirtschaft des Landes ein, während nationales Kapital so gut wie gar nicht beteiligt ist.

Die Produktion orientiert sich nicht am Binnenmarkt, sondern am regionalen Markt des Andenpaktes. Infolge dessen werden diejenigen Güter, für die auf dem ecuadorianischen Markt eine breite Nachfrage besteht, nicht produziert." (1, S. 20)

Um genügend Investoren anzulocken, sorgen die Militärs für „Ruhe" unter den Arbeitern: Streiks waren den Arbeitern schon vor 1972 untersagt. Diese Situation verschärfte die Regierung Lara, indem sie alle politischen Betätigungen verbot.[18] Außerdem untersagt das Dekret 064, Forderungen nach Lohnerhöhungen zu stellen, bevor der kollektive Arbeitsvertrag abgelaufen ist (und das bei einer Inflationsrate von über 20 %). Darüber hinaus wird das Dekret 1273 vorbereitet, das die Gründung von Vereinigungen und Gruppen mit politischen, sozialen, religiösen, patriotischen oder revolutionären Zielen unter hohe Strafe (4 – 8 Jahre Gefängnis und Geldstrafe bis 2 000 Dollar) stellt (2, S. 3).

Trotz all dieser Maßnahmen gelang es den Militärs nicht, die Arbeiter völlig zu unterdrücken und totale Ruhe an der Arbeitsfront herzustellen. Es gibt weiterhin Streiks der Arbeiter für ihre Rechte (vgl.: „blätter des iz3w", Nr. 43/44, S. 27).

Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft

Das Versprechen der Militärjunta, die Unterdrückung auf dem Lande zu beseitigen, ist bisher noch nicht eingelöst. Zwar trat 1973 ein neues Landreformgesetz in Kraft; dies enthält jedoch viele Lücken, so daß es keine Änderung bringen kann:

„Das *Eigentumsrecht* wird grundsätzlich garantiert; Voraussetzung ist allerdings, daß das Eigentum seine – freilich nicht näher umschriebene – *soziale Funktion* erfüllt. Die früheren Bestimmungen über Maximal- und Mindestgrößen des landwirtschaftlichen Besitzes wurden fallengelassen. Alles wird dem *Ermessen* der für die Agrarreform zuständigen staatlichen Institutionen überlassen. Die *Entschädigung* für allfällige *Enteignungen* erfolgt generell zu 20 % in bar und zu 80 % in *Staatsobligationen*.
Von einer Enteignung können lediglich Güter betroffen werden, bei denen mehr als 20 % der nutzbaren Fläche 'unwirtschaftlich' bebaut sind; was 'unwirtschaftlich' ist, bestimmt das Landwirtschaftsministerium von Fall zu Fall. Das Kriterium der 'Unwirtschaftlichkeit' darf allerdings erst nach dem 1. Januar 1976 zur Anwendung gelangen."[19]

Lediglich die Ländereien einiger Bischöfe wurden bisher zu tragbaren Bedingungen an die Landarbeiter übergeben.[5] Der Alltag der meisten Indios ist daher weiterhin durch Unterdrückung gekennzeichnet:

> „Rings um die elenden Hütten aus Stroh weidet mageres Vieh; eine Handvoll Indios arbeitet ohne Ausdruck in den faltigen Gesichtern in wehenden Ponchos auf den Gerstenäckern der Kooperative. Über eine gewundene Straße nähert sich eine Omnibusladung Gendarmen, unter ihnen – in Reitstiefeln, stoppelbärtig, in der Höhenluft atemlos gestikulierend – der Großgrundbesitzer und politische Chef der Region. Durchsuchung der Hütten. Eine Broschüre über die Verheißung der geplanten Landreform wird als Beweis kommunistischer Propaganda mitgenommen. Es hagelt Schläge, Schüsse fallen; ein Indio bleibt tot liegen. 11 000 Sucres, ein Kredit der staatlichen Entwicklungsbank, verschwinden aus der Hütte des Kooperativen-Sekretärs in einer Uniformtasche. – Unter solchen Bedingungen leben zwei Drittel der Sechs-Millionen-Bevölkerung Ecuadors."[14]

Die materielle Lage der Bevölkerung verschlechtert sich ständig: Durch den Ölexport wurde der Geldumlauf wesentlich erhöht. Neben dem Import von Luxusgütern führte dies zu einer steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln. Da gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion stagnierte, resultierten daraus steigende Preise für Lebensmittel. In der Hauptstadt Quito stiegen schon 1973 (also am Anfang des Booms) die Preise hierfür um über 20 %.[20] Eine durchschnittliche Ar-

beiterfamilie mußte 1974 etwa 82 % ihres Einkommens allein für Nahrungsmittel ausgeben. Die Regierung versuchte die Preissteigerungen durch umfangreiche Lebensmittelimporte zu verringern. So wurden etwa 160 000 Tonnen Weizen eingeführt und zu verringerten (subventionierten) Preisen im Lande verkauft. Doch diese Maßnahme war nicht sehr erfolgreich: Zum einen wurden Schmuggler angeregt, diesen Weizen massenhaft nach Peru und Kolumbien zu bringen und dort mit Gewinn zu verkaufen. Zum anderen wurden durch diese staatlichen Subventionen für importierte Lebensmittel die Gewinnspannen der Kleinbauern, die ihre Produkte auf dem inländischen Markt absetzen müssen, erheblich verringert. Daher vergrößerte sich der Unterschied der Einkommen in der Stadt und auf dem Lande.[21]

Diese Darstellung zeigt, daß es der Junta unter General Lara nicht gelungen ist, ihre Vorstellungen gegenüber der traditionellen Machtgruppe (Großgrundbesitzer/Agrarexporteure) durchzusetzen.

Der Putsch vom 1.9.1975

Die Kontroverse der Regierung mit dem Konsortium Texaco/Gulf und die daraus resultierende Verstimmung des Verhältnisses zwischen Ecuador und den USA stand den Interessen der Großgrundbesitzer entgegen. Letztere waren an guten Beziehungen zu den USA, dem großen Absatzmarkt für ihre Produkte, interessiert. Dieser Gegensatz zwischen Junta und Großgrundbesitzern wurde verschärft, als Ecuador 1975 nordamerikanische Fischereifahrzeuge in seiner auf 200 Meilen erweiterten Hoheitszone beschlagnahmte; denn hierdurch traten erhebliche Spannungen zwischen Ecuador und den USA auf.[22]

Im ersten Halbjahr 1975 ging der Erdölabsatz Ecuadors um etwa 50 % zurück, weil Texaco/Gulf die Fördermenge drosselte, um so der Forderung nach einer Verringerung des Ölpreises Nachdruck zu verleihen (siehe oben). Um die Zahlungsbilanz Ecuadors im Gleichgewicht zu halten, verfügte die Regierung Ende August eine Erhöhung des Einfuhrzolls auf Luxusgüter um bis zu 60 % und erregte damit zornigen Protest in den Handelskreisen Ecuadors.[23]

Diese Maßnahme war wahrscheinlich der Anlaß für den Putschversuch vom 1.9.1975, der von allen Machtgruppen unterstützt wurde, die gegen den Konfrontationskurs Ecuadors gegenüber den USA waren.

Der Regierung Lara gelang es noch, diesen Putsch (relativ unblutig) niederzuschlagen. Trotzdem mußte die Junta dabei ihre starke Isolation erkennen. Die erste Maßnahme nach der Niederschlagung des Putschversuchs war dementsprechend eine Umbildung des Kabinetts, die deutlich eine Abkehr von dem Konfrontationskurs gegenüber den USA erkennen läßt. So ist der neue Innenminister, Daniel Carrea, gleichzeitig Chef der Finanzkooperation Ecuadors mit der First National City Bank. (2, S. 4 f.)

Eine der ersten Maßnahmen dieser neuen Regierung bestand folgerichtig darin, die im vorangegangenen Monat beschlossene Erhöhung der Importzölle rückgängig zu machen.[24]

Darüber hinaus verkündete der Minister für Bodenschätze, Ecuador werde künftige Entscheidungen der OPEC nur noch als Anregung, nicht jedoch als Anordnung auffassen.[25] Der Energieminister äußerte sich, anläßlich eines Besuches von BRD-Minister Friederichs, in ähnlicher Richtung: Sein Land sei dabei, das bisherige System für die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen zu ändern und die Konditionen für die Unternehmen attraktiver zu gestalten.[28]

Trotz derartiger Maßnahmen gelang es der Regierung unter General Lara nicht, ihre Isolation zu durchbrechen. Dies zeigte sich,als am 1.1.1976 der Paragraph des Landreformgesetzes in Kraft trat, der es der Regierung ermöglicht, ungenügend genutzte Ländereien zu enteignen (siehe oben). Die Regierung erklärte, dieser Paragraph solle ohne Rücksicht auf irgendwelche etablierten Interessen, aber in geordneter Weise angewendet werden. Von Seiten der Großgrundbesitzer und ihrer Verbündeten wurde daraufhin harter Widerstand angekündigt und praktiziert: Das Benzin wurde plötzlich knapp (im Erdölland Ecuador!); die Lastwagenbesitzer traten darauf in den Streik (ähnlich wie in Chile 1973); die Busbesitzer legten den städtischen Personenverkehr lahm und die Massenmedien (nahezu ausschließlich in koservativen Händen) nahmen den Diktator Lara unter Beschuß. Dies alles führte dazu, daß Lara am 11.1.1976 seinen Rücktritt erklärte.

Die Macht übernahm eine Gruppe von drei (rechtsgerichteten) Generälen, die eine „Rückkehr zur Verfassung" vorbereiten wollen.[29]

Zusammenfassung

Der Erdölboom brachte viel Geld nach Ecuador. Dabei erreichte es die Regierung Lara, das Erdöl zu nicht völlig ungünstigen Bedingungen an das Konsortium Texaco/Gulf zu veräußern. Es gelang der sich nationalistisch und revolutionär verstehenden Regierung jedoch nicht, die bestehende Herrschaft der Großgrundbesitzer endgültig zu zerschlagen, das Problem der Unterbeschäftigung zu lösen und die Lage der armen Massen zu verbessern. Der Erdölboom verschärfte vielmehr die Gegensätze: Verstärkte Luxusimporte bei einer kleinen Oberschicht auf der einen Seite; auf der anderen inflationsbedingter Kaufkraftverlust bei den am meisten benachteiligten Schichten.

Der Erdölreichtum hat also die Probleme Ecuadors nicht gelöst, sondern sogar verschärft.

wawi

Quellen:

1) Canelos, F.: Ecuador heute; in: DED-Brief, Okt.-Dez. 74, S.18-21.
2) Witte, V.: Ecuador; Der Putsch vom 1. September – seine Ursachen und Konsequenzen; o.J. (1975), unveröffentlicht, 5 Seiten.
3) Öl aus Ecuador, in: Tagesanzeiger Magazin 10.4.75, S. 24 – 27.
4) Vgl. hierzu: J. Boysen: Wirtschaftliche Entwicklung der OPEC-Länder, in: epk 5/6, 75, S. 18 – 33 (In diesem Artikel wird die Entwicklung im Iran und in Algerien untersucht).
5) NZZ, 6.7.74.
6) blätter des iz3w, Nr. 39, S. 28 ff.
7) FR, 29.10.70.
8) NZZ, 5.3.70.
9) Bad. Zeit., 22.2.72.
10) Deutsche Zeitung, Chr. u. W., 25.2.72.
11) Habl., 15.3.73.
12) Bl. d.d. Wirtschaft, 8.7.75.
13) NZZ, 21.6.75.
14) SZ, 8.1.75.
15) Habl., 3.7.75.
16) NZZ, 4.7.75.
17) Bl. d.d. Wirtschaft, 24.2.73.
18) SZ, 13./14.7.75.
19) NZZ, 18.7.74.
20) Habl., 10.4.74.
21) Financial Times, 28.2.75.
22) blätter des iz3w, Nr. 49, S. 13.
23) Bad. Zeit., 3.9.75.
24) NZZ, 16.9.75.
25) Habl., 20./21.9.75.
26) NZZ, 21.6.74.
27) FAZ, 17.2.72.
28) VWD/NfA, 1.10.75.
29) FR, 12.1.76.

Arbeitskreis Entwicklungshilfe

Unser Arbeitskreis Entwicklungshilfe besteht seit Ende letzten Jahres. In diesem Arbeitskreis wollen wir die Entwicklungshilfe (EH) der BRD gründlich und kritisch untersuchen und zwar so weit als möglich an Hand von Projektbeispielen.
Unser Ziel ist, ein Papier zu erstellen, in welchem wir unsere Ergebnisse zusammenfassen, und das wir dann Interessenten zur Verfügung stellen können.

Dabei gehen wir von folgenden Fragestellungen aus:
a) Wem nützt die Entwicklungshilfe?
b) Trägt die EH der BRD (evtl. auch die anderer Länder) zur Entwicklung des "Nehmerlandes" bei?
c) Werden Herrschaftsstrukturen in Richtung auf wirtschaftliche und politische Selbstbestimmung der Völker verändert oder werden diese stabilisiert?

Wir wollen, und das scheint uns besonders wichtig,

- weder auf der Ebene der (isolierten) Beurteilung einzelner Projekte der EH stehen bleiben, und aus der Sicht einzelner guter (oder schlechter) Projekte eine entsprechende Beurteilung der ganzen EH ableiten,

- noch die EH global als neues Instrument imperialistischer Politik entlarven.

Vielmehr möchten wir versuchen, Zusammenhänge zu sehen bzw. herauszuarbeiten und dennoch Einzelprojekte zu berücksichtigen. (Das klingt wirklich sehr abstrakt - Beispiele mündlich)

Wer Zeit und Interesse an diesem Thema hat ist herzlich willkommen. Wir treffen uns etwa 14-tägig, das nächste Mal am 19.5. 19.oo Uhr, immer in der Scheffelstr. 49



Spendenaufruf zugunsten der kämpfenden Bauern in Peru

An der peruanischen Nordküste, nahe der Stadt Chiclayo (und der Kooperative Tumán) liegt die indianische Dorfgemeinschaft (Comunidad Campesina) San Martin de Reque. Wie die meisten peruanischen Dorfgemeinschaften ist sie aus einer der schon in vorinkaischer Zeit entstandenen Lebens- und Arbeitskollektive hervorgegangen. Ihre Geschichte ist die Geschichte der ständigen Verdrängung und des Verlustes ihres gemeinschaftlich bebauten Bodens. Zuerst waren es die spanischen Kolonialherren, dann die traditionellen mittleren und großen Hacendados, die Kirche und seit der Jahrhundertwende vor allem die übermächtigen Zuckerhazienden. Da die Comunidad zudem im Einzugsgebiet der Großstadt Chiclayo liegt, wurde ein Teil ihrer Ländereien dem Wildwuchs der Slumviertel preisgegeben; auf einem anderen Teil wurde der Flughafen von Chiclayo errichtet.

Viele der Bewohner sind keine Bauern mehr, sondern sind Arbeiter, Handwerker, Kleingewerbetreibende. Gemessen an der noch verbliebenen Landfläche ist der bäuerliche Teil der Bevölkerung jedoch ständig gewachsen. Da dieser Teil der Bevölkerung wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der unterentwickelten Industrie außerhalb der Dorfgemeinschaft keine Arbeit findet, steht sie vor dem Problem: immer weniger Land für immer mehr Menschen.

In jüngster Zeit hat sich diese Situation durch die Agrarreform von 1969 weiter zugespitzt. Durch die Agrarreform erfolgte die Umverteilung des Großbrundbesitzes von der landbesitzenden Oligarchie auf die neugegründeten Kooperativen, die von den festangestellten Arbeitern der früheren Hazienden gebildet worden sind. Die Bewohner der Dorfgemeinschaften gingen dagegen leer aus. Seit ihrer Anerkennung als Dorfgemeinschaft im Jahre 1949 kämpft die Comunidad von Reque um ein 3000 ha großes Gebiet, das ihr von der Kirche geraubt worden war und im Besitz des Bischofs von Chiclayo gewesen ist. Nach der Agrarreform erhob die Comunidad daher Anspruch auf dieses Gebiet mit dem Namen »Monte Grande«. Die Agrarreformbehörden hatten jedoch andere Pläne und übertrugen das Land an die neugebildete Kooperative Chacupe. Diese Kooperative ließ die Ländereien in Monte Grande mehr als zwei Jahre unbebaut, weil sich eine Bearbeitung für sie nicht lohnte. Für die Bauern von Reque, die sich auf der restlichen Fläche drängten und um ihre Existenz kämpften, war das eine Provokation.

Nach drei Jahren der Diskussion und Vorbereitung besetzten die Bauern von Reque daher am 7. Februar 1974 das Gebiet von Monte Grande. Der Staat versuchte zu Anfang die Bewohner durch Einschüchterungen und Pressionen zur Rücknahme der Besetzung zu bewegen. Führende Männer der Dorfgemeinschaft wurden gefangengenommen, teilweise sogar gefoltert. Die Bauern waren auf diesen Angriff jedoch vorbereitet und hatten die umliegenden Dorfgemeinschaften rechtzeitig in ihren Kampf mit einbezogen. Sogar aus den benachbarten Elendsvierteln wuchs die Unterstützung täglich an. Die Regierung versuchte schließlich die Bauern durch Sperrung des Wassers – ohne Wasser ist ein Anbau nicht möglich – zum Rückzug zu zwingen. Dennoch gelang den Besetzern im September 1974 ein Teilerfolg. Sie dürfen monatlich 48 Stunden lang Wasser aus dem Hauptkanal entnehmen. Dies reicht aber nur für die Bewässerung von ca. 40 ha Boden. Das Ziel der Bauern ist es aber, mindestens 400 ha des nutzbaren Bodens von Monte Grande zu bebauen.

Die Bauern haben dieses Land nicht individuell aufgeteilt, sondern vier Produktionseinheiten (Unidades de Produción) gebildet, die den Anbau gemeinsam planen und durchführen. Sie haben große Anfangsschwierigkeiten überwunden, indem sie sich Getreide und Transportmittel zusammenliehen.

Die Hauptschwierigkeit bleibt die Beschaffung von Wasser, ohne daß sie die bisherige Anbaufläche nicht ausdehnen können. Eine Wasserpumpe und ein Motor kosten etwa 200 000 Soles (rund 12 000 DM). Die Bauern von Reque haben den schwierigen Versuch unternommen, ihre Probleme selbst kollektiv zu lösen. Gegenüber den vom kapitalistischen Standpunkt her verfallenden Kooperativen, deren Genossenschaftsmitglieder mehr und mehr verkleinbürgerlichen, bilden heute die kollektiven Landbesetzer den fortschrittlichsten Teil der Landbevölkerung. Außer in Reque fanden noch in anderen Teilen Perus derartige Landbesetzungen statt. Allein in Andahuaylas wurden 1974 70 Haziendas besetzt.

Damit den Bauern die ersten fruchtbaren Erfolge ihres Kampfes und ihrer Arbeit nicht buchstäblich wieder verdorren, benötigen sie vordringlich die Wasserpumpe. Bei deren Beschaffung kann ihnen Eure Spende helfen.

Spenden überweist bitte auf das Postscheckkonto M. Kuhlmann, Hamburg Nr. 3579 94 - 205 mit dem Stichwort »Wasserpumpe«.

Die Gruppe ARBEITERPOLITIK hat einen Sonderdruck mit zwei Aufsätzen zu Peru herausgegeben: *1. Volk und Streitkräfte, gemeinsam werden wir siegen - Ist der peruanische "Dritte Weg" eine Alternative für die Entwicklung Lateinamerikas? 2. Die Auswirkungen der peruanischen Agrarreform.* 32 Seiten, in A4, Preis 3,-DM. Der Erlös des Heftes soll den Kauf der Wasserpumpe unterstützen. Bestellungen sind zu richten an: M.Kuhlmann, 28 Bremen, Postfach 1641.

Uganda

Idi Amin oder der Popanz des Neokolonialismus

Von Frank Kürschner

Idi Amin ist hierzulande der bekannteste afrikanische Politiker. Durch sein exzentrisches Verhalten bietet er sich als Zielscheibe für Sensationsmeldungen an, die Ausdruck eines weißen Rassismus sind und in der Bevölkerung derartige Ressentiments bekräftigen. Bei genauerer Betrachtung ist Amin aber das personifizierte Mahnmal für die negativen Auswirkungen von Kolonialismus und Neokolonialismus – aber so genau schaut man in der hiesigen bürgerlichen Presse nicht hin.

Nicht die Aufbauleistungen in vielen afrikanischen Ländern, sondern Aussprüche und Taten Amins werden den Lesern mitgeteilt. So wird ein Afrika-Bild geschaffen, das in idealer Weise den Vorstellungen der Herrschenden in Pretoria und Salisbury entspricht. Außer der Einseitigkeit der Amin-Berichte in der Afrika-Berichterstattung ist in den meisten Fällen die Niveaulosigkeit zu beklagen. Ein symptomatisches Beispiel hierfür ist ein Amin-Bericht im „Rheinischen Merkur" im Frühjahr dieses Jahres, wo allen Ernstes behauptet wurde, „daß ein armseliger sozialistischer Alltag seinen Einzug gehalten hat".

Wer sich auch nur flüchtig mit dem gegenwärtigen Uganda beschäftigt hat, wird über solchen Unfug nur lachen – wenn einem das Lachen angesichts solcher Ignoranz nicht vergeht.

Ebensowenig wie man den Nationalsozialismus aus der Persönlichkeit Hitlers erklären kann, kann man den gegenwärtigen Despotismus in Uganda aus der Persönlichkeit Amins erklären. Wie im Falle Hitlers werden auch bei Amin in der konservativen Publizistik mit Hilfe der Personifizierung die realen Zusammenhänge vernebelt. Nur, wenn man Amin im Kontext der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung Ugandas sieht, werden Ursachen- und Wirkungszusammenhänge sichtbar.

Im größten Teil Ugandas entsprachen die Entwicklung der Produktivkräfte und die Formen gesellschaftlicher Organisation vor der kolonialen Eroberung Ende des 19. Jahrhunderts dem europäischen Mittelalter. Der Übergang zum seßhaften Bauerntum (Ackerbau und Viehzucht) war vollzogen, ein ausgeprägtes Feudalsystem entstanden. Ausnahme: Norduganda mit nomadisierenden Viehzüchtern. Auf dem heutigen Territorium von Uganda gab es zahlreiche Staatengebilde. Die Zwistigkeiten innerhalb der feudalen Herrscherfamilien im Basogo-Gebiet ähneln in erstaunlicher Weise denjenigen im mittelalterlichen Deutschland, der stärker zentralistische Buganda-Staat ließe sich durchaus mit dem spätmittelalterlichen Frankreich vergleichen etc. Bis zur europäischen Eroberung war die Stufe des Merkantilismus oder gar der Industrialisierung nicht erreicht, so daß die Feudalherren unangefochten regieren konnten – eine bürgerliche Revolution fand nicht statt.

Bei einer eigenständigen Weiterentwicklung hätte sich sicherlich ein Übergang zum Manufakturwesen und zur Industrie mit entsprechenden sozialen und politischen Veränderungen ergeben. Aber dieser Prozeß wurde durch den Kolonialismus gestört. Im Rahmen der systematischen Aufteilung des afrikanischen Kontinents eignete sich Großbritannien zwischen 1894 und 1902 Uganda als Protektorat an. Im Rahmen der „indirect rule" verbündeten sich die Kolonialherren mit afrikanischen Monarchen und festigten deren Position. So wurden z. B. die Königreiche von Buganda und Toro auf Kosten ihrer Nachbarn territorial erweitert, was zu Auseinandersetzungen führte, die bis in die Zeit nach der Unabhängigkeit nachwirkten. Wo die Kleinstaaterei eine effiziente Verwaltung im Interesse des Kolonialismus behinderte – so im Acholi-Gebiet – wurden die traditionellen Feudalherren von den Engländern kurzerhand ihrer Ämter enthoben und durch neue Häuptlinge für größere Gebiete ersetzt.

Alle Häuptlinge und Monarchen waren britische Befehlempfänger und wurden von der Bevölkerung auch als solche erkannt. Das eigenständige politische System wurde so zerschlagen. Die Herrschaftsgrundlage der Häuptlinge und Monarchen war die britische Unterstützung. Auch ökonomisch wurde mit fortschreitender kapitalistischer Durchdringung Ugandas die Basis für das traditionelle Herrschaftssystem zerstört. Da die Engländer aber die Feudalherren als Werkzeug im Rahmen des Kolonialismus brauchten, wurde das deformierte politische System beibehalten und keine Grundlage für ein neues gelegt. Damit wurde eine Situation geschaffen, von der aus man nur schwer zu einem demokratischen Uganda gelangen konnte.

Die Engländer behinderten auch beim Übergang zur Unabhängigkeit (1962) eine demokratische Entwicklung dadurch, daß sie den wichtigen Feudalherren, vor allem dem Kabaka von Buganda, wesentlichen Einfluß auf die Politik des Landes gewährten (z. B. Sitze im Parlament). Die Feudalherren waren untereinander zerstritten und einzelne von ihnen forderten gar eine separate Unabhängigkeit für ihr Gebiet, was aber angesichts der nur geringen Unterstützung in der Bevölkerung und des Widerstandes der anderen Feudalherren scheiterte. Die untereinander zerstrittenen, aber gemeinsam für das Feudalsystem kämpfenden Häuptlinge und Monarchen bildeten eine schwere Hypothek für das unabhängige Uganda.

Der aus den Wahlen hervorgegangene erste Premierminister und Führer der „Uganda People's Party", Milton Obote, versuchte sich zunächst mit dem Kabaka von Buganda zu arrangieren und überließ ihm den Posten des Präsidenten. Das Lebeneinanderbestehen demokratischer und feudaler politischer Strukturen führte aber zu ständigen Spannungen. Der Kabaka versuchte, Obote zu entmachten, und initiierte Intrigen, Komplotte und Attentatsversuche gegen Obote. Als der Kabaka dann auch noch bei ausländischen Botschaften nachfragte, ob man ihm moderne Waffen für seine eigenen Truppen zur Verfügung stellen könnte, offenbar also einen Bürgerkrieg plante, schlug Obote 1966 zurück und entmachtete den Kabaka und die anderen Feudalherren des Landes. Der Kabaka mußte das Land verlassen und Obote wurde neuer Staatspräsidenten des Landes.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die politischen Konflikte eine kontinuierliche und stabile wirtschaftliche Entwicklung behindert. Der Kolonialismus hatte zu einer Deformierung der ugandischen Wirtschaft geführt (Kaffee- und Baumwollmonokulturen) und das Süd-Nord-Gefälle innerhalb des Landes vertieft. Im fruchtbarsten Süden wurde der Anbau von Exportprodukten forciert, während die Nomaden im Norden Ugandas systematisch vernachlässigt wurden. Die kapitalistisch-orientierte Entwicklung in den ersten Jahren der Unabhängigkeit verstärkte diese Unterschiede noch, weil vor allem die ‚modernen' Bauern im Süden gefördert wurden. Dies führte zu erheblichen sozialen und politischen Konflikten.

Ende der 60er Jahre entschloß sich die UPC unter Führung Obotes, einen sozialistisch orientierten Entwicklungsweg einzuschlagen. In Anlehnung an die tansanische ‚Arusha-Deklaration' (grundlegendes Dokument des tansanischen Sozialismuskonzepts) wurde 1969 die ‚Charta des einfachen Mannes' verkündet. In Verfolgung dieser Politik wurden verschiedene ausländische (vor allem britische) Unternehmen verstaatlicht. Zu diesem Zeitpunkt waren die Voraussetzungen für einen sozialistisch-orientierten Entwicklungsweg in Uganda aber ungünstiger als in Tansania 1967.

In Tansania hatte es nur eine relevante Unabhängigkeitsbewegung (TANU) gegeben, die vor und nach der Unabhängigkeit eine intensive politische Bildungsarbeit betrieb; in Uganda gab es dagegen rivalisierende Unabhängigkeitsbewegungen und zusätzlich einflußreiche Feudalherren. Die politische Bildungsarbeit trat vor und nach der Unabhängigkeit hinter die tagespolitischen Konflikte zurück. Wegen der geringen politischen Bewußtseinsbildung machte die ugandische Bevölkerung die eigene Regierung dafür verantwortlich, daß sich die großen (wirtschaftlichen) Hoffnungen in die Unabhängigkeit nicht erfüllten, und nicht die früheren Kolonialherren, die ausländischen Unternehmen und die Bedingungen des Weltmarktes. Die Einsicht in diese Zusammenhänge war in Tansania größer. Außerdem verlor die politische Führung Ugandas dadurch an Glaubwürdigkeit, daß es zu verschiedenen Korruptions- und Bereicherungsskandalen kam, in die Präsident Obote zumindest in einem Fall selbst verwickelt war. Ein weiteres Handicap Ugandas waren die starken ethnischen Unterschiede, die es in Tansania nicht gibt. Angesichts derartiger Probleme war Ugandas Versuch zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft von vornherein sehr erschwert, und es boten sich der ausländischen Einflußnahme viele Möglichkeiten. Ein solches Engagement war vor allem von Großbritannien zu erwarten, denn umfangreiche britische Wirtschaftsinteressen standen auf dem Spiel.

Neben den Interessen der zahlreichen britischen Unternehmen war der britische und generell der westliche Einfluß im ostafrikanischen Raum in Gefahr. Der sozialistisch orientierte Kurs in Tansania seit 1967 und in Somalia seit 1969 sowie der desolate Zustand des Feudalsystems in Äthiopien ließen die ‚Gefahr' entstehen, daß Kenia als der letzte Stützpunkt der kapitalistischen Entwicklung in Ostafrika übrig bleiben könnte. Außerdem war Obote neben Nyerere einer der schärfsten Kritiker der Zusammenarbeit Großbritanniens mit Südafrika (besonders der Waffenlieferungen) und schlug gemeinsame Gegenmaßnahmen der schwarzafrikanischen Commonwealth-Staaten vor.

Als Obote daher Anfang 1971 von einer Gruppe von Offizieren gestürzt wurde, während er sich zu einer Konferenz im Ausland befand, beeilte sich die britische Regierung, den neuen Machthaber Amin sofort anzuerkennen. Es gibt Anzeichen dafür, daß sie den Putsch mitinszeniert hatten. Da weder die britische Regierung noch Amin ein Interesse daran haben, eine solche Beteiligung publik zu machen, fällt es freilich schwer, sie nachzuweisen.

Eine Schlüsselstellung kommt offenbar dem britischen Major Ian Walsworth-Bell zu, der lange Jahre nachrichtendienstlich für Großbritannien tätig gewesen war (u. a. in verschiedenen afrikanischen Ländern). Wie die renommierte Zeitschrift „Africa" 1973 enthüllte, tauchte er wenige Wochen vor dem Putsch als Repräsentant einer britischen Firma in Ugandas Hauptstadt Kampala auf – und kurz nach dem Putsch war er nachrichtendienstlich für Amin tätig, den er bereits aus der Kolonialzeit kannte. Was er bis zum Putsch tat, läßt sich nicht exakt feststellen, aber es gehört wohl eine gewisse Naivität dazu anzunehmen, er hätte seinen Freund Amin nicht bei dessen Putschplänen unterstützt. Bei British Metals, dem Unternehmen, für das er offiziell tätig war, wurde er wegen mangelnder geschäftlicher Aktivität später fristlos gekündigt. Sein nachrichtendienstliches Engagement hatte ihm offenbar keine Zeit zur Arbeit gelassen. Es gibt außerdem Anzeichen dafür, daß der israelische Geheimdienst am Putsch beteiligt war, der den zunächst anti-arabischen Amin protegieren wollte.



Wer war der Mann, der auf diese noch immer nicht ganz geklärte Weise zum Staatschef Ugandas wurde?

Idi Amin wurde im wenig entwickelten Norden Ugandas geboren und mußte schon nach kurzer Zeit die Schule verlassen, weil seine Eltern kein Schulgeld bezahlen konnten. Er zog den Eintritt in die britische Kolonialarmee einer maladen Zukunft als Viehhirte vor. Kräftig gebaut, sportlich, extrem loyal zur britischen Armee und hart gegen Gegner, entsprach er in idealer Weise den britischen Wünschen für afrikanische Soldaten. Weder seine offenkundig geringe Intelligenz noch seine Brutalität – z. B. gegen Mau Mau-Befreiungskämpfer in Kenia – konnten angesichts dieser Protektion seinen militärischen Aufstieg verhindern. Die Engländer taten aber wenig, um seinen Bildungsgrad der steigenden Verantwortung entsprechend zu erhöhen, sondern bewunder-

ten und förderten seine Aktivität als Rugby-Spieler und Boxer. Der britische Major Grahame gab später zu, welche negativen Folgen die einseitig nach physischen Gesichtspunkten erfolgte Auswahl und Ausbildung der afrikanischen Soldaten hatte: „Auf Rekrutensafaris suchten wir stets nach Leuten, die rauh und stark waren und schneller als alle anderen laufen konnten. Dies war ein fürchterlicher Irrtum. Konfrontiert mit der Aufgabe, afrikanische Offiziere zu finden, hatten wir zwischen loyalen, langgedienten Männern, auf die man sich absolut verlassen konnte, die aber unglaublich behindert waren durch ihren Mangel an Intelligenz – Idi war ein typisches Beispiel –, und neu rekrutierten Männern mit etwas mehr Intelligenz, aber absolut keiner Erfahrung zu wählen."

Spätestens zum Zeitpunkt der Ernennung zum Offizier war Amin auf Grund seiner minimalen Schulbildung überfordert. Es hätte schon ein hohes Maß an Intelligenz dazu gehört, als Fast-Analphabet eine Armee zu führen und die Probleme der Verwaltungspraxis zu lösen.
Schließlich war nicht einmal mehr feststellbar, wieviele Soldaten diese Armee hatte. Außerdem war Amin in verschiedene Fälle von Korruption und Mißwirtschaft verwickelt, und es gab berechtigten Grund zur Annahme, daß er seinen Aufgaben nicht gewachsen war. Aus diesem Grunde forderten verschiedene Parlamentsabgeordnete seinen Rücktritt. Dem kam Amin 1971 durch seinen Putsch zuvor.
Die Begeisterung der britischen Regierung und britischen Unternehmen für Amin, der das Verstaatlichungsprogramm Obotes sofort abbrach, wurde bald durch das Entsetzen darüber abgelöst, wie brutal die Opposition unterdrückt wurde und wie rasch sich Amins Freundschaft zu Großbritannien in heftige Angriffe verwandelte. Die Verstaatlichung britischer Unternehmen, die Ausweisung der Asiaten mit britischem Paß nach Großbritannien, die Demütigungen Großbritanniens nach der Verhaftung eines britischen Schriftstellers im Frühjahr dieses Jahres und ständige Schmähungen haben die Mitarbeiter des britischen Außenministeriums wohl schon bitter bereuen lassen, ausgerechnet dieses ‚enfant terrible' unterstützt zu haben.

War Amin schon an der Spitze der Armee überfordert, so gilt dies um so mehr für seine jetzige Position als Staatspräsident. Auf sich allein gestellt, wäre er auch rasch gescheitert. Zunächst gelang es ihm aber, jüngere ugandische Technokraten für seine Regierung zu gewinnen und durch – zumindest in manchen Landesteilen – populäre Maßnahmen wie die Rückführung des Leichnams des verstorbenen Kabaka nach Uganda eine gewisse Sympathie in der Bevölkerung zu gewinnen. Durch seine Unkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und Unbelehrbarkeit auf diesem Gebiet sowie durch seine sprunghaften Entscheidungen verärgerte er jedoch seine Fachleute, die zu Recht eine abschüssige Entwicklung zum Wirtschaftschaos voraussahen. Da Kritik aber lebensgefährlich wurde, zogen sich immer mehr Minister und Staatsangestellte fluchtartig aus dem Land zurück.

Damit ist der Einfluß einer Gruppe von Soldaten und Offizieren aus dem Heimatgebiet Amins gestiegen, die Amin von Anfang an stützten und die schrittweise alle wichtigen Regierungs- und Armeeposten übernommen haben. Sie sind die Basis, auf der die Macht Idi Amins beruht. Ihre ökonomische Fundierung war zunächst unbedeutend; aber die Vertreibung der Asiaten und die Verteilung ihres Eigentums (Läden, Hotels etc.) an diese Soldaten und Offiziere hat ihnen eine bedeutende ökonomische Stellung gegeben. Sie setzen ihren militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einfluß zur Stützung Amins ein, in dem sie den alleinigen Garanten zur Durchsetzung ihrer Interessen sehen. Mit ihrer Hilfe ist es Amin stets gelungen, Putschpläne zu vereiteln.

In Uganda wird – im Gegensatz etwa zu Kenia – kein systematischer kapitalistischer Entwicklungsgang eingeschlagen, sondern ein völlig chaotischer kapitalistisch-orientierter Weg (z. B. befahl Amin Geld zu drucken, als die Staatskasse leer war). Dieser Entwicklungsweg entspricht weniger den Interessen der kapitalistischen Unternehmen als der systematische; aber ihre grundlegenden Interessen werden insofern nicht gefährdet, als die ugandische Führung mangels Alternative (d. h. eines sozialistischen Sektors) weiter auf sie angewiesen ist. Hauptleidtragende dieser Entwicklung ist die Masse der Bevölkerung, deren Elend noch bedrückender ist als in anderen kapitalistisch-orientierten Ländern Afrikas. Die Lebenshaltungskosten für niedrigverdienenende Bewohner stiegen allein 1974 nach offiziellen Angaben um 78 %, das Bruttosozialprodukt sank real um 2 %, obwohl die Weltmarktsituation für Ugandas wichtigste Exportprodukte günstig war. Da die Militärausgaben rasch ansteigen (bereits mehr als die Hälfte des Staatsetats) läßt sich erkennen, in welchem Maße die Masse der Bevölkerung unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Uganda leidet.

Es ist schwer, eine Prognose über die weitere Entwicklung in Uganda zu stellen. Für die Bevölkerung des Landes und für den ganzen afrikanischen Kontinent ist zu hoffen, daß es in Uganda bald möglich sein wird, zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren. Die bisherigen Versuche der letzten rechtmäßig gewählten Regierung unter Obote, an die Macht zurückzukehren, sind gescheitert. Mit zunehmender Unzufriedenheit der Bevölkerung wachsen aber die Aussichten dafür.

aus: Berliner Extradienst, 5.8.1975









Erziehungswesen

Theorie und Praxis einer Erziehung zur Befreiung

Hans-Martin Große-Oetringhaus

Pädagogische Erfahrungen aus Guinea-Bissau, Angola und Mozambique

Die Erziehung bildet ein wichtiges Element im Kampf der Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Afrikakolonien. Ihr Kampf hat nach der revolutionären Veränderung in Portugal zur nationalen Unabhängigkeit geführt oder wird sie in absehbarer Zeit zur Folge haben. Somit hat sich auch ihre Erziehungsstrategie als richtig erwiesen. Dieser kommt nun die Aufgabe zu, die erreichten Erfolge auszubauen und abzusichern. Welche theoretischen und praktischen Erfahrungen die Befreiungsbewegungen in diesen Prozeß einbringen können, soll im folgenden aufgezeigt werden. Diese Erfahrungen sind für die zukünftige Entwicklung von besonderer Bedeutung, da die Befreiungsbewegungen immer betont haben, daß sie die Erziehung, die sie in den befreiten Gebieten erprobt haben, nach einer vollständigen Befreiung weiterführen und ausbauen wollen. Damit überhaupt verstanden werden kann, welch ein gewaltiger Fortschritt das Erziehungssystem der Befreiungsbewegungen für die Menschen dort darstellte, soll zunächst die Erziehungstätigkeit der portugiesischen Kolonialherren skizziert werden.

Erziehung im Kolonialismus

Die Erziehung in den von Portugal kontrollierten Gebieten war insbesondere auf das Ziel gerichtet, die Afrikaner als billige, unwissende Ausbeutungsobjekte zu erhalten. Sie verhinderte damit, daß die Afrikaner die Fähigkeit erlangten, sich als Subjekte ihrer Geschichte zu verstehen. Das offiziell erklärte Ziel der portugiesischen Erziehungstätigkeit in den Kolonien bestand darin, „die Eingeborenen allmählich aus dem Leben in der Barbarei in ein zivilisiertes Leben zu führen".[1] 1972 stellte *Silva Cunha,* portugiesischer Minister für die überseeischen Gebiete die Forderung auf, daß der Schulunterricht Afrikaner heranziehen soll, „die sich der portugiesischen Lebenswerte voll bewußt sind, die sie zu interpretieren wissen und die sie ständig in die Wirklichkeit tragen, um die Kontinuität der Nation zu gewährleisten".[2] Dadurch versuchten die portugiesischen Machthaber, sich eine kleine, hörige afrikanische Elite heranzubilden.[3]

Solche Ziele prägten natürlich auch stark die Unterrichtsinhalte. So beschränkte sich der Geschichtsunterricht im vierten Primarschuljahr allein auf Portugal. Portugiesische Geschichte war auch der einzige Prüfungsstoff des Schlußexamens. Jeder Angolese, der sich um eine Anstellung bewarb, mußte ein Geschichtszeugnis nachweisen können. Da gemäß dem Konkordat mit dem Vatikan von 1940/41 die Primarschulen unter der Aufsicht der Kirche standen, nahm die Unterweisung in christlicher Moral, die sich in der Regel mit der der Kolonialherren deckte, einen breiten Raum in der Erziehung ein.[4]

Trotz der vielfach beschworenen Gleichberechtigung zwischen Europäern und Afrikanern bestanden bis 1961 zwei Schultypen, die praktisch aber bis zum Sturz des portugiesischen Faschismus immer noch nicht überwunden waren: Der eine Typ war den portugiesischen Kindern und den sog. ‚zivilisierten Mischlingen vorbehalten und folgte den Lehrplänen Lissabons. Der zweite lief unter dem Namen ‚Adaptionsschulen', war für die afrikanischen Kinder und umfaßte nur vier Schuljahre.[5] Bis 1960 konnte lediglich ein Prozent der afrikanischen Kinder die Schule besuchen. Bevor das afrikanische Kind eine Primarschule besuchen durfte, mußte es an einem Vorbereitungskurs teilnehmen, in dem es sog. „gesellschaftliches Benehmen" und die portugiesische Sprache zu lernen hatte. In Mozambique schafften 67,1 Prozent der Schüler den Übergang von dieser Vorbereitungsklasse zur ersten Primarklasse nicht. So erreichten die meisten Kinder die Abschlußprüfung des Vorbereitungskurses erst mit 12 bis 14 Jahren. Die oberste Altersgrenze zum Eintritt in die Grundschule bildete aber das 13. Lebensjahr.[6] Noch höher lag der Mißerfolgsprozentsatz beim Schlußexamen nach dem vierten Primarschuljahr. Nur 4,4 Prozent aller in Angola eingeschriebenen Schüler bestanden dieses Examen. Der überwiegende Teil der Schüler (und fast alle in ländlichen Gebieten) kamen über zwei, bestenfalls drei Schuljahre nicht hinaus. Wegen dieser viel zu kurzen Ausbildung fielen die meisten afrikanischen Kinder nach kurzer Zeit wieder in den Analphabetismus zurück. Denjenigen, die alle vier Schuljahre absolvierten, blieb in der Regel infolge verschiedener Auslesemethoden der Zugang zu einer weiterführenden Ausbildung versperrt. In Mozambique kamen darum nur 5009 der 444 983 Schüler überhaupt über die Primarstufe hinaus. Kurz vor der Befreiung Portugals am 25. April 1974 gab es etwa 400 000 Schüler in Angola. In Mozambique gab es etwa 5300 Schulen mit ca. 580 000 Schülern. Auf einen Lehrer kamen hier allerdings 95 Schüler.[7] Die seit 1961 im Aufbau befindliche Universität von Angola zählte 1970 2000 Studenten, von denen aber nur 15 Prozent Afrikaner waren. Der Prozentsatz der afrikanischen Studenten in Mozambique war noch geringer. 1966/67 waren nur neun der insgesamt 614 Studenten Afrikaner. Im darauffolgenden Jahr waren es sogar nur acht von 748.[8]

Auf den Kapverdischen Inseln entwickelte sich die Situation im Erziehungswesen etwas anders als in den übrigen portugiesischen Kolonien, da hier die Kolonialherren mittlere Verwaltungskräfte für ihren Einsatz in den anderen Kolonien ausbilden wollten. Die äußerlich attraktive Zahl von 449 Grundschulen im Jahre 1973 verschleiert allerdings, daß 50 Prozent dieser Schulen Nebenzimmer in Wohnungen von Offizieren waren, in denen deren Frauen ihre Schüler zu ‚zivilisiertem' Dienstpersonal ‚erzogen'. Von den statistisch aufgeführten 1120 Primarschullehrern waren 55 Prozent lediglich durch einen vierwöchigen Kurs auf den Lehrerberuf vorbereitet worden. Nur 7 Prozent aller Lehrer hatten eine zweijährige Lehrerausbildung.[9]

Als besonders in den letzten zehn Jahren der Widerstand gegen die portugiesischen Kolonialisten immer stärker wurde

und die Befreiungsorganisationen konkrete Erziehungsalternativen anboten, sahen sich die Portugiesen gezwungen, in aller Eile den Ausbildungssektor etwas auszubauen. Sie hofften, dadurch dem revolutionären Befreiungskampf den Boden zu entziehen.[10]

Diese Entwicklung diente aber nicht der Weiterentwicklung und Emanzipation der afrikanischen Massen. Statt dessen haben die 500 Jahre portugiesischer Kolonialherrschaft ein riesiges Analphabetenheer hinterlassen. So betrug die Analphabetenrate in Angola und Mozambique zwischen 95 und 98 Prozent der Bevölkerung.[11] Die wenigen Schulen, die die Kolonialherren errichteten, vermittelten die Lehrinhalte ohne Bezug zu den Bedürfnissen der Afrikaner und sollten dazu erziehen, Unterdrückung und Ausbeutung zu erdulden.

Erziehung zur Befreiung
Angesichts dieser kolonialen Ausbildungspolitik zeigt sich nicht nur, daß die PAIGC[12], die FRELIMO[13] und die MPLA[14] in den befreiten Gebieten von Guinea-Bissau, Mozambique und Angola Pionierarbeit geleistet haben, sondern auch, daß sie bereits beachtliche Erfolge erzielen konnten. Diese waren aber erst nach der Befreiung weiter Gebiete von portugiesischer Herrschaft möglich. Hier stellten die Befreiungsbewegungen der Bevölkerung eine Reihe von sozialen und technischen Diensten zur Verfügung, wie Krankenhäuser und Schulen. Darum machte weniger die militärische Lage als der friedliche Aufbau sozialer und wirtschaftlicher Einrichtungen und die Schaffung neuer, demokratischer Gesellschaftsstrukturen die eigentliche Bedeutung der Befreiungskämpfe aus.[16]



Bombenalarm in einer Schule in den schon vor 1974 befreiten Gebieten Guinea-Bissaus

In den befreiten Gebieten von Guniea-Bissau erklärte Amilcar Cabral in einer Rede vor einer Parteiversammlung das Ziel der Erziehungstätigkeit: „Wir können kämpfen und gewinnen, aber mit einem befreiten Land, dessen Volk weder lesen noch schreiben kann, haben wir noch gar nichts erreicht. Das heißt nicht, daß diejenigen, die gebildet sind, wichtiger sind als die anderen; vielmehr muß das Volk insgesamt lesen können. Es muß lesen können, damit es nicht mehr hintergangen werden kann. . . Wir müssen weitermachen, denn nichts kann mehr den Kampf unseres Volkes aufhalten. Aber es gibt noch etwas, was wichtiger ist: Wir werden versuchen, aus jedem Sohn unseres Volkes einen bewußten Menschen zu machen."[17]

Die Forderungen, die die Befreiungsbewegungen an sich selbst gestellt hatten, werden besonders in der Resolution deutlich, die auf dem II. Kongreß der FRELIMO 1968 verabschiedet wurden. Zur Erziehung wurden neun Punkte beschlossen:

a) Die Entwicklung der Grundschulen ist zu beschleunigen.
b) Die Ausbildung von Lehrern für die Grundschulen muß forciert werden, damit sich die Anzahl der Lehrer rasch vergrößert und sich ihr technisches Niveau hebt.
c) Die Alphabetisierungskampagnen unter der Masse des Volkes, unter Männern, Frauen, Alten und Jungen sind zu verstärken.
d) Es müssen Spezialkurse organisiert werden, um das Bildungsniveau der Befreiungskämpfer rasch zu heben
e) Die Mädchen Mozambiques sollen dazu ermutigt werden, wenigstens die Grundschule zu absolvieren.
f) Bei jeder Schule sollen Produktionszentren für die Selbstversorgung geschaffen werden.
g) Den Studenten soll ermöglicht werden, zeitweilig ihre Studien zu unterbrechen, um an den Lern- und Alphabetisierungskampagnen teilzunehmen.
h) Es soll die Aufgabe aller Studierenden Mozambiques sein, immer wenn es notwendig ist, an den verschiedenen Aufgaben des bewaffneten Kampfes für die nationale Befreiung teilzunehmen.
i) Die Entwicklung und Vermehrung von Schulen für die politische Ausbildung ist zu fördern.[18]

Einige Zahlen sollen verdeutlichen, wie die Befreiungsbewegungen ihre Zielvorstellungen realisierten.

Die PAIGC konnte die Klassenfrequenz, die 1965/66 noch bei 69 Schülern lag, in den befreiten Gebieten bis zum Schuljahr 1967/68 auf 33 Schüler senken. Zwischen 1968 und 1970 stieg die Zahl der Lehrer um über 35 Prozent und die Zahl der Schulen um über 17 Prozent. So konnten im Oktober 1972 8574 Schüler Schulen der PAIGC besuchen. Außerdem wurden zahlreiche Stipendien für ausländische Universitäten und technische Schulen vergeben. Darüber hinaus nahmen mehr als 7000 Erwachsene in den kämpfenden Einheiten und Krankenstationen an Alphabetisierungskampagnen und Mathematikkursen teil. Die Gesamtzahl der Schüler stieg bis 1969 auf 15 000. Vor dem Befreiungskampf betrug sie dagegen in ganz Guinea-Bissau nur 2000. Die PAIGC konnte also in nur wenigen Jahren ein Vielfaches der Schulen errichten, die die Portugiesen in 500 Jahren aufbauten.[19]

Vor der Umwälzung in Portugal existierten in den befreiten Gebieten von Angola über 40 Grundschulen, die jährlich von etwa 3000 Schülern besucht wurden. In den Gebieten, die bereits fest in der Hand der MPLA waren, gab es auch mittlere Fortbildungsschulen und in Dolosie (Rep. Kongo) konnte die MPLA eine Oberschule einrichten. In den ersten beiden Jahren findet eine allgemeine Fortbildung und in der zweiten Phase eine spezialisierte Ausbildung in technischen und medizinisch-biologischen Kursen statt. Als weitere Möglichkeit sollen auch sozialwissenschaftliche Kurse eingerichtet werden.[20]

In Mozambique wurde der Aufbau von Grundschulen durch sogenannte „Pilot-Schools" (Leitschulen) forciert, kontrolliert und koordiniert. Auf Grund von Berichten und Erfahrungen wurden hier Lehr- und Unterrichtsmaterialien zusammengestellt, ausgewertet und als Direktiven wieder an die Schulen ausgegeben. Ebenfalls wurden in den „Pilot-Schools" Seminare, Fortbildungskurse und Lehrerprüfungen abgehalten. Bis 1970 konnten 160 Schulen in den befreiten Gebieten von Mozambique errichtet werden. 16 von ihnen übernahmen die Funktion einer „Pilot-School". Außerdem ver-

fügte die FRELIMO seit 1963 durch das Mozambique-Institut[21] über eine weiterführende Schule in Tanzania.[22]

Um diese Erfolge erzielen zu können und um den Aufgaben, die der Dekolonisationsprozeß von der Erziehung forderte, gerecht zu werden, mußte die Erziehung in den befreiten Gebieten sowohl mit neuen Inhalten gefüllt als auch in ihrer formalen Struktur völlig verändert werden. In den Schulen werden darum nicht allein die elementaren Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern auch ein nationales und revolutionäres Bewußtsein vermittelt. So übernehmen die Schulen nicht nur die Funktion von Bildungszentren, sondern bilden gleichzeitig auch Brennpunkte der politischen Agitation. Die Erziehungsabteilung der MPLA drückte das in einem Report so aus: „Erziehung kann nicht als etwas Isoliertes betrachtet werden. Menschen, die an einem revolutionären Prozeß beteiligt sind, müssen notwendigerweise auch eine Erziehung schaffen, die zu jeder Zeit mit dem revolutionären Prozeß und der produktiven Arbeit verbunden ist. Es wäre undenkbar, eine Schule in einer Oase des Friedens zu schaffen, unsere Kinder von der Kriegssituation, die unseren Alltag darstellt, zu isolieren."[23] „Darum wird Erziehung als beides gesehen, als wichtiger Bestandteil des emanzipatorischen Kampfes gegen Imperialismus und Unterentwicklung, und als ein Instrument, das im mehr unmittelbaren Kampf für konkrete materielle Verbesserung der Situation der Menschen benötigt wird."[24] Erziehung hat hier also die Aufgabe, die Bevölkerung für den antikolonialen Kampf der nationalen Befreiung zu mobilisieren und gleichzeitig ein instrumentelles Wissen heranzubilden und die Selbstachtung wieder herzustellen.[25]

Dabei erwies sich das Sprachenproblem als besonders schwierig. In Angola zum Beispiel existieren neben einer Vielzahl kleinerer Dialekte allein acht große Sprachgruppen. Hätte man eine von ihnen als verbindlich für alle ausgewählt, wäre dem Aufkommen von Stammesfehden Vorschub geleistet worden. Ein solcher Schritt hätte zu einem Zeitpunkt, zu dem die portugiesischen Kolonialherren noch im Sinne einer Divide-et-impera-Taktik die einzelnen Stämme gegeneinander ausspielen wollten, den Portugiesen nur in die Hände gearbeitet. Heute wird im ersten Jahr Kreolisch (ein afrikanisches Portugiesisch) gelehrt. Da diese Sprache aber keine Orthographie kennt und nur phonetisch geschrieben wird, geht man im zweiten Jahr zum Portugiesischen über. So muß der Schüler vom Kreolischen zum Portugiesischen oder aber von der lokalen Sprache zum Kreolischen und danach zum Portugiesischen übergehen.[26] Trotz der großen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, entschieden sich die Befreiungsbewegungen gegen die Einführung des Lesens und Schreibens in der lokalen Sprache. Statt dessen propagierten sie das Portugiesisch, die Sprache des Kolonialherren, als Nationalsprache. Dieser Entschluß fiel den Befreiungsbewegungen nicht leicht. Doch die FRELIMO begründet diese Entscheidung so: „. . . Im dialektischen Prozeß der Revolution wurde die portugiesische Sprache – zuvor ein Instrument der Entfremdung – ein Wesenszug der Befreiung; das Messer, das der Kolonialismus versuchte, uns in die Brust zu stoßen, wendet sich nun gegen ihn und wird ihn vernichten."[27] Durch die einheitliche Sprache, die zuvor die Funktion hatte, daß die Kolonisierten sich mit der Kultur und den Interessen ihrer Kolonialherren identifizierten, werden jetzt neue revolutionäre Werte und Inhalte vermittelt. Die gemeinsame Sprache bildet auch die Voraussetzung dazu, daß die drei Befreiungsbewegungen eine Solidarität untereinander entwickeln und einheitliche Strategien erarbeiten konnten.

Das erste Grundschuljahr in den Schulen der PAIGC konzentriert sich auf die Einführung in die portugiesische Sprache. Daneben werden die Kinder in diesem Schuljahr noch in Mathematik, militärischer Unterweisung, künstlerischer Erziehung und Gymnastik unterrichtet. Während im zweiten Schuljahr kein neues Fach hinzukommt, wird im dritten an die Stelle der militärischen eine politische Unterweisung gesetzt. „Gymnastik und Sport" ersetzen Gymnastik und Geographie, Selbstregierung, Selbstdisziplin und Kochen erscheinen als neue Fächer. Im vierten Schuljahr kommt Empirische Wissenschaft als neues Fach hinzu, während Kochen noch durch Nähen ergänzt wird. Im fünften Schuljahr schließlich werden Geographie, Physik und Chemie zu selbständigen Fächern.[28]



Die Männer der Befreiungsarmee nützen jede Marschpause für Schreib- und Leseübungen.

Von besonderer Bedeutung sind auch die Methoden, die in den befreiten Gebieten entwickelt wurden. Hier zeigt sich nämlich, wie die Ansätze *Paulo Freire's* in Afrika fruchtbar werden. Der Unterricht in einer Alphabetisierungsklasse erfolgt in der Regel so: Er beginnt meist mit einer Motivation. So wird den Schülern ein Bild gezeigt, das eine konkrete alltägliche Situation aus dem Befreiungskampf darstellt. Der Lehrer provoziert nun durch gezielte Fragen zu dem Bild eine Diskussion. Seine Hauptaufgabe ist es dann, das Gespräch auf die wesentlichen Punkte zu lenken. Die Diskussion wird von den Schülern selbst getragen und soll zu einer ganz bestimmten Schlußfolgerung führen. Erst wenn diese formuliert ist, werden die einzelnen Worte erklärt und in Silben zerlegt. Durch diese Methode sollen die Schüler Interesse gewinnen, sie werden in den Erkenntnisprozeß integriert. So verlieren vor allem auch die Erwachsenen ihre Hemmungen, da sie in der Diskussion selbst zu Lehrern werden können.[29] Hier werden wichtige Elemente der Pädagogik von *Freire* realisiert. „Der Lehrer ist nicht länger bloß der, der lehrt, sondern einer, der selbst im Dialog mit den Schülern belehrt wird, die ihrerseits, während sie belehrt werden, auch lehren. So werden sie miteinander für einen Prozeß verantwortlich, in dem alle wachsen."[30] Die Befreiungsbewegungen wollen so versuchen, den Schüler-Lehrer-Widerspruch aufzulösen, damit eine Atmosphäre echter Partnerschaft und kollektiver Arbeit entsteht.

Eine weitere wichtige Unterrichtsmethode bildet das Sozio-Drama. Im Spiel werden dabei Erfahrungen möglich, die die Kinder dazu befähigen sollen, sich mit ihrer gesellschaftlichen und politischen Rolle zu identifizieren. Dies ist besonders bei abstrakten Themenbereichen (z.B. beim Thema

„Imperialismus") äußerst schwierig. Zunächst wird für das Sozio-Drama eine Gruppe von Kindern benötigt, die als Chor auftritt. Dieser erklärt die zu spielenden Situationen und erläutert die politischen Schlußfolgerungen, die aus dem Spiel gezogen werden sollen. Daneben gibt es einzelne Akteure, die die verschiedenen Rollen übernehmen. Schließlich wird noch die Person des politischen Instrukteurs benötigt. Dieser bestimmt die einzelnen Teile des Spiels und lenkt die Aufmerksamkeit auf die wesentlichen Ereignisse. Ein solches Sozio-Drama versucht drei verschiedene Elemente zu vereinigen:

1. das notwendige emotionale Element (dies soll dadurch erreicht werden, daß sich das Kind ganz in seine Rolle hineinversetzt);
2. das rationale Element (dies wird durch den Chor gebildet, der den Bezugsrahmen zur Wirklichkeit herstellt) und
3. das politische Element (dies realisiert der Instrukteur oder der Schlußchor, indem er die politischen Grundsätze formuliert, die gelernt werden sollen).[31]

Um eine kontinuierliche Verbindung von Theorie und Praxis auch im organisatorischen Bereich zu gewährleisten, wird ein kollektives Lernen durch gemeinsame Arbeit in der Landwirtschaft angestrebt. Erfahrungen aus anderen afrikanischen Staaten haben den Befreiungsbewegungen nämlich gezeigt, daß die Existenz einer Elite, die während der Kolonialzeit oder direkt nach der Unabhängigkeit besondere Privilegien genoß, verschiedene Probleme schafft. Eine solche Elite entfernte sich nicht selten von der Basis und vergaß die fundamentalen Bedürfnisse des Volkes. Um die Gefahr der Heranbildung einer nationalen Bourgeoisie zu verringern, versuchen die Befreiungsbewegungen durch eine gemeinsame Produktion die Verankerung der Schüler in der Bevölkerung zu festigen. So gibt es in allen Schulen, Lagern und Dörfern Kollektivarbeit, die Erwachsene und Kinder, Militärs und Zivilisten verbindet und ihnen ihr gegenseitiges Aufeinanderangewiesensein verdeutlicht.[32]

In diesem Sinne soll die Schule als Lehr-, Lern- und Produktionseinheit arbeiten, wobei das Lehrpersonal in diesen Prozeß voll integriert ist. Diese Vorstellungen zielen darauf ab, „Ausbildungssektor und Produktionssektor miteinander zu verbinden, um den Tendenzen der Trennung von Kopf- und Handarbeit entgegenzuwirken".[33] In diesem Praxiszusammenhang ist auch die paramilitärische Ausbildung nur zu verstehen. Der Schulunterricht wurde häufig durch portugiesische Luftangriffe stark gestört. Im Schulalltag wurden die Schüler so immer wieder mit den brutalen Methoden der Kolonialherren konfrontiert. Der militärische Unterricht baute auf diesen ganz konkreten Erfahrungen auf. Die Schule eines 14 Jahre alten Jungen in Guinea-Bissau wurde durch einen Bombenangriff der Portugiesen zerstört. Auf die Frage, warum die Portugiesen versuchten, die Schule der PAIGC zu bombardieren und abzubrennen, antwortete er: „Früher waren wir unter den Portugiesen. Aber jetzt sind wir weg von ihnen, um für uns selbst zu sorgen. Darum können sie uns nicht mehr zwingen, daß wir für sie Straßen und solche Sachen bauen. Darum sind sie ziemlich sauer auf uns und werfen Bomben auf uns."[34]

Ein besonderes organisatorisches Experiment bildet die „Pilot-School" der PAIGC in Conacry. Ein Leitungskomitee, das aus sechs Schülern (drei Mädchen, drei Jungen) besteht, ist das höchste Organ der Schule. Es fällt alle Entscheidungen über die Verwaltung und den Ablauf des Internatslebens. Die Lehrer der Schule und ein Vertreter der Partei beraten und kontrollieren das Komitee. Daneben existiert eine Kontrollgruppe. Diese besteht aus zwei Mädchen und zwei Jungen. Ihre Aufgabe liegt darin, das gesamte Internatsleben zu koordinieren und zu kontrollieren. Die Schule sieht in der offenen Diskussion die beste Erziehungsmethode. Darum werden Strafen irgendwelcher Art nur in Ausnahmefällen angewandt. Man bemüht sich vielmehr, alle Probleme durch die gemeinsame Diskussion zu lösen. Dadurch sollen die Schüler die Fähigkeit und Bereitschaft zur offenen Diskussion, zum Austausch von Meinungen und Ideen und zur Kritik und Selbstkritik erlangen.[35] Politische Erziehung findet also nicht allein in den Fächern militärische und politische Unterweisung statt. Vielmehr beinhaltet die Art der studentischen Partizipation an der Leitung der Schule politisches Lernen. Hier wird praktische Demokratie geübt und echte Alternative zur autoritären Praxis der kolonialen Erziehung erlebt. So werden die Schüler nicht allein durch die Ermöglichung theoretischer Einsichten, sondern auch durch die täglichen Erfahrungen, die sie in einem revolutionären und demokratischen Prozeß sammeln, politisiert.[36]

Jeder Lehrinhalt soll stets aus der Verbindung mit dem konkret erlebten Alltag der Schüler erklärt werden. Dieser Grundsatz prägt auch die Unterrichtsschulbücher. In einem der letzten Bände des von der MPLA entwickelten Handbuches, das vorwiegend in der Erwachsenenbildung eingesetzt wird, wird der Buchstabe „X" erklärt. Dieser Buchstabe ist im Portugiesischen recht kompliziert, da er seine Funktion verändert, je nachdem wie er ausgesprochen wird und in welchem Zusammenhang er steht. Er wird anschaulich mit dem Imperialismus verglichen:

„Das X ist wie der Imperialismus. Der Imperialismus versteckt sich immer vor den Augen der Völker und hat viele verschiedene Gesichter. Manchmal ist er der Kolonialismus, dann verändert er sein Aussehen und erscheint als Neokolonialismus. Der Neokolonialismus ist eine sehr schlaue Art, die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu betrügen. Das X ändert auch sehr oft sein Aussehen. Es ist wie ein Chamäleon. Manchmal wird es wie ‚sh' gelesen, manchmal wie ‚ks', dann wieder wie ‚ss' und schließlich wie ‚eis'. Aber den Völkern gelingt es immer, den Imperialismus zu entdecken und ihn zu besiegen, indem sie sehr lange kämpfen. Auch uns wird es, wenn wir immer aufpassen und lange lernen, gelingen, die Aussprache des X immer zu entdecken."[37]

So sollen sie beim Lesenlernen gleichzeitig Anstöße zur Bewußtseinsbildung und -veränderung erhalten. Der Wunsch, Lesen und Schreiben zu lernen und das politische Emanzipationsbedürfnis werden auf diese Weise eng miteinander verknüpft und haben eine interdependente Beziehung. Das kulturelle Erfolgserlebnis legt politische Energie für den Befreiungskampf frei. Gleichzeitig bildet die politische Relevanz, das heißt das Ziel der Befreiung, eine Antriebskraft zur Überwindung der Schwierigkeiten bei der Alphabetisierung. Die Parallelen zu Freire werden hier ganz deutlich. „Ich lerne lesen und schreiben, um mich zu befreien. Ich befreie mich im Prozeß des Lesen- und Schreibenlernens, jedenfalls mache ich so die ersten Schritte in die Freiheit."[38]

Jegliche pädagogische Bemühungen müssen auf diese Weise von der gegenwärtigen Situation ausgehen und die Bedürfnisse des Volkes reflektieren. „Indem man bestimmte grundlegende Widersprüche aufgreift, muß man diese existentielle, konkrete und aktuelle Situation dem Volk als Problem darstellen, das herausfordert und eine Antwort verlangt, nicht bloß auf der intellektuellen Ebene, sondern auf der Ebene

des Handelns."[39] Das Ziel eines solchen didaktischen Konzepts ist darum nicht allein das Erlernen der Elementartechnik, sondern die Fähigkeit und Bereitschaft, das eigene Leben und die eigene Geschichte aktiv zu verändern. In der konkreten Situation forderte dieses Ziel die Bereitschaft zum Befreiungskampf und impliziert heute den Einsatz für den nationalen Wiederaufbau.

Künftige Aufgaben

Im Aufbau und bei der Einübung wirklicher demokratischer Strukturen hat die PAIGC stets Entwicklungen entgegengewirkt, die eine spätere neokoloniale Abhängigkeit begünstigen könnten. Sie hat nicht zuletzt durch ihre pädagogische Praxis das Volk von Guinea-Bissau befähigt, Macht auszuüben. Sie hat das Volk so zu Unabhängigkeit und Freiheit geführt. Diese errungenen Ziele wird das Volk auf Grund seines Bewußtseins mit Sicherheit gegen Aggressionen von außen und Versuche von innen, die Herrschaft des Imperialismus mit Hilfe des Neokolonialismus wiederherzustellen, verteidigen.[40] Demokratie und politische Stabilität bilden heute erreichte Ziele des Befreiungskampfes, die es durch einen qualitativen und quantitativen Ausbau des Erziehungswesens abzusichern gilt. Bei diesem Prozeß will man verstärkt auf die Erfahrungen mit den Internaten aufbauen und diese weiterentwickeln. Auch das Prinzip der Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit soll weiter ausgebaut werden, so daß es neben der traditionellen landwirtschaftlichen Produktion auch Viehzucht und Fischerei und in den Städten auch handwerkliche Betriebe wie Möbelwerkstätten und Webereien mit einbezieht. Besonders konzentriert man sich zur Zeit auf eine Dezentralisation der Erziehungszentren.[41]

von der ausländischen Herrschaft zu befreien, sondern auch um unsere mozambiquanische Persönlichkeit wiederzuerringen, unsere Kultur erneut aufzubauen, eine neue Mentalität, eine neue Gesellschaft zu schaffen. Das vorrangige Ziel unserer Erziehung wird sein, einen energischen Krieg gegen Analphabetentum zu führen, das ein Produkt des Kolonialismus ist und noch heute die überwältigende Mehrheit unseres Volkes betrifft. Dies Bemühen muß sich vor allem auf die ländlichen Gebiete konzentrieren, wo praktisch keine Schulen existieren . . . Sie (die Schulen, d. Verf.) müssen die Stätten sein, die die kolonial-kapitalistische Mentalität beseitigen und die negativen Aspekte der traditionellen Mentalität: Aberglaube, Individualismus, Selbstsucht, Elitedenken und Ehrgeiz müssen bekämpft werden. Die Schulen dürfen kein Ort der sozialen, rassischen oder geschlechtlichen Diskriminierung sein. Vor allem müssen die Massen sowohl Zugang als auch Macht in den Schulen, Universitäten, im gesamten kulturellen Bereich haben. Wir sind einer Revolution verpflichtet, deren Erfolg von der Schaffung eines neuen Menschen mit einer neuen Mentalität abhängt. Wir sind einer Revolution verpflichtet, die auf die Errichtung der volksdemokratischen Macht abzielt. Deswegen müssen wir in den Schulen kollektive Arbeit einführen und eine offene Atmosphäre der Kritik und Selbstkritik schaffen."[44] Für den nationalen Wiederaufbau „ist es notwendig, die Unterrichtsmethoden zu demokratisieren. Schüler und Ausbilder müssen eine verantwortliche Rolle bei der Schaffung eines neuen Schultyps übernehmen, in dem der handwerklichen Arbeit der gebührende Stellenwert wie jeder anderen Wissenschaft, die eng mit der Praxis verbunden ist, eingeräumt wird. Aus der Praxis gewinnen diese anderen Wissenschaften ihre Anre-



Aus einem Schulbuch der MPLA in Angola

Widersprüchlich zeigt sich – selbst nach der Erlangung der Unabhängigkeit am 25. Juni 1975[42] die Situation in Mozambique. Hier wird die FRELIMO gezwungen sein, einerseits die bestehenden Exportstrukturen zunächst beizubehalten, andererseits aber zur Versorgung der eigenen Bevölkerung neue landwirtschaftliche Güter anzubauen. So wird die Phase der Verstaatlichung und Bürokratisierung der FRELIMO äußerst uneinheitlich und deswegen sehr verletzlich verlaufen.[43]

Welche wichtige Funktion gerade einer solchen verletzlichen Situation die Erziehung spielt, erklärte der FRELIMO-Präsident *Samoa Machel* in einer Botschaft anläßlich der Einsetzung der Übergangsregierung: „Das Blut unseres Volkes wurde nicht nur vergossen, um unser Land

gungen, und sie dienen dem Volk."[45] Das dies nicht nur hohle Worte und leere Versprechungen der FRELIMO sind, zeigt die Tatsache, daß der für das Erziehungsprogramm vorgesehene Betrag der größte im Haushaltsbudget des Jahres 1975 ist.[46]

Völlig unübersichtlich ist die Lage in Angola. Hier muß sich die MPLA, die den größten Teil des Volkes hinter sich hat, gegen Angriffe anderer sogenannter Befreiungsorganisationen, der UNITA[47] und der FNLA[48], verteidigen, die über finanzielle Unterstützung vom CIA, dem Kongo und zeitweise auch von VR-China und somit über einen ausgebauten Militärapparat verfügen. In der letzten Zeit kam es darum zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen.[49] Ein neu-

es Projekt der MPLA ist zur Zeit die *„Operacao Musseques"* (Aktion Musseques). Musseques ist die Gesamtheit der afrikanischen Elendsviertel im Umkreis von Luanda. Hier leben etwa 600 000 Afrikaner in notdürftigen Unterkünften. Sie sind mangelhaft ernährt und von jeglicher ärztlicher Versorgung fast völlig ausgeschlossen. Auf 27 000 Slumbewohner kommen hier durchschnittluch nur zwei Wasserstellen; Kanalisation und Elektrizität sind kaum vorhanden. In diesem Gebiet will die Aktion der MPLA sich insbesondere auf Probleme der Erziehung, des Gesundheitswesens und den sozialen Sektors konzentrieren. So sind Desinfektionskampagnen, Impfaktionen und die Errichtung von ambulanten Sanitätsstationen geplant. Im Rahmen der Bildungsarbeit soll eine große, allgemeine Alühabetisierungskampagne durchgeführt werden. Um diese Arbeit realisieren zu können, sind die Einrichtung von kleinen Schulposten, die Ausrüstung dieser Posten mit Schreibmaterialien, Installation von kleinen Kantinen zur Milchausteilung an die Kinder im schulpflichtigen Alter und kleine Druckereien zur Herstellung von Alphabetisierungslehrbüchern und Schulbüchern geplant.[50] Diese Arbeit wird aber durch die Angriffe der UNITA und FNLA ständig gestört und somit erheblich erschwert.
So wurden z.B. auch Studenten der MPLA, die auf dem Lande Alphabetisierungskampagnen durchführen wollten, behindert oder sogar verhaftet.[51] Wieweit es der MPLA unter diesen schwierigen Umständen gelingt, nicht zuletzt auch durch ihre Erziheungsarbeit einerseits eine Entwicklung zum Neo-Kolonialismus zu verhindern, andererseits auch einen nationalen Wiederaufbau, der das gesamte angolesische Volk umfaßt, zu verwirklichen, bleibt abzuwarten.

Anmerkungen:

1) National Reconstruction: Education; in: Mozambique Revolution, Nr. 40, September 1969.
2) Zitiert nach: Eduardo de Sousa Ferreira, in: UNESCO-Kurier, Nr. 11/1973, 14. Jg., S. 25.
3) Vgl. Eduardo de Sousa Ferreira, Portuguese Colonialism in Africa: the end of an era, UNESCO, Paris 1974, S. 105.
4) Vgl. Eduardo de Sousa Ferreira, UNESCO-Kurier, a.a.O., S.25
5) Vgl.: Projektgruppe „Angola-Sonntag" (Hrsg.), Angola – Informationen und Modelle, Lehr- und Info-Heft, Arnoldshain, o.J., S. 26.
6) Die Kinder traten nach dem dreijährigen Vorbereitungskurs in die dritte Grundschulklasse ein.
7) Vgl.: Eduardo de Sousa Ferreira, UNESCO-Kurier, a.a.O., S. 26 f.; Eduardo de Sousa Ferreira, Portuguese Colonialism in Africa . . . , a.a.O., S. 45 ff.; Der Aufbau des Erziehungswesens in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, in: Afrika kämpft, Nr. 2, August 1972, S. 14 f.; Projektgruppe „Angola-Sonntag, a.a.O., S. 26; Eugenio A. Lisboa, Education in Angola and Mozambique, in: Brian Rose (Ed.), Education in Southern Africa. London/Johannesburg 1970, S. 264 ff. (dieser Aufsatz ignoriert aber völlig die Existenz von befreiten Gebieten und die dortige Erziehungstätigkeit).
8) Vgl.: Projektgruppe „Angola-Sonntag", a.a.O., S. 26; Eduardo de Sousa Ferreira, UNESCO-Kurier, a.a.O., S. 32.
9) Vgl.: Interview einer Delegation der Amilcar-Cabral-Gesellschaft mit Jose Faustino, Minister der PAIGC für Schulwesen und Kultur in der Übergangsregierung auf den Kapverden, in: Kurzinformation der Amilcar Cabral Gesellschaft zur Sammlung für eine Lehrerbildungsanstalt auf den Kapverden, o.O., o. J., hektographiertes Papier, S. 2.
10) Vgl.: Peter Sidelmann, Education – A Strategie Element in the Angolian Liberation Struggle. World University Service, Copenhagen 1974, Paper, übersetzt aus dem Dänischen von Inge Kaulberg, S. 6 f.
11) Vgl.: Peter Sidelmann, a.a.O., S. 1.
12) PAIGC, Partido Africano da Independencia de Guine e do Cabo Verde, Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und den Kapverdischen Inseln.
13) FRELIMO, Frente da Libertacao de Mocambique. Front zur Befreiung von Mozambique.
14) MPLA, Movimento Popular da Libertacao de Angola, Volksbewegung für die Befreiung von Angola.
16) Vgl.: FRELIMO-Resolution zum nationalen Wiederaufbau, in: Barbara Schilling/Karl Unger (Hrsg.), Angola-Guinea-Mocambique, Frankfurt/M. 1971, S. 133 ff.; Mocambique: Ökonomische Probleme der befreiten Gebiete in: Barbara Schilling/Karl Unger (Hrsg.), a.a.O., S. 128 ff.; Medizinische Versorgung in den Guerilla-Gebieten Angolas, in Barbara Schilling/Karl Unger (Hrsg.), a.a.O., S. 95 ff.; Lars Rudebeck, a.a.O., S. 175 ff.; AKAFRIK-Report, a.a.O., Afrika-Komitee, Ein Volk in Bewegung . . . , a.a.O.
17) Amilcar Cabral, zitiert nach: Chaliand, Gerard, Bewaffneter Kampf in Afrika, München o.J., S. 44.
18) Aus der Resolution des II. Kongresses der FRELIMO, in: Barbara Schilling/Karl Unger (Hrsg.), a.a.O., S. 134 f.
19) Vgl.: Afrika-Komitee, Ein Volk in Bewegung . . . , a.a.O., S. 102; Adalbert Krims, Portugal im Rückzug, In: AKAFRIK-Report, a.a.O., S. 22.
20) Vgl.: Das X ist wie der Imperialismus, in: Revolutionäres Afrika 1/74, S. 26; Afrika-Komitee. Der Aufbau des Erziehungswesens in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, in: Afrika kämpft, Nr. 2, August 1972, S. 17 f.
21) Das Mozambique-Institut war ursprünglich eine Schulgründung von Flüchtlingen aus Mozambique. Inzwischen hat sie die Funktion einer Hilfsorganisation der FRELIMO eingenommen. Das Institut erarbeitet heute u.a. Lehrprogramme für die Schulen und unterhält einen eigenen Schulbuchverlag.
22) Vgl.: Das X ist wie der Imperialismus, a.a.O., S. 26.
23) Report der MPLA-Erziehungsabteilung DEC, zitiert nach: Peter Sidelmann, a.a.O., S. 5, nach eigener Übersetzung.
24) Lars Ludebeck, a.a.O., S. 202, nach eigener Übersetzung.
25) Vgl.: ebenda.
26) Vgl.: Afrika-Komitee, Ein Volk in Bewegung . . . a.a.O., S. 99 f.
27) Mozambique Revolution, Nr. 49, Oktober/Dezember 1971, zitiert nach: Afrika-Komitee, Der Aufbau des Erziehungswesens in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, a.a.O., S. 16.
28) Vgl.: Lars Rudebeck, a.a.O., S. 216; Das X ist wie der Imperialismus, a.a.O., S. 26; Afrika-Komitee, Der Aufbau . . . a.a.O., S. 16.
29) Vgl.: Afrika-Komitee, Der Aufbau . . . , a.a.O..
30) Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 65.
31) Vgl.: Afrika-Komitee, Der Aufbau . . . , a.a.O., S. 18 f.
32) Vgl.: Peter Sidelmann, a.a.O., S. 4 f.
33) Vgl.: Kurzinformation der Amilcar Cabral Gesellschaft, a.a.O., S. 3.
34) Lars Rudebeck, a.a.O., S. 202, nach eigener Übersetzung.
35) Vgl.: Afrika-Komitee, Der Aufbau . . . , a.a.O..
36) Vgl.: Lars Rudebeck, a.a.O., S. 217.
37) Das X ist wie der Imperialismus, a.a.O., S. 27.
38) Ernst Lange, Einführung zu: Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 16.
39) Paulo Freire, a.a.O., S. 79.
40) Vgl.: ISSA, Länderbericht Guinea-Bissao, a.a.O.: Hans-Martin Große-Oetringhaus, Bericht über das Erziehungssystem in den befreiten Gebieten von Guinea-Bissau, in: Ästhetik und Kommunikation, 5. Jg., H. 15/16 Juni 1974.
41) Vgl.: Kurzinformation der Amilcar Cabral Gesellschaft . . . a.a.O., S. 6; Schlußresolution der zweiten nationalen Volksversammlung der Republik Guinea-Bissao, vorgetragen von Mario Cabral, Bissao, den 6. März 1975.
42) Vgl.: Volksrepublik Mozambique ausgerufen, in: Frankfurter Rundschau (FR) vom 26. Juni 1975; Paul M. Schuhmacher, Bunte Fahnen wehen im neuen Mozambique, in: FR vom 24.6.1975; Gerd Meuer, In strömendem Regen wird Portugals Fahne eingeholt, in: FR vom 26. Juni 1975.
43) Vgl.: ISSA, Länderbericht Mosambique, a.a.O.
44) Samora Machel, The Task of National Reconstruction in Mozambique, in: Objektive Justice, 7. Folge, Nr. 1, Januar/Februar/März 1975, nach einer Übersetzung in: Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 6/1975, S. 14 f.
45) Ebenda, S. 15.
46) Vgl.: Organisationskomitee „Freiheit für Angola, Guinea-Bissau & Mozambique", Gruppenrundbrief Nr. 21. Juni 1975, S. 25.
47) UNITA, Uniao Nacional para a Independencia Total de Angola, Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas.
48) FNLA, Frente National de Libertacao de Angola, Nationale Front zur Befreiung Angolas.
49) Zur neueren Entwicklung in Angola: ISSA, Länderbericht Angola, a.a.O.; ISSA-Informationsdienst 12/74-2/75, S. 10 ff.; Berliner Extra-Dienst 21. Januar 1975; 23. Mai 1975; Blätter des iz3w Nr. 26/27, Juni/Juli 1974, Nr. 41/42, Januar/Februar 1975; Nr. 43/44, März/April 1975; Frankfurter Rundschau vom 13. Januar 1975, 22. Januar 1975; 31. Januar 1975; 4. Februar 1975; 17. Mai 1975; 10. Juni 1975; 25. Juni 1975; 23. Juni 1975; 14. Juli 1975; 15. Juli 1975; 16. Juli 1975; 19. Juli 1975; Süddeutsche Zeitung vom 10. Januar 1975; 13. Januar 1975; 14. Januar 1975; 16. Januar 1975; 17. Januar 1975; 28. Januar 1975; 31. Januar 1975; 1./2. Februar 1975; 5. Februar 1975; 6. Februar 1975; 25. März 1975; 29. März 1975; 1. April 1975; 11. April 1975.
50) Vgl. Blätter des iz3w, Nr. 41/42, S. 70 ff.; Nr. 43/44, S. 76.
51) Peter Wilke, Reisebericht aus Angola, in: Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 6/1975, S. 19.

Sozialismus und Kapitalismus in der Dritten Welt

von Julius Nyerere

Die im folgenden abgedruckte Rede hielt Julius Nyerere, Präsident von Tansania, im Jahre 1974 im Sudan.

Wie der Titel zeigt, handelt es sich um eine Grundsatzrede zur Frage der Wahl der Gesellschaftsordnung in den Ländern der Dritten Welt. Diese Rede wird dem belesenen Imperialismustheoretiker wenig Neues bringen; sie sagt auch nichts aus über die Erfolge und Schwierigkeiten des tansanischen Versuchs, einen sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen. Nyerere wendet sich auf einer sehr allgemeinen und grundsätzlichen Ebene der Frage zu, wie sich Kapitalismus und Sozialismus zur Erreichung bestimmter Entwicklungsziele eignen. Die einfache Sprache und die klare Gedankenführung der Rede ist unseren Erachtens nach jedoch sehr gut geeignet, Personen, die sich noch nicht sehr intensiv mit Fragen der Dritten Welt beschäftigt haben, eine Anzahl grundlegender Einsichten zu vermitteln. red.

Vier Voraussetzungen

Mein Thema ist die Untersuchung der alternativen ökonomischen und politischen Systeme, die den Ländern der Dritten Welt offenstehen. Um diese Diskussion in einem vernünftigen Rahmen zu halten, müssen gewisse Annahmen vorausgeschickt werden. Es ist wichtig, daß diese Annahmen geklärt werden, bevor ich beginne; wenn sie nicht geteilt werden, ist vieles von dem, was ich sagen werde, belanglos. Glücklicherweise sind meine Annahmen nicht sehr umstritten – zumindest nicht in Afrika.

1. Meine erste Annahme ist, daß jede Diskussion über die angemessene ökonomische und soziale Organisation innerhalb des einzelnen Nationalstaates geführt werden und die Entscheidung ausschließlich von der Bevölkerung der Nation getroffen werden muß. Deshalb ist es das tansanische Volk als Ganzes oder das sudanesische Volk als Ganzes, das den Weg für sein Land bestimmen wird.

2. Zweitens gehe ich davon aus, daß alle Völker der Dritten Welt wünschen, sich selbst zu regieren, und wollen, daß ihr Land vollständig und unabhängig von ausländischer Kontrolle ist. Dies schließt weder die Möglichkeit von politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Ländern, noch einen möglichen freiwilligen Zusammenschluß von souveränen Staaten aus, unter der Voraussetzung, daß man sich nach Diskussionen, die auf der Gleichheit aller Teilnehmer basieren, darauf einigt.

3. Drittens gehe ich davon aus, daß für jeden Menschen in der Dritten Welt das gegenwärtige Ausmaß an Armut und der allgemeine Mangel an ökonomischer Entwicklung vollständig unannehmbar sind. Wir müssen unsere Produktion von Gütern vergrößern, so daß wir das Niveau unseres kollektiven und individuellen Verbrauchs erhöhen können.

4. Meine vierte und letzte Annahme ist, daß unsere Unabhängigkeitskämpfe nationale Kämpfe waren, die die Rechte aller Einwohner betrafen. Unser Ziel war es nicht, unsere fremden Herrscher durch einheimische privilegierte Gruppen zu ersetzen, sondern Gesellschaften zu schaffen, die menschliche Würde und Selbstachtung für alle sichern. Dies ist verbunden damit, daß jedes Individuum das Recht auf höchstmögliche ökonomische und politische Freiheit hat, soweit dies mit der gleichen Freiheit für alle anderen vereinbar ist; und daß weder Wohlstand unter den Bedingungen der Sklaverei noch die Notwendigkeit, sich seinen Lebensunterhalt zu erbetteln, annehmbare menschliche Bedingungen sind.

Ich habe gesagt, daß diese Annahmen innerhalb Afrikas nicht sehr umstritten sind. Ebenso wahr ist es, daß sie nicht die gegenwärtige Situation darstellen. Sie stellen eher Ziele dar als Tatsachen. Dies wird offensichtlich bei der Untersuchung der internationalen Angelegenheiten oder bei einem noch so kurzen Besuch in irgendeinem unserer ländlichen Gebiete – oder sogar beim Besuch jener städtischen Gebiete, in denen unsere ungelernten Arbeiter wohnen.

Da nun die dargestellten Annahmen auch eine Liste unserer grundsätzlichen Ziele sind, müssen sie die Basis für unsere politische Entscheidung sein. Wenn eine Politik dem Erreichen dieser Bedingungen entgegensteht, dann muß ihre Annehmbarkeit in Frage gestellt werden. Um so mehr muß ein soziales und politisches System abgelehnt werden, wenn es unvereinbar mit diesen Zielen ist.

Die Entscheidung

In der modernen Welt gibt es zwei grundlegende Systeme der ökonomischen und sozialen Organisation – Kapitalismus und Sozialismus. Es gibt Variationen innerhalb dieser groben Klassifikation, wie Wohlfahrtskapitalismus und humanitärer Sozialismus, aber die allgemeine Unterscheidung zwischen den beiden Systemen bleibt, und unsere erste Entscheidung muß zwischen ihnen getroffen werden.

Reste des Feudalismus und von primitiven Stammesgesellschaften bestehen natürlich noch in der Welt, aber keines dieser Systeme ist überlebensfähig, wenn es von der organisierten Technologie des 20. Jahrhunderts herausgefordert wird. Manchmal, wie in Japan, beeinflussen diese alten Systeme die Organisation des Kapitalismus für eine Weile, aber die Einflüsse sind der Logik der modernen Organisation unterworfen und werden allmählich vollständig ausgelöscht. Denn letzten Endes wird alles, was den Profit des einzelnen kapitalistischen Unternehmers vermindert, von dem Unternehmen

fallengelassen und alles, was der Effizienz des kapitalistischen Systems entgegensteht, wird vernichtet.

Primitive Stammesgesellschaften sind ebenfalls zum Verschwinden verurteilt. In dem Augenblick, in dem der erste Emailletopf oder das erste fabrikgewebte Tuch in eine sich selbst erhaltende kommunale Gesellschaft importiert wird, erhält diese Gesellschaft den Todesstoß. Danach ist alles nur noch eine Frage der Zeit, und es ist die Frage, ob die Mitglieder der Gemeinschaft Teilnehmer oder Opfer in der neuen ökonomischen Ordnung sein werden.
So liegt die Entscheidung für neue Nationen tatsächlich zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Es ist keine vollständig freie Wahl, denn wir haben alle bestimmte Handelsstrukturen geerbt und sind in größerem oder kleinerem Ausmaß durch das Wertsystem unserer Kolonialherren indoktriniert worden. Darüber hinaus betrachten die Großmächte uns weiterhin als zugehörig zu der Einflußzone der einen oder anderen von ihnen – die gewöhnlich ihren Unmut zeigt, wenn wir es ablehnen, mit den erwarteten Verhaltensmustern übereinzustimmen. Aber letztlich: Wenn wir uns dazu entschliessen, und wenn wir bereit sind, unsere jüngste Vergangenheit und die Schwierigkeiten, die andere uns in den Weg legen, zu überwinden, können wir uns schließlich in Richtung auf den Aufbau des einen oder des anderen Systems bewegen.

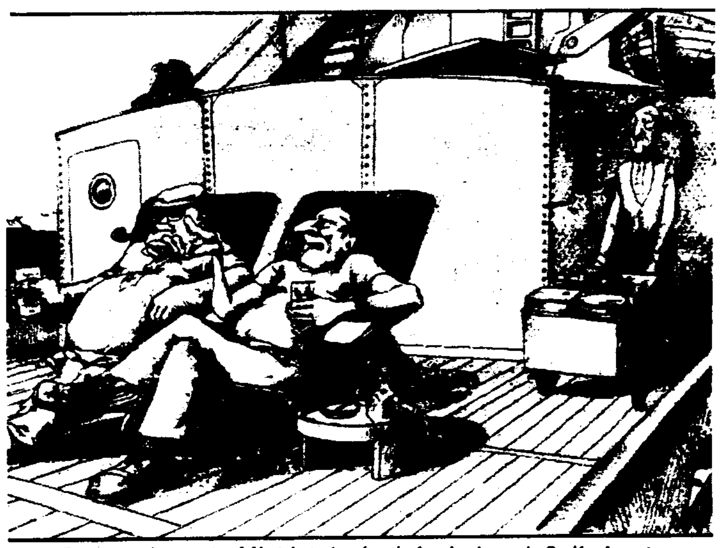
Nach diesen Ausführungen gehe ich jetzt dazu über, zu argumentieren, warum es keine wirkliche Wahl gibt. In der Praxis können die Nationen der Dritten Welt nicht entwickelte kapitalistische Gesellschaften werden, ohne ihre wirkliche Freiheit aufzugeben und ohne ein Ausmaß an Ungleichheit zwischen ihren Bürgern zu akzeptieren, das die moralische Gültigkeit unseres Unabhängigkeitskampfes verleugnen würde. Ich werde ausführen, daß unsere augenblickliche Armut und nationale Schwäche den Sozialismus zur einzigen rationalen Entscheidung für uns machen.

Kapitalismus und Unabhängigkeit
Unter einem kapitalistischen System ist der Zweck der Produktion und Verteilung der Profit für jene, die die Mittel der Produktion und des Austausches besitzen. Der Bedarf an Gütern ist dem Profit bei derProduktion dieser Güter untergeordnet. Daher ist der Eigentümer der Maschinen und Ausrüstungen, die in der Produktion gebraucht werden, derjenige, der bestimmt, ob überhaupt produziert und was und wieviel produziert wird. Die Menschen, die die Waren brauchen, die produziert werden könnten, werden in keiner Weise an diesen Entscheidungen beteiligt. Unter dem Kapitalismus ist das Geld König. Wer Besitz hat, hat auch Macht. Er hat Macht über alle Arbeiter, die er anstellen kann oder nicht, und Macht über die Regierungen die er lähmen kann durch die Einstellung der Produktion von lebenswichtigen Gütern – oder sabotieren kann durch die Handhabung von Menschen und Maschinen.

Dies ist stets das Wesen des Kapitalismus gewesen. Aber es gibt eine weitere wichtige Tatsache in diesen Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, nämlich, daß die Macht jetzt in sehr wenigen Händen konzentriert ist. Während nämlich vor einhundert Jahren ein ganz kleiner Geldbetrag genügte, um ein Unternehmen zu errichten, schließt die moderne Technologie dies heute in allen wichtigen Produktionsbereichen aus. So konnte zum Beispiel Henry Ford seine Autoherstellung in einem Reparaturladen für Fahrräder beginnen und seine Kapazität nach und nach ausbauen. Aber jetzt in den 1970ern muß jeder, der sich entschließt, mit der Autoproduktion zu beginnen, vorbereitet sein, viele hundert Millionen Dollar zu investieren, bevor das erste Fahrzeug vom Fließband rollt. Massenproduktionstechniken machen kleine Einheiten unwirtschaftlich. Sie gehen bankrott in dem Versuch, mit den Riesen zu konkurrieren, oder sie verkaufen sich an ein größeres Unternehmen. Deshalb haben wir an der Stelle einer großen Zahl von kleinen Kapitalisten eine sehr kleine Zahl von großen Kapitalisten. Es gibt „kleine Leute", aber sie stellen nur einen unbedeutenden Anteil am gesamten produzierten Reichtum und beschränken sich gewöhnlich auf Luxusartikel.

Diese Entwicklung ist Teil der Dynamik des Kapitalismus – denn der Kapitalismus ist sehr dynamisch. Es ist ein kämpfendes System. Jedes kapitalistische Unternehmen überlebt durch die erfolgreiche Bekämpfung anderer kapitalistischer Unternehmen. Und das kapitalistische System insgesamt überlebt durch Expansion, d.h. durch Ausdehnung seines Handlungsraumes und durch Auslöschen aller schwächeren Gesellschaftssysteme.

Bedenken Sie, was dies für die neuen Nationen der Dritten Welt bedeutet. Gemäß der kapitalistischen Theorie würden – wenn wir den Kapitalismus wählten – unsere Bürger frei sein, kapitalistische Unternehmen zu errichten, und diese afrikanischen Kapitalisten würden konkurrieren – d.h. würden kämpfen – mit allen anderen kapitalistischen Unternehmen, einschließlich der ausländischen. In der Praxis stellen sich allerdings sofort zwei Fragen.
Erstens, wo gibt es in unserem Land jene Bürger, die genügend Kapital haben, um moderne Industrien zu errichten, und *zweitens,* wie würden unsere jungen Industrien gegen die anderen kapitalistischen Unternehmen kämpfen?


„Der verdammte Mist ist doch einfach der, daß die Leute glauben, wir leben von ihrem Geld."

Ich glaube, daß die Antwort auf diese Fragen in allen Ländern der Dritten Welt klar sind. Denn Tansania ist keine Ausnahme, wenn es in seinen Grenzen die Art von Reichtum nicht hat, die notwendig ist, um moderne industrielle Einheiten zu errichten. Die allgemeine Regel ist, daß kein Individuum aus irgendeiner unserer Nationen die Kapazität hat, auch nur eine große, moderne Textilfabrik zu errichten, noch weniger eine Diamantenmine aufzubauen oder ein großangelegtes Handelsunternehmen zu unterhalten. Ein solcher Geldbetrag und ein solches Wissen existieren einfach nicht. Sicherlich ist das Höchste, was Tansanier tun könnten, die Errichtung von kleinen Werkstätten, die entweder importierte Einzelteile zusammensetzen oder die die einfache Verarbeitung von einheimischen Rohprodukten betreiben. Unsere

Bürger können kleine Einzelhandelsgeschäfte aufbauen; Großhandel auf irgendeiner ökonomischen Stufe verlangt wahrscheinlich mehr Mittel, als sie haben. Als Großbritannien Ende des 18. Jahrhunderts seine industrielle Revolution erlebte, genügte wenig Kapital. Heute genügt das nicht! Wie könnten diese kleinen tansanischen Kapitalisten mit I.C.I., Ford, Hoechst und den anderen multinationalen Gesellschaften konkurrieren? Die Antwort ist einfach: sie könnten es nicht! Das beste, was sie schaffen könnten, wäre es, Agenten dieser internationalen Konzerne zu werden. Und das würde keinen Fortschritt im Kampf gegen unsere Unterentwicklung bringen, denn das Ergebnis würden nicht moderne Fabriken sein, die lebensnotwendige Güter produzieren, sondern lokale Agenten, die jene Dinge – und nur jene Dinge – importieren und weiterverarbeiten würden, die sowohl für sie als auch für das überseeische Unternehmen profitabel wären.

Nicht nur vorübergehend

In der Tat würde der Kapitalismus in der Dritten Welt keine andere Wahl haben, als ein sehr viel kleinerer Partner des ausländischen Kapitalismus zu werden. Andernfalls würde der Kapitalismus der Dritten Welt bei der Geburt erstickt werden. Man kann den Kapitalismus in unseren Ländern nicht ohne ausländische Kapitalisten, deren Geld und deren Managementerfahrung entwickeln. Diese ausländischen Kapitalisten werden in Ländern der Dritten Welt nur investieren, wenn – und in dem Ausmaß wie – sie überzeugt sind, daß dies für sie profitabler wäre, als irgendeine andere Investition. Entwicklung durch Kapitalismus bedeutet also, daß wir Nationen der Dritten Welt die Bedingungen erfüllen müssen, die von anderen gesetzt werden – von den Kapitalisten der anderen Länder. Und wenn wir ihren Bedingungen zustimmen, würden wir fortfahren müssen, von ihnen geführt zu werden oder der Drohung gegenüberstehen, daß die neuen Unternehmen ihre wirtschaftliche Tätigkeit vermindern, daß Geld und Fachkräfte zurückgezogen werden und daß andere wirtschaftliche Sanktionen gegen uns eingesetzt werden. In der Tat, wenn wir uns auf kapitalistische Entwicklung verlassen, bedeutet das, daß wir die Macht, wesentliche Entscheidungen über unsere Wirtschaft zu treffen, an andere abtreten. Die Art unserer wirtschaftlichen Produktion, die Standorte der Fabriken, Büros und Lager, die Zahl der Arbeitsplätze, die in einem Gebiet verfügbar sind, und sogar die Art des Steuersystems, das wir annehmen, alle diese Dinge würden vom Ausland bestimmt.

Es wird behauptet, daß dies eine vorübergehende Erscheinungsform sein würde, daß ausländische kapitalistische Investitionen in einem Land der Dritten Welt ein Anreiz für einheimische kapitalistische Unternehmen sein würden. In einem gewissen Ausmaß ist dies sicher wahr; kleine einheimische Unternehmen können im Schatten einer größeren, im ausländischen Besitz befindlichen Fabriken entstehen. Aber all diese Unternehmen würden den Zweck haben, die Großindustrie mit Zulieferungen zu versorgen. Sie würden deshalb absolut abhängig von ihnen sein, blühen, wenn diese blühen und zusammenbrechen, wenn diese geschlossen werden. Einheimische Unternehmen würden deshalb die Marionetten, nicht die Feinde der ausländischen Unternehmen sein, die Tochtergesellschaften und nicht die Konkurrenten. Sie wären gezwungen, sich mit allen Forderungen der ausländischen Kapitalisten zu identifizieren. Der Verlust der realen, nationalen Selbstbestimmung würde deshalb vergrößert, nicht verkleinert, denn die ausländischen Besitzer würden sich eine einheimische politische Basis sichern, die ihre wirtschaftliche Macht stützt. Dies ist sehr leicht zu verstehen. Wenn die Regierung zum Beispiel vorschlägt, neue Mindestlöhne festzusetzen oder die Steuern zu erhöhen oder das Steueraufkommen durch Zölle auf Güter, die für die Fabrik wichtig sind, zu vergrößern, könnten die großen Arbeitgeber sagen – höflich oder anders –, daß sie in solch einem Falle ihre Fabrik schließen würden. Sie können darauf hinweisen, daß eine Schließung nicht nur ein Verlust des Lebensunterhalts für all jene bedeuten würde, die dierekt angestellt sind, sondern auch eine Anzahl von abhängigen Unternehmen zum Bankrott treiben würde. Natürlich kann die unabhängige Regierung trotzdem ihre Vorhaben verwirklichen, aber sie wird dann die Konsequenzen tragen müssen, und die sind wahrscheinlich nicht sehr angenehm, weder für die Regierung, noch für die Bevölkerung, der sie dienen will.

Und das ist noch nicht alles. Die Außenpolitik wird ebenfalls davon betroffen sein, daß die wirtschaftliche Entwicklung von ausländischen Kapitalisten abhängig ist. Es ist wahr, daß amerikanische, britische oder japanische Kapitalisten keine patriotische Loyalität gegenüber ihrem Herkunftsland besitzen. Aber sie besitzen Loyalität für ihre größten Investitionen – und diese sind wahrscheinlich nicht in einem unterentwickelten Land. Deshalb kann der Streit einer armen Nation mit einem der imperialistischen Länder zum Beispiel über dessen Unterstützung für Südafrika oder Rhodesien leicht zu einer Zurücknahme der kapitalistischen Ausdehnungspläne oder sogar zur Einschränkung und am Ende zur Schließung etablierter Unternehmen führen.
Was ich damit sagen will, ist, daß angesichts der gegenwärtigen Ungleichheiten zwischen den Nationen kapitalistische Entwicklung unvereinbar ist mit der vollen nationalen Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt. Denn solche Entwicklung beruht auf ausländischem Besitz und ausländischer Kontrolle. Einheimische Kapitalisten werden untergeordnet sein und untergeordnet bleiben.

Es kann kein Zweifel bestehen: die ausländische Vorherrschaft ist permanent, nicht vorübergehend. Es ist das Großunternehmen, das die großen Profite macht und große Geldmittel für die nächste Investition zur Verfügung haben wird. Die kleinen Unternehmen werden klein bleiben oder aufgekauft werden!

Zur Bekräftigung dieser Tatsache und ihrer Bedeutung ist es notwendig, sich anzusehen, was in den großen kapitalistischen Ländern geschieht. Man sieht, daß mittlere Unternehmen kleine „schlucken" und selbst von größeren „geschluckt" werden. Schließlich kämpfen die Riesen untereinander um die endgültige Überlegenheit. Am Ende stellen die reichen Regierungen der großen kapitalistischen Länder fest, daß ihre eigene Handlungsfreiheit durch die wirtschaftliche Macht der kapitalistischen Riesen beschränkt ist. Selbst wenn sie gewählt worden sind, um den Kapitalismus zu bekämpfen, sehen sie sich gezwungen, Rohstoffe und Profite für die großen Unternehmen zu sichern oder Massenarbeitslosigkeit und größeren wirtschaftlichen Krisen gegenüberzustehen.

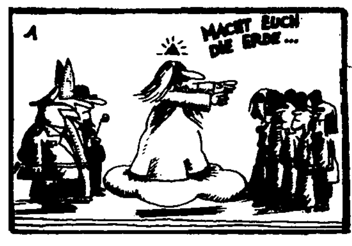
Die Tatsache, daß eine Anzahl von konkurrierenden großen kapitalistischen Institutionen in einem bestimmten Entwicklungsland investieren kann – vielleicht von verschiedenen ausländischen Stützpunkten –, nimmt dieser vereinfachten Analyse nicht ihre Gültigkeit. Als allgemeine Regel gilt, daß das arme Land verschiedene Möglichkeiten zum Erfolg hat und in der Theorie kann es versuchen, ein Unternehmen gegen das andere auszuspielen. Aber in der Praxis ist es sehr viel wahrscheinlicher, daß es entdeckt, daß sein wirtschaftliches Schicksal durch Unternehmenskonflikte bestimmt worden ist, die ihren Ursprung außerhalb seiner eigenen Grenzen

haben und über die es nichts weiß! Ein Übernahmeangebot oder ein Rationalisierungsgeheimplan oder eine neue Kartellvereinbarung kann jahrelange Verhandlungen zunichte machen, und die unabhängige Regierung kann sehr wohl von diesem Plan nur dann erfahren, wenn das eine oder andere Riesenunternehmen hofft, das ausnutzen zu können, um bessere Bedingungen für seine eigenen Aktivitäten zu erhalten!

Kapitalismus und die Natur der Gesellschaft

Dieser unvermeidliche Verlust der wirklichen nationalen Freiheit ist jedoch nur eines der Ergebnisse des Kapitalismus, von denen ich glaube, daß sie unvereinbar sind mit den nationalen Zielen aller Völker der Dritten Welt. Denn Kapitalismus bedeutet nicht nur Kampf zwischen den Kapitalisten, wobei die Kapitalisten der Dritten Welt unvermeidlich den kürzeren ziehen, es schließt ebenfalls einen permanenten Kampf zwischen den Kapitalisten auf der einen Seite und den Arbeitern auf der anderen Seite ein.

Das ist eine sehr wichtige Sache für uns, die wir wie die meisten Länder der Dritten Welt aus primitiven Stammesgesellschaften in die moderne Welt kommen. Denn es bedeutet einen neuen Faktor der nationalen Entzweiung zu einer Zeit, in der wir alle noch darum kämpfen, die trennenden Kräfte der Stammeskämpfe, der Religion und Rasse zu überwinden. Es bedeutet auch, daß die Früchte der Unabhängigkeit der Masse der Bevölkerung vorenthalten werden, die dafür gearbeitet hat und in deren Namen sie gefordert wurde.









Diesem Effekt des Kapitalismus kann man nicht entgehen. Denn der Zweck kapitalistischer Unternehmen ist der Profit. Deshalb muß der Kapitalist seine Produktionskosten so niedrig wie möglich halten und den höchstmöglichen Gewinn beim Verkauf der Produkte bekommen. Mit anderen Worten, er muß den niedrigsten Lohn zahlen, für den er Arbeiter bekommen kann und den höchsten Preis nehmen, zu dem er die produzierten Güter verkaufen kann. Daaus ergibt sich ein permanenter Interessenkonflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern. Erstere möchten hohe Löhne bekommen, um ein anständiges Leben führen zu können und vielleicht einige der Güter zu kaufen, an deren Produktion sie arbeiten. Letzterer muß geringere Löhne zahlen, um seinen Profit, d.h. den Ertrag für das Geld, das er investiert hat, möglichst groß werden zu lassen.

Daher bringt es der Kapitalismus automatisch mit sich, daß zwei Klassen von Menschen entstehen: eine kleine Gruppe, deren Besitz an Produktionsmitteln ihnen Reichtum, Macht und Privilegien bringt, und eine sehr viel größere Gruppe, deren Arbeit den Wohlstand und die Privilegien der kleinen Gruppe ermöglicht. Der eine profitiert von der Ausbeutung des anderen, und ein Mißlingen des Versuchs, auszubeuten, führt zum Zusammenbruch des ganzen Systems mit dem darauffolgenden Ende aller Produktion! Die Ausbeutung der Massen ist in der Tat die Grundlage, auf der dem Kapitalismus zuerkannt wird, das Problem der Produktion gelöst zu haben. Es gibt keine andere Grundlage, von der er ausgehen kann. Denn wenn es den Arbeitern jemals gelänge, den vollen Nutzen ihres Fleißes zu bekommen, dann würde der Kapitalist keinen Profit bekommen und sein Unternehmen schließen.

Was das für die Masse der Bevölkerung in der Dritten Welt bedeutet, sollte klar sein. Ihre Arbeitsbedingungen und das Entgelt, das sie für ihre Arbeit bekommen, wird gerade ausreichen, um ihre Arbeitskraft zu erhalten. Wenn die Nation abhängig ist von kapitalistischen Investitionen für ihre gesamte wirtschaftliche Expansion, werden die Arbeiter darüber hinaus daran gehindert werden möüssen, sich selbst zu organisieren, um für ihre Rechte zu kämpfen. Denn ein wirksamer Gewerkschaftskampf könnte den Arbeitgeber dazu veranlassen, wiederum zu argumentieren, daß seine Fabrik unwirtschaftlich geworden sei. Die sich daraus ergebende Drohung einer Schließung kann sehr wohl die Regierung veranlassen, auf der Seite der Arbeitgeber zu intervenieren, um die ökonomische Wachstumsrate und ihre eigenen, erbärmlich kleinen, aber lebensnotwendigen Steuereinnahmen zu sichern.

Entwicklung durch Kapitalismus ist also im wesentlichen unvereinbar mit dem vierten Ziel, das ich aufgeführt habe – das der menschlichen Würde und der Selbstachtung für alle, mit gleicher Freiheit für alle Mitglieder der Gesellschaft. Denn Kapitalismus bedeutet, daß die Massen arbeiten und ein paar Leute – die vielleicht überhaupt nicht arbeiten – von dieser Arbeit profitieren. Die wenigen werden ein Festessen abhalten, und die Massen werden das essen, was übrigbleibt.

Das hat eine weitere Folge. In einem kapitalistischen System kann die Warenproduktion, statistisch gemessen, sehr wohl erheblich steigen. Wenn ein Land der Dritten Welt zufällig bestimmte Rohstoffquellen besitzt, kann es sich sogar oben auf der Liste der „erfolgreichen Staaten" befinden, was die Wachstumsrate seines Bruttosozialprodukts betrifft. Aber die Masse der Bevölkerung, die die Waren, die berechnet werden, produziert, wird nicht genügend Geld haben, sich die Dinge zu kaufen, die sie für ein anständiges Leben braucht. Ihr Bedarf wird bestehen, aber sie kann ihn nicht effektiv decken. Daraus folgend wird die Produktion der lebensnotwendigen Güter – feste Häuser, Nahrungsmittel und Kleidung – beschränkt sein. Solche Produktion wird für die Kapitalisten weniger profitabel sein, als die Herstellung von „Luxusgütern". Es ist kein Zufall, daß zum Beispiel eine der ersten

Investitionen nach der Unabhängigkeit in Tansania ein Auto-Kino war. Durch diese Verwendung des Zements konnte sehr viel mehr Profit gemacht werden als durch die Errichtung von Arbeiterhäusern!

Denn vor allen Dingen bedeutet die Entscheidung für den Kapitalismus als Weg der Entwicklung eine besondere Art der Produktion und eine besondere Art der sozialen Organisation. Ländliche Wasserversorgung wird eine geringe Bedeutung haben, ungeachtet der Tatsache, daß sie für die Gesundheit der Bevölkerung notwendig ist. Der Import oder vielleicht sogar die Produktion von Klimaanlagen, Privatautos und anderen „langlebigen" Konsumgütern wird eine hohe Priorität erhalten. Ersteres bringt keinen Profit, letzteres sehr wohl.

Um die wahre Bedeutung davon zu erkennen, werfen wir noch einmal einen Blick auf die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Dann sehen wir z.B. die Unterernährung unter der Bevölkerung des New Yorker Stadtteils Harlem als Gegensatz zu den perfektionierten amerikanischen Vorstädten; oder in Großbritannien können wir das Problem der Wohnungsnot sehen, während Farbfernseher immer weiter produziert werden; und in derselben Gesellschaft können wir beobachten, daß wenig Geldmittel für Dinge wie Erziehung und Gesundheit der Bevölkerung ausgegeben werden, um unwesentliche Wünsche einer Minderheit zu befriedigen.

Die Alternative des Sozialismus

Wenn ich argumentiert habe, daß Kapitalismus unvereinbar ist mit den Zielen der Dritten Welt, so bedeutet das weder, daß die Alternative des Sozialismus leicht zu erreichen ist, noch daß Erfolg unter ihm automatisch kommt. Aber Sozialismus kann mit unseren Zielen vereinbar sein. Wenn wir eine sozialistische Politik betreiben, können wir unsere Unabhängigkeit behaupten und die menschliche Würde unserer Bevölkerung entwickeln.

Der wesentliche Punkt ist, daß die Grundlage der sozialistischen Organisation die Erfüllung der Bedürfnisse des Volkes und nicht das Profitmachen ist. Darüber hinaus werden solche Entscheidungen von der Bevölkerung durch ihre verantwortlichen Institutionen getroffen – ihre eigene Regierung, ihre eigenen Industrieunternehmen und ihre eigenen Handelsgesellschaften. Sie werden nicht von einer kleinen Gruppe von – einheimischen oder ausländischen – Kapitalisten getroffen, und das Problem der ausländischen Beherrschung durch ökonomischen Besitz stellt sich nicht. Außerdem können die Arbeiter des Landes – direkt oder indirekt – die vollen Früchte ihres Fleißes erhalten, es gibt keine Gruppe von Privatbesitzern, die sich ständig einen großen Teil des produzierten Reichtums aneignet.

Dies bedeutet nicht, daß die großen Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft, die Ausbeutung von Gruppen oder sogar die Aneignung von Macht und Privilegien durch eine kleine Minderheit **automatisch** ausgeschlossen ist in einer Gesellschaft, die sich für den Sozialismus entschieden hat. Wenn man sich in der Welt umschaut, kann man sogenannte sozialistische Länder sehen, wo all diese Dinge geschehen. Aber ich bin der Meinung, daß solche Dinge einen Fehler bei der Verwirklichung des Sozialismus darstellen, sie sind aber nicht dem Sozialismus innewohnend, wie sie dem Kapitalismus innewohnen.

Das Hauptargument gegen den Sozialismus in der Dritten Welt ist, daß er nicht funktionieren wird, und daß alle sozialistischen Staaten arme Staaten sind, weil sie sich zum Sozialismus entschlossen haben. Es ist nicht möglich, dieses Argument detailliert zu widerlegen. Es gibt aber drei wichtige Punkte, die ich Sie in dieser Hinsicht zu beachten bitte.

1. Der erste ist, daß dadurch, daß man den Reichtum eines Landes nach seinem Bruttosozialprodukt beurteilt, man Dinge beurteilt, aber nicht die Zufriedenheit. Eine Steigerung des Heroinverbrauchs in einem Land, in dem das legal ist, würde als Steigerung des Reichtums registriert werden; wenn menschliches Wohlbefinden der Maßstab wäre, wäre eine solche Steigerung des Verkaufs ein negativer Faktor.

2. Mein zweiter Punkt ist, daß es einer erfolgreichen Hure oder einem begünstigten Sklaven materiell besser gehen mag als einer Frau, die es ablehnt, ihren Körper zu verkaufen oder einem Mann, der es ablehnt, seine Freiheit zu verkaufen. Wir betrachten die Stellung als Hure oder Sklave letztlich nicht als beneidenswert – es sei denn, wir würden hungern, und selbst dann wäre die mögliche Verbesserung unserer Verhältnisse ungewiß und unsicher.

3. Drittens akzeptiere ich nicht, daß der Sozialismus sich als undurchführbar erwiesen haben soll. Der Kapitalismus hat sich zwei Jahrhunderte lang entwickelt. Die erste nationale Verpflichtung zum Sozialismus war 1917 gemacht worden, durch eine rückständige und feudale Nation, die durch den Krieg verwüstet war und die in der Folgezeit stark unter inneren und internationalen Konflikten gelitten hat. Trotzdem würden wenige Menschen die materiellen Veränderungen leugnen, die in der UdSSR während der letzten 55 Jahre bewirkt worden sind. Trotz der bedeutsamen Kritik, die an allen sozialistischen Ländern geäußert werden kann, ist es schwer zu behaupten, daß diese Länder schlechter dastehen als späterentwickelte kapitalistische Staaten wie zum Beispiel Griechenland, Spanien oder die Türkei. Im Gegenteil, es geht ihnen deutlich besser in lebenswichtigen Dingen wie Gesundheit, Erziehung und der Sicherheit von Ernährung und Unterkunft. Ob sie dieselbe Zahl von Fernsehgeräten haben, scheint mir weniger wichtig zu sein.

Schluß

Es kann nicht geleugnet werden, daß ein Land der Dritten Welt, das die sozialistische Entwicklungsalternative wählt, viele Probleme zu lösen hat. Unter diesen ist nicht zuletzt unsere eigene Vergangenheit, die Dynamik der kapitalistischen Handlungsweise und der „Spielerinstinkt", den jedes menschliche Wesen zu besitzen scheint, so daß es hofft, unter den Privilegierten und nicht unter den Ausgebeuteten zu sein! Aber ich glaube, daß wir den sozialistischen Weg wählen können und daß wir uns auf diese Weise zu Freiheit und zu Bedingungen entwickeln können, die jedem unserer Bürger Würde und Selbstachtung erlauben.

Ich glaube, daß diese Möglichkeit genutzt werden muß, mit Energie und Entschlossenheit. Wir werden nicht über Nacht sozialistische Gesellschaften aufbauen, denn wir müssen dort beginnen, wo wir jetzt sind. Wir werden Kompromisse eingehen müssen mit ausländischem Kapital und „know how", und wir müssen Risiken bei unserer Entwicklung eingehen. Aber ich bin überzeugt, daß Länder der Dritten Welt die Möglichkeit haben, sich im Laufe der Zeit zu sozialistischen Gesellschaften zu entwickeln, in denen die Völker in Harmonie und Kooperation leben, wenn sie gemeinsam für ihrer aller Nutzen arbeiten.

Aus: Entwicklungspolitische Korrespondenz 3/1974
Übersetzung: F. und D. Kürschner

Universität Freiburg: Politische Zensur bei der Raumvergabe

Die Aktion Dritte Welt wollte wie üblich im Wintersemester 1975/76 eine Einführungsveranstaltung in einem Hörsaal der Uni Freiburg durchführen, was bisher immer ungehindert möglich war. Diesmal aber wurde uns von der Uni-Verwaltung mitgeteilt, daß Räume nur an Gruppen vergeben werden, die

– nachweisen, daß sie rein studentische Vereinigungen sind,
– sich unter Angabe der Personalien der Mitglieder bei der Uni-Verwaltung registrieren lassen und
– eine Erklärung unterschreiben, in der sie u.a. die Verpflichtungen eingehen, sich der „geistigen, sittlichen, politischen und sozialen Verantwortung der Studierenden bewußt" zu sein. „ihre Erziehungsarbeit im Geiste der Universität durchzuführen" sowie „die Entscheidung des Grundgesetzes für eine freiheitliche demokratische Grundordnung... zu achten" und „in der Öffentlichkeit (also auch außerhalb der Universität)... Zurückhaltung und Disziplin" zu wahren.

Zu diesem Zweck sollten dem Rektorat auf Verlangen die Mitglieder der Organisation und des Vorstandes, die Satzung sowie das Programm bekanntgegeben werden.

Diese in einem Senatsbeschluß von 1964 (!) enthaltenen Bestimmungen wurden bisher nicht angewandt. Keiner anderen politischen Gruppe, die wir gefragt haben, waren sie auch nur bekannt. Es handelt sich also um eine Neuerung, in der wir eine erhebliche Einschränkung der politischen Rechte sehen.

Wir lehnen es ab, diese Richtlinien zu unterschreiben!
Wir möchten das öffentlich begründen!

Auf was wir festgelegt werden sollen, wenn wir diese zum Teil sehr verschwommenen Richtlinien unterschreiben, zeigen die Berufsverbote für Radikale und andere repressive Maßnahmen des Staates:

– Bei dem Freiburger Informatiker Mathias Bock werden die Zweifel an seiner Verfassungstreue – als Begründung für ein Berufsverbot – u.a. damit begründet, daß er als gewählter Studentenvertreter einen Saal für eine Solidaritätsveranstaltung zugunsten des Befreiungskampfes in Guinea-Bissau beantragt hatte.
– Aus einer vom Rektorat der Freiburger Uni veröffentlichten Dokumentation geht hervor, daß auch die Teilnahme an Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg Zweifel am Eintreten für die „freiheitliche demokratische Grundordnung" begründen.
– Mit Hinweis auf die im Grundgesetz festgelegte Friedenspflicht, die auch in dem Freiburger Senatsbeschluß von 1964 erwähnt ist, wurden in mehreren Städten Sammlungen für Befreiungsbewegungen verboten. Dies richtet sich nicht, wie das Verwaltungsgericht Karlsruhe behauptet, gegen jedermann: Die Bundesregierung kann unbehelligt Waffen nach Südafrika oder in die ehemaligen portugiesischen Kolonien liefern (bzw. Waffenlieferungen privater deutscher Firmen dulden und fördern), der BND kann unbehelligt der Geheimpolizei des faschistischen Regimes in Indonesien bei ihrem brutalen Unterdrückungsgeschäft Amtshilfe leisten. Dagegen widerspricht nach der verdrehten Logik des Gerichts die aktive Unterstützung der Opfer und Gegner solcher Politik der Friedenspflicht.

Diese Beispiele machen deutlich, daß auch eine Dritte-Welt-Gruppe von den gegenwärtigen politischen Repressionen betroffen werden kann. Denn zu den unter Berufung auf die „freiheitliche demokratische Grundordnung" kriminalisierten Handlungen gehört es,

– wenn wir Informationen verbreiten über das Elend der Massen in der Dritten Welt. Wenn wir aufzeigen, daß dieses Elend von den profithungrigen Konzernen der Industrieländer verursacht wird.
– Wenn wir gegen eine Politik der BRD-Regierung protestieren, die die Abhängigkeit der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika fördert.
– Wenn wir Bewegungen in der Dritten Welt, die um die Unabhängigkeit ihrer Völker kämpfen, auch materiell unterstützen.

Wenn das Recht, in der Universität politisch zu arbeiten, an die oben genannten Bedingungen geknüpft wird, werden wir der gleichen Überprüfungspraxis unterworfen wie Bewerber für den Öffentlichen Dienst. Die Uni-Verwaltung kann dann z.B. unsere Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zum Anlaß für ein Raumverbot nehmen. Das heißt, die Uni-Verwaltung würde die Befugnis erhalten, Zensur auszuüben.

Wir sprechen dem Rektorat das Recht ab, Zensur auszuüben und die Zuteilung der öffentlichen Räume an irgendwelche politische Bedingungen zu knüpfen. Wir werden deshalb auch weiterhin von unserem Recht Gebrauch machen, Räume der Universität für unsere Veranstaltungen und Büchertische zu benutzen.

Wir fordern alle politischen Gruppen und Organisationen auf, gegen die Einführung der Zensur zu protestieren und das Recht auf freie Durchführung von Veranstaltungen zu verteidigen und wahrzunehmen.

Wir fordern insbesondere den AStA der Universität auf, sich gegen die genannten Maßnahmen einzusetzen.

AKTION DRITTE WELT

26.11.1975

Rezensionen

Marcio Alves,
Erster beim Sterben, letzter beim Essen
Kuba – Eine Arbeiterfamilie erzählt,
Reinbeck bei Hamburg, September 1975
rororo aktuell 1878, 152 S.

„Ich bin überzeugt, daß man die tatsächliche Größe des kubanischen Wunders nur mit den Augen der „Unterentwickelten", insbesondere der Lateinamerikaner wahrnehmen kann. Nur wer aus unseren hungernden, zerlumpten, unwissenden und kranken Ländern kommt, ist fähig, die Bedeutung eines Landes zu erfassen, in dem jeder seinen Hunger stillt, Kleidung und Schuhe für alle da ist, wo jedes Kind zur Schule geht und niemand mangels Ärzten oder Arzneimitteln stirbt. Selbst für linke Europäer und Nordamerikaner haben diese existentiellen Grundbedürfnisse nicht den selben, fast unerreichbaren Wert wie für uns." (S. II)

Marcio Alves untersucht in seinem Buch „Erster beim Sterben, letzter beim Essen" den Alltag des kubanischen Lebens, indem er eine Arbeiterfamilie erzählen läßt. Dazu stellt er Kriterien auf, nach denen die Arbeiterfamilie ausgewählt werden sollte. Die Familie Gutierriz, die ihm daraufhin vom kubanischen Gewerkschaftsverband CTC zugewiesen wird, läßt sich wie folgt charakterisieren: die Familie hat 5 Mitglieder; es sind 2 Arbeitergenerationen in ihr vertreten; keines der Familienmitglieder hat am bewaffneten Kampf gegen Batista teilgenommen; ein Mitglied ist bäuerlicher Herkunft.
Das Buch besteht im wesentlichen aus den kurzen Biographien von 4 Mitgliedern der Familie Gutierriz, Maximo dem Familienoberhaupt, Beatriz seiner Frau, Maria deren Tochter und Pedro, dem Mann von Maria. Was sich mit den vier Erzählungen dem Leser eröffnet, ist die nüchterne Darstellung kubanischen Lebens ohne Beschönigungen. Das Bild, das man durch die realistischen Beschreibungen des Alltags aus Kuba bekommt, macht das Buch lesenswert.
Maximo und Beatriz sind die Vertreter der älteren kubanischen Bevölkerung. Mit ihren Berichten wird ein Vergleich der Lebensbedingungen Kubas vor 1959 mit den harten Bedingungen, die sich beim Aufbau nach der Revolution stellten, ermöglicht.

Maximo: „Ein Schürzenjäger war ich nie. Ich ging schon tanzen, ich hab mich amüsiert, aber dann, unter der Diktatur hattest du kaum zu essen, wie sollte man da auf Feste gehen?" (S. 21)
„Im Betrieb stehe ich einmal im Monat Wache, und zwar nicht drei, sondern sechs Stunden, weil ich für die anderen verantwortlich bin. In der Parteileitung stehe ich einmal im Monat drei Stunden Wache, und dann noch beim Sektor mayor – beim Stab der Revolutionären Partei; und zwar von acht bis zwölf, in verschiedenen Zonen." (S. 51)

Anhand der Erzählung von Beatriz kann man sehen, wie sehr ihre ökonomische Situation mit ihren persönlichen Problemen, ihrer Unterdrückung als Frau verbunden ist.

Beatriz: „Ich fing mit sieben Jahren an zu arbeiten, und zwar häufelte ich die geschlagenen Zuckerrohrstengel ....
Wenn die tote Zeit kam, wurde es ganz schlimm. Es gab keine Arbeit, es gab überhaupt nichts." (S. 60)
„Als ich in der Fabrik arbeitete und meinen eigenen Lohn bekam, fühlte ich mich, als ob die ganze Welt mir gehörte. Darum freue ich mich auch so über alles und über die Revolution, weil ich durch sie erleben durfte, was frei sein heißt....
Da erst fing ich an, ein Selbstbewußtsein als Frau zu bekommen ... " (S. 73)

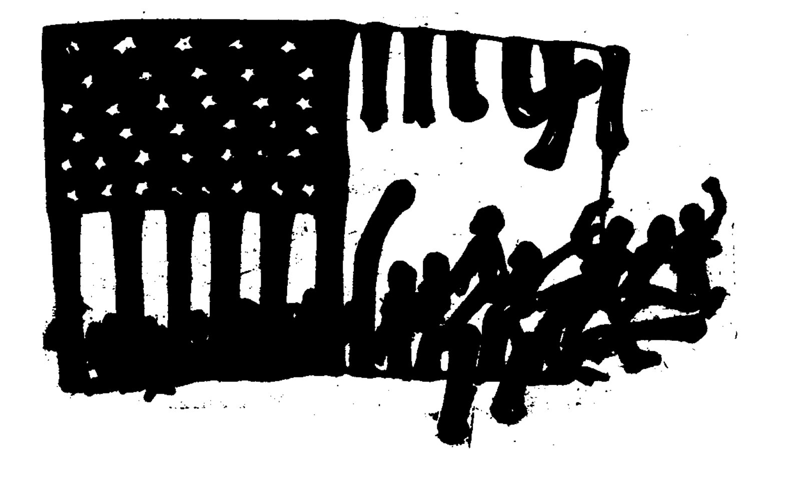
Pedro und Maria schildern die heutige Situation Kubas. Es wird dem Leser deutlich (schon wie bei den Schilderungen von Maximo und Beatriz), daß sich Kubas sozialistischer Aufbau unter harter Arbeit vollzieht und nur durch diese die Errungenschaften fürs Volk nach der Revolution ermöglicht.

Pedro: „Doch, ich arbeite schon gern im Dreischichtsystem, aber ich hätte es gerne weniger weit zur Fabrik." (S. 108)
„Am Anfang hab ich da an allem Anteil genommen und nicht gefehlt. Dann, als ich um meine Versetzung gebeten hatte und sie sie mir nicht geben wollten, fing ich an, Schwierigkeiten mit der Fabrik zu haben." (S. 109)

Maria: „Ich selber wurde 1954 in Quemados de Güines zu Hause geboren. Zwischen dem, was mir meine Mutter über meine Geburt erzählt hat, und der Geburt meines Sohnes ist ein himmelweiter Unterschied. Als ich meinen Sohn zur Welt bringen sollte, ging ich ins Krankenhaus, und zwar in das größte von ganz Havanna, was Fragen der Geburtshilfe und Frauenangelegenheiten betrifft und das an der Ecke der Straße Linea und der Avenida de los Presidentes liegt." (S. 143)

Der Vorteil des Buches liegt in seiner leichten Verständlichkeit. Der Leser wird nicht für oder gegen die kubanische Revolution eingenommen, er wird erkennen, daß sie für die kubanischen Arbeiter selbstverständlich geworden ist.

bsm



Elo und Jürg Baumberger

Beethoven kritisieren! Konfuzius verurteilen! – Was geschah in China 1973/74?

rororo aktuell, Bd. 1882, April 1975, 144 S., DM 4,80

Die Volksrepublik China hat in den letzten Jahren ihr „Image" bei der Bevölkerung der Bundesrepublik wesentlich verbessert. Information über das, was in China geschieht, ist jedoch so gut wie nicht vorhanden. Das bis in die späten 60er Jahre vorherrschende Stereotyp von den Hungersnöten in China ist zwar verschwunden. Geblieben ist aber die Vorstellung, China sei ein riesenhafter Monolith, in welchem Millionen „blauer Ameisen" durch geheimnisvolle Techniken der Massenmanipulation nach dem Willen des allmächtigen Mao Tse-tung gelenkt würden. Auch der politisch informierte Zeitgenosse kennt kaum das politische Geschehen im volkreichsten Staat der Erde, wenn er nicht zum China-Spezialisten geworden ist.

An diesen an China interessierten Nicht-Spezialisten, der die verstümmelten Informationen der täglichen Nachrichten in den Zusammenhang bringen möchte, aus dem die Medien sie gerissen haben, wendet sich Elo und Jürg Baumbergers Buch mit dem befremdlichen Titel „Beethoven kritisieren! Konfuzius verurteilen!". Mehr verrät der Untertitel: „Was geschah in China 1973/74?", doch auch er besagt nicht alles. Zwar ist die Analyse der politischen Ereignisse in China in diesen zwei Jahren das Anliegen der Autoren. Weil aber diese Ereignisse nur im historischen Zusammenhang mit vorhergegangenen Entwicklungen verstanden werden können, dient etwa die Hälfte des Buches einem Überblick über die Kulturrevolution und die ihr folgenden politischen Auseinandersetzungen in China, deren Resultat die seit 1973 laufende Bewegung „zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius" ist. Damit wird ein Interpretationsraster aufgestellt, das die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in China 1973/74 nicht nur zu beschreiben, sondern in ihren Ursachen und Funktionen zu verstehen erlaubt.

In der Revolution von 1949 wurde zwar die ökonomische und politische Macht des Kapitals zerbrochen; sie ging über an die Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten mit der Partei als Führungs- und Machtorgan. Dadurch ist aber der Klassenkampf in China keineswegs zu Ende. Noch existiert die alte Klasse und versucht, wo immer sie es kann, die Macht zurückzugewinnen. Gelingt das in Politik und Wirtschaft nicht, so wird es im Bereich von Ideologie und Kultur versucht.

Jede gesellschaftliche Auseinandersetzung in China wird deshalb als „Kampf zwischen zwei Klassen, zwei Wegen, zwei Linien und zwei Weltanschauungen" verstanden. Die Fronten und Gegner sind schwer auszumachen, denn es gibt nur *eine* Partei, innerhalb der der Kampf sich abspielt, nur *einen* Führer, auf den jeder sich beruft. Gekämpft wird „mit der roten Fahne gegen die rote Fahne", „mit dem roten Buch gegen das rote Buch." Eigennamen (Mao, Lin Piao, Konfuzius) meinen in diesem Kampf weniger einzelne Personen, sondern sind eher Symbole für politische Richtungen.

So sind die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in China in den letzten 15 Jahren zu verstehen: In der ersten Hälfte der 60er Jahre entwickelten sich Rechtstendenzen, stärkten sich restaurative Kräfte durch Bürokratisierung und autoritäre Expertokratie. Daraufhin zerschlug die Kulturrevolution den sich verselbständigenden bürokratischen Apparat und gab den Massen die Macht zurück, die sie an Experten verloren hatten. Die Kritik an zu weit gehenden, „linksextremistischen" Tendenzen in der Kulturrevolution wurde schnell von den zunächst geschlagenen restaurativen Kräften aufgegriffen. Sie versuchten, unter dem Deckmantel dieser legitimen Kritik an Fehlentwicklungen im Laufe der Kulturrevolution einen umfassenden Angriff auf ihre gesamten Errungenschaften zu führen. Linksextreme Fehler in der Kulturrevolution kamen ihnen zupaß, um die Kulturrevolution insgesamt als falsch darzustellen. Als Entgegnung auf diesen Angriff gegen die Ergebnisse der Kulturrevolution ist die seit 1973 laufende Kampagne zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius zu verstehen. Ideologische und demokratische Positionen im Interesse der chinesischen Massen in den Fabriken, auf dem Land, in den Schulen, die nach der Kulturrevolution verloren zu gehen drohten, sollen durch diese Kampagne gesichert oder wieder errungen werden.

Die Verfasser schildern auf rund 70 Seiten ihres Buches, wie in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Chinas diese Kampagne abläuft und welche gesellschaftlichen Ziele damit verfolgt werden. Sie beschreiben das Wechselspiel zwischen spontanen, basisdemokratischen und parteigebundenen Aktionen, die Formen der politischen Kommunikation und des politischen Kampfes im modernen China. Dabei erfährt der Leser nicht nur, was 1973/74 in China geschah, sondern er lernt an den beschriebenen Ereignissen exemplarisch, wie Meinungsbildung, ideologische Mobilisierung und ideologische Auseinandersetzung in China vor sich gehen.

Doppelt bemerkbar macht sich, daß die Autoren den Anfang und Aufschwung der Bewegung zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius in China selbst erlebt haben: Einerseits verstehen sie es, die durch eigene Anschauung – Reisen, Besichtigungen, Diskussionen und nicht zuletzt den Berufsalltag – untermauerte Analyse auch anschaulich darzustellen, frei von Fachjargon und ohne besondere Kenntnisse vorauszusetzen. Zum andern ist das Buch in einer Weise engagiert geschrieben, die ihm schon den Vorwurf mangelnder Distanziertheit eingetragen hat. Darin liegt jedoch gerade ein Vorzug des Buches: Seine Verfasser versuchen, die beschriebenen Ereignisse in China nicht nach der (allerdings distanzierten) Elle westeuropäischer Werthaltungen zu beurteilen, sondern die Probleme der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft so zu sehen, wie sie sich den Betroffenen darstellen. Gerade die Vermittlung dieser Sichtweise macht das Buch für den Leser zu einem Schlüssel für das adäquate Verständnis der täglichen Information über China.

Daniel Glass, Münster

Mao macht's nicht unmöglich

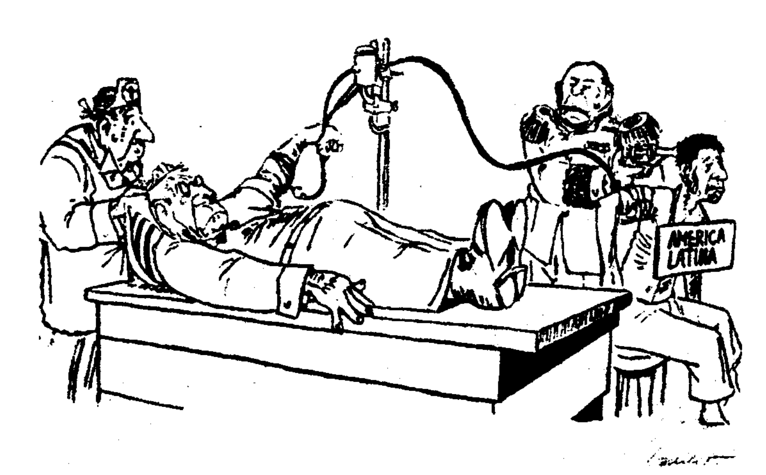
Der CSU-Chef Franz Josef Strauß, Oberregierungsrat im einstweiligen Ruhestand, kann trotz seines Treffens mit Mao Tse-tung darauf bauen, wieder als Beamter unterzukommen, falls er dies wünscht. Hinterlistig hatte sich eine SPD-Abgeordnete des bayerischen Landtags danach erkundigt, ob eine solche Reaktivierung nicht unmöglich erscheine, wenn der Betreffende während seines vorübergehenden Ruhestandes intensiven Kontakt mit Mao-Anhängern aufgenommen habe. Staatsminister Huber antwortete darauf, gegen eine solche Verbindung sei nichts einzuwenden, „wenn bei den Kontaktnehmern davon ausgegangen werden kann, daß sie für die Erhaltung der demokratischen freiheitlichen Staatsordnung in der Bundesrepublik eintreten".

Geschichte Perus

Bildungsarbeit über Länder der Dritten Welt hat im allgemeinen nur dann einen Sinn, wenn sie nicht darauf abzielt, exotische Besonderheiten zu vermitteln, sondern wenn sie einen Bezug zur Situation des Lernenden hat bzw. aufzeigt. Nach diesem Kriterium wurde auch die Ausstellung des Völkerkundemuseums der Stadt Frankfurt erstellt, deren Ausstellungsführer 1974 erschien:

> **„Herrscher und Untertanen; Indianer in Peru, 1000 v. Chr. – heute",**
> Roter Faden zur Ausstellung, Museum für Völkerkunde, Frankurt 1974, 291 S., 395 Abb. und Fotos, 4,– DM.
>
> Bezugsquelle: Museum für Völkerkunde, Schaumainkai 29, 6000 Frankfurt 70.

Diese Peru-Ausstellung soll „durch den Verfremdungseffekt, durch die Vorführung der Probleme im Gewand des südamerikanischen Schauspiels, unsere Gesellschaft durchschaubarer machen." (S. 13) Zentraler Gesichtspunkt ist



dabei ein bekannter Aspekt des täglichen Lebens: „Die Trennung in solche, die herrschen, und solche, die gehorschen." (S. 11). Dazu zeichnet der Ausstellungsführer die Entwicklung in Peru vom gering differenzierten „primitiven Volk" zum komplexen, stark gegliederten Staat der Inkas und dem, was durch die Kolonialmacht daraus entstand, auf. Dabei soll der Doppelcharakter dieser Entwicklung aufgezeigt werden: „Einerseits zivilisatorische Blüte, wie sie in Prachtstücken aus dem alten Peru vorgeführt wird; andererseits, und davon ebensowenig zu trennen wie Fronarbeit von europäischen Schlössern, die Fortentwicklung auch der ‚Bewirtschaftung menschlicher Arbeitskraft', das heißt, der Unterdrückung und sozialen Schichtung." (S. 13)

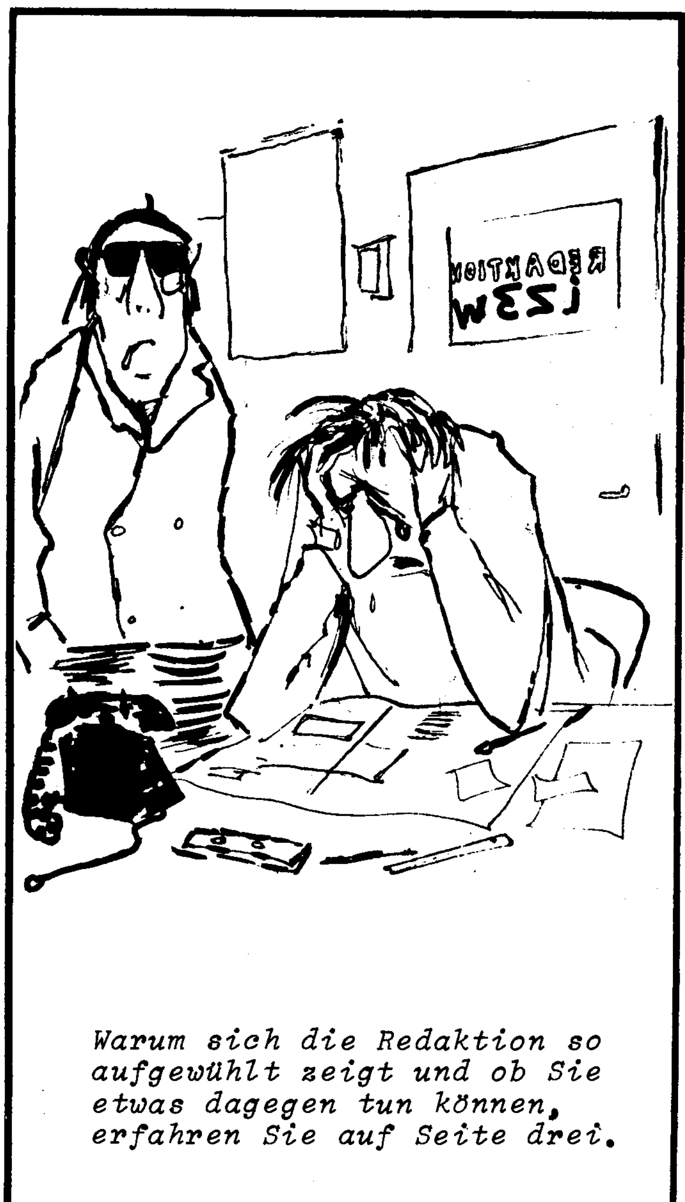
Diesem Anspruch wird das Buch durchaus gerecht: nach einer kurzen Einführung in Geographie und Geschichte des Landes wird in vier Kapiteln die Vor-Inka-Zeit, das Inka-Imperium, die Kolonialzeit und die heutige Lage der Indianer Perus behandelt. Dabei geht es nicht um historische Details (Jahreszahlen, ...), sondern die überlieferten Kunstwerke und Gebrauchsgegenstände werden darauf untersucht, was sie über die Unterschiede zwischen Herrschern und Untertanen aussagen. (Zahlreiche Bilder sind zur Verdeutlichung beigefügt) Die einzelnen Kapitel behandeln auf diese Weise jeweils die Bereiche politische Macht, Wirtschaft, Handwerk und Religion. So erfährt der Leser nicht nur einiges über peruanische Kunst, sondern er erhält auch (mosaikhaft) ein recht umfassendes Bild der Lebenssituationen der jeweiligen Herrscher und Untertanen. Um den Bezug zur Situation des Lesers deutlicher zu machen, sind an mehreren Stellen Verweise auf ähnliche Situationen in Europa eingefügt (z.B.: S. 13, S. 21, S. 207, Abb. 51 und Abb. 109).

Als kleine Nachteile dieses Buches sind anzuführen:

- Über den Zeitraum zwischen Unabhängigkeit und Gegenwart (etwa 1820 – 1960) erfährt man fast nichts (aber das 4. Kapitel zeigt, daß sich in dieser Zeit für die Indianer fast nichts geändert hat.)
- Durch ein Schlagwortverzeichnis und Angabe von Seitenzahlen im Inhaltsverzeichnis könnte dies recht gut gegliederte Buch noch übersichtlicher werden.

Insgesamt gesehen gibt dieses Buch eine gute Einführung in die Geschichte Perus, und es bildet daher eine gute Ergänzung der Peru-Artikel der „blätter des iz3w" (Nr. 36/37, 41/42, 43/44, 45). Angesichts des geringen Preises ist ihm daher eine Verbreitung zu wünschen, die weit über den Kreis der Ausstellungsbesucher hinausgeht.

wawi



Warum sich die Redaktion so aufgewühlt zeigt und ob Sie etwas dagegen tun können, erfahren Sie auf Seite drei.



der Kampf geht weiter

"Ebenholzskulpturen" – so heißt eine Kunstpostkartenserie mit acht Motiven der Makondeschnitzerei aus Mosambik. Die Künstler, von denen diese Plastiken stammen, haben unter dem portugiesischen Kolonialismus gelitten; alle sind im Gefängnis gewesen. Jeronimo Ndinhuassua war lange im berüchtigten Konzentrationslager Machava bei Lourenco Marques; dort wurde er nach dem Staatsstreich vom 25. April 1974 in Portugal befreit.

Erfüllt vom revolutionären Geist der FRELIMO wollen die Makondekünstler eine Bildhauerschule aufbauen. Um unabhängig zu sein, braucht eine solche Schule jedoch eine "machamba", eine Farm, als wirtschaftliche Grundlage. Ein finanzieller Beitrag zum Aufbau der "machamba" geschieht durch den Verkauf einer 33 Plastiken umfassenden Sammlung.

Eine Bildhauerschule dieser Art ist ein wichtiger Beitrag zur nationalen afrikanischen Kultur und deshalb zur Einheit des Volkes von Mosambik. Die Einheit der Mosambikaner ist jedoch die einzig dauerhaft wirksame Barriere gegen die Infiltrationen von außen, mit denen die Linie der FRELIMO zugunsten eines politischen Opportunismus verfälscht werden soll.

Die Herstellung der Einheit des Volkes von Mosambik ist ein politischer Kampf. Denn mit der Unabhängigkeitsfeier vom 25. Juni 1975 ist der Befreiungskampf nicht zu Ende. "Wir müssen uns der Tatsache bewußt sein", sagte FRELIMO-Präsident Samora Machel bei der Unabhängigkeitsfeier , "daß wir zwar die politische Macht gewonnen haben, aber noch keine wirtschaftliche, und daß der Apparat der Verwaltung, des Erziehungs- und Gesundheitswesens, der Justiz, etc. noch nicht von uns kontrolliert ist. Der neue Kampf beginnt gerade erst! Die Ausbeuter und Privilegierten sind gegen uns. Sie werden immer wieder versuchen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den revolutionären Prozeß zu verhindern. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch die Tatsache, daß der Feind im Augenblick nicht direkt interveniert. Er ist nur geschwächt, nicht tot. "

Wer diesen Kampf des Volkes von Mosambik begrüßt, sich mit ihm identifiziert, ihn unterstützen und anderen verständlich machen will, der kann als Zeugen und Erzeugnisse dieses Kampfes die "Ebenholzskulpturen aus Mosambik"...

...BESTELLEN BEI:

Sonderbüro VIEIRA PINTO
53 Bonn-Beuel Bergweg 21
Tel. : 0 22 21/ 46 67 16
Solidaritätspreis 5, -DM pro Serie.
Spendenkonto bei der AGDF:
Sonderkonto Pinto–Fonds, Sparkasse Bonn
Nr. 43 593 706
Postscheck Köln Nr. 2944 02-500

alternative

86

15. JAHRGANG
OKTOBER 1972
EINZELNUMMER 3 DM
A 20034 F



alternative

95/96

17. JAHRGANG
APRIL/JUNI 1974
DOPPELNUMMER 6 DM
A 20034 F

KAMPF UM DEN UNTERRICHT

Der Senator für Schulwesen | BERLIN

Ia A 5 — 381 — 381 — 14. November 1973

Betr.: Ihre Bewerbung für den Vorbereitungsdienst des höheren Lehramts

Sehr geehrter Herr

Zur Überprüfung der Einstellungsvoraussetzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 Landesbeamtengesetz bitte ich Sie, am 19. November 1973 um 9.00 Uhr in meinem Dienstgebäude, Zimmer 442, zu einem Gespräch zu erscheinen. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich nicht bereit bin, das Gespräch in Gegenwart eines Rechtsbeistandes zu führen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(1)

SANKTIONEN GEGEN LEHRER

alternative

99

17. JAHRGANG
DEZEMBER 1974
EINZELNUMMER 4 DM
A 20034 F

Ideologische Staatsapparate /fortschreitende Krise

Situationsberichte aus Schule, Gewerkschaft, Hochschule
FDGO oder Die Einführung einer neuen ideologischen Praxis
Ideologischer Staatsapparat ‹Schule›
BRD-unterm Faschismus-Verdacht?

alternative

102/103

18. JAHRGANG
JUNI/AUGUST 1975
DOPPELNUMMER 6 DM
A 20034 F

POLITISCHE THEORIE DER BILDUNG

CURRICULUM-REFORM: SOZIALES LERNEN

Zu beziehen über jede Buchhandlung. Probehefte und Abonnements (nur 18,– DM jährlich) direkt von:
Alternative Verlag GmbH; 1 Berlin 15, Postfach 150 230.